

---

# ZUKUNFTSWERKSTATT

## L I N K E B i l d u n g s p o l i t i k

---

DOKUMENTE UND BESCHLÜSSE

STANDPUNKTE UND FORDERUNGEN

- BEIHEFT -

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	2
<b>Bildungspolitische Leitlinien</b> Diskussionsmaterial zur 9.Bildungspolitischen Konferenz der PDS in Weimar 3.–5.6.2005	3
<b>Weimarer Erklärung</b> Abschlusserklärung der 9.Bildungspolitischen Konferenz 21	
<b>Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe</b> Beschluss des Parteivorstandes vom 28.8.2006	23
<b>Gute Betreuung für Kinder– Ein wichtiger Beitrag zur frühkindlichen Förderung und zur sozialen Integration</b> (Standpunkte 18.9.2006)	27
<b>Gegen elitäre Ausgrenzung im Studium</b> (Standpunkte 22.9.2006)	31
<b>Eckpunkte der beruflichen Bildung</b> (Standpunkte 4.12.2006)	35
<b>Längeres gemeinsames lernen in der Gemeinschaftsschule</b> ( Standpunkte Januar 2007)	38
<b>Beschluss des Parteivorstandes zur KITA– Kampagne</b> (25.8.2007)	45
<b>Beschluss des Parteivorstandes zur Vorbereitung KITA– Kampagne</b> (17.11.2007)	48

## Hamburger Erklärung

Erklärung der 1. Bildungspolitischen Konferenz der Partei DIE LINKE  
vom 23.-25.11.2007 in Hamburg

53

Liste bildungspolitischer Beschlüsse und Dokumente  
(Auswahl)

56

Impressum

59

## Vorwort

Von Teilnehmern der 1. Bildungspolitischen Konferenz der LINKEN in Hamburg, von Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik, der Landesarbeitsgemeinschaften Bildungspolitik und Gästen ist vielfach der Wunsch geäußert worden, Texte von bildungspolitischen Dokumenten der letzten Zeit zusammenzustellen und nachzudrucken.

Dem kommen wir hiermit nach.

Die „Hamburger Erklärung“ konnte natürlich nur einen Rahmen abstecken, in dem sich linke Bildungspolitik positioniert. Gründlicher sind die Positionen in einzelnen Dokumenten beschrieben.

Seit der 9. Bildungspolitischen Konferenz in Weimer 2005 läuft ja auch der Prozess der Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS. Eine Reihe Aktivisten der WASG hatte an dieser Konferenz teilgenommen. Die „Bildungspolitischen Leitlinien“ sind als weiteres Diskussionsmaterial deklariert worden, nach vorne offen und noch heute aktuell bzw. zu aktualisieren und zu vertiefen. Die Weimarer Erklärung orientierte auf aktuelle bildungspolitische Aufgabenstellungen.

Danach folgte der Beschluss des Parteivorstandes „Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ vom 28.8.2006 und vom 17.11.2007 griff diese Orientierung auf und stimmte dem Vorhaben zu bestimmte Positionen weiter auszuarbeiten und Standpunktmaterialien vorzulegen. Auf der 1. Bildungspolitischen Konferenz wurde die Hamburger Erklärung als Arbeitsgrundlage bestätigt.

Ausgearbeitet wurden Standpunktmaterialien zu:

- Gute Betreuungsangebote für Kinder-  
Ein wichtiger Beitrag zur frühkindlichen Förderung und zur sozialen  
Integration  
(September 2006)
- Längeres gemeinsames lernen in der Gemeinschaftsschule  
(Januar 2007)
- Eckpunkte der beruflichen Bildung  
(Dezember 2006)
- Gegen elitäre Ausgrenzung im Studium  
(September 2006)

Sie sind als Informationsmaterialien zur Kenntnis genommen worden.

Nach dem Gründungsparteitag und in dessen Auftrag folgte der Beschluss des Parteivorstandes zur KITA- Kampagne vom 28.8.2007.

Die neue Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik und die Landesarbeitsgemeinschaften stehen vor der Aufgabe, diese Standpunktmaterialien

als Anregung zur Diskussion zu nutzen, eigene Erfahrungen zu werten und einzufügen und in aktuelle Politik umzusetzen.

Es geht auch aus programmatischer Sicht darum, das bildungspolitische Profil der Partei DIE LINKE weiter auszubilden.

Eine Reihe Problemfelder wie Hochschulpolitik, Weiterbildung, Aus- und Weiterbildung von Pädagogen, Lebenslagen von Kinder- und Jugendlichen – Kampf gegen Kinderarmut u. a. sind noch gemeinsam auszuarbeiten.

Es wachsen die Anforderungen an die Zusammenarbeit all derer, die sich im weiten Sinne mit Themen der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen befassen.

Wer bestimmte Positionen weiter vertiefen möchte, kann anhand der beigefügten Liste zu ausgewählten Positionspapieren entsprechende Materialien anfordern.

Die „ZUKUNFTSWERKSTATT LINKE BILDUNGSPOLITIK“ ist offen für Meinungsäußerungen zu all diesen Themen.

Gerd Sielski

**Bildungspolitische Leitlinien**  
**Diskussionsmaterial zur 9. Bildungspolitischen Konferenz der PDS**  
**3.- 5.6.2005 in Weimar**

Gliederung

1. Strategie der PDS und Bildung als soziale Frage
2. Gesellschaftlich-ökonomische Rahmenbedingungen und die Bildungskrise in Deutschland
3. Unser Grundverständnis von Bildung
4. Veränderungen in den Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Kinder und Jugendlichen
5. Grundlegende Veränderung und Erneuerung des Bildungswesens
6. Bildungsfinanzierung neu denken!
7. Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern im Vorschulalter
8. Die PDS will eine „Gemeinschaftsschule“!
9. Berufsausbildung und Berufsabschluss für alle
10. Hochschulbildung
11. Weiterbildung
12. Bildungsreform und die Pädagoginnen und Pädagogen – ihre Aus- und Fortbildung

**Bildungspolitische Leitlinien der PDS**

**1. Strategie der PDS und Bildung als soziale Frage**

Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen ein strategisches Dreieck. Diesem im Beschluss der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS formulierten Anspruch stellt sich die **Bildungspolitik als eine der wichtigsten und zentralen sozialen Fragen der Zukunft.** Deutschland – so belegen nationale Untersuchungen und internationale Vergleiche –

ist ein Land mit extrem großer Abhängigkeit der Bildungsmöglichkeiten und des Bildungserfolgs von sozialer Herkunft. Sich diesem Trend entgegenzustellen und ihn schließlich zu überwinden, versteht die PDS als ein zentrales Anliegen ihres politischen Wirkens. Es zielt auf die Verzahnung von Sozialpolitik und Bildungspolitik, auf die Schaffung der erforderlichen sozialen Bedingungen für die Durchsetzung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle, auf die Erhaltung und Stärkung der Rolle und Verantwortung des Sozialstaates für die Entwicklung und Bildung der jungen Generation. **So dient unsere Bildungspolitik einer Umkehrung gegenwärtiger Prozesse, welche die Bildung immer mehr zur Ware, abhängig von der Kaufkraft der „Bildungserwerber“, machen.**

Es ist unsere Überzeugung, dass die Gesellschaft verändert werden muss und verändert werden kann. „Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens selbst und gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sie brauchen das friedliche Zusammenleben mit anderen Menschen. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit. **Sie brauchen Bildung, Kultur, Freizeit und Erholungsmöglichkeiten**“ (Programm der PDS).

Unsere Politik dient einer Bildungsreform unter gegenwärtig absehbaren Bedingungen, die mit dem Fortschritt zu einer in allen Bundesländern gemeinsamen zunächst sechsjährigen und dann mindestens achtjährigen Schulbildung für alle verbunden ist. Sie zielt dabei auf eine Integration und Modernisierung der Bildungsinhalte, auf einen allgemeinen Anstieg des Bildungsniveaus, und sie will – darauf fußend und darüber hinausgehend – auch die folgende Stufe allgemeiner und beruflicher Bildung und auch die frühkindliche Bildung und Erziehung reformierend erfassen. Gemeinsamer Schulbesuch über acht Jahre hinaus und viele Formen der Vernetzung von allgemeiner und beruflicher Bildung mit vielgestaltigeren, breiteren Zugängen zur tertiären Bildungsstufe bleiben unser Ziel, unsere Perspektive. Wir bleiben auch dem in die Zukunft, über den derzeitigen Kapitalismus hinausweisenden Ideal der allseitig entwickelten und gebildeten Persönlichkeit des progressiven Bürgertums und der internationalen Arbeiterbewegung treu. Wir versuchen, ihm mit neuen zeitgemäßen Impulsen entgegenzustreben.

Die Gesellschaft hat insbesondere die Pflicht, **Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft aller Kinder und Jugendlichen** zu schaffen und als eine grundlegende Bedingung dafür gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für alle zu sichern, unabhängig von der sozialen Herkunft der Einzelnen. Deutschland braucht ein wissenschaftlich fundiertes, die konkreten gesellschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Bedingungen zum Ausgangspunkt nehmendes, erfahrungsoffenes, langfristig angelegtes Konzept für eine schrittweise vorangehende, aber **umfassende demokratische Bildungsreform**. Die PDS unterbreitet dazu auf der Grundlage ihrer bildungspolitischen Strategie konkrete Vorschläge. Sie

setzt sich für ein breites gesellschaftliches Engagement zur Neuorientierung des Bildungswesens ein. Erforderlich ist dafür der Zusammenschluss unterschiedlicher reformwilliger Kräfte. Die PDS wird sich durch praktische alltägliche politische Arbeit aktiv am Reformprozess beteiligen.

**Reformbedarf besteht** nicht nur in einigen Bundesländern, sondern **in ganz Deutschland**. Gleiche Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten sind für alle jungen Menschen, überhaupt für alle Menschen in Deutschland, unabdingbar. Qualitätserhöhung steht in allen Bundesländern, in allen Bildungseinrichtungen und auf allen Bildungsstufen auf der Tagesordnung. Dafür optimale Rahmenbedingungen inhaltlich-pädagogischer und materiell-finanzieller Art zu schaffen, ist Pflicht und Verantwortung von Bund und Ländern sowie der Kommunen. Qualitätserhöhung muss einhergehen mit größerer Vergleichbarkeit und Durchlässigkeit sowie gleicher Wertigkeit aller Abschlüsse.

Das erforderliche Reformkonzept und seine Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Entwicklungen muss als **gesamtdeutscher Prozess** realisiert werden. Er braucht eine wissenschaftliche Begleitung, in der die Kräfte über die Ländergrenzen hinweg zu bündeln sind. Die Reform muss die **unterschiedlichen Bedingungen und Traditionen der Bundesländer beachten**. Dabei kann und wird ein vielgestaltiger Fortschritt mit einem fruchtbaren Erfahrungsaustausch entstehen. **Den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen müssen mehr Selbstständigkeit, Verantwortung und Gestaltungsspielräume** als bisher gegeben werden, damit Eigeninitiative aller Beteiligten, pädagogisches Schöpfertum sowie die aktive Mitarbeit von Pädagoginnen und Pädagogen, Eltern, Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, kommunalen Körperschaften und anderen sich für die Bildung mitverantwortlich fühlenden Organen und Institutionen voll zur Wirksamkeit kommen können.

## **2. Gesellschaftlich-ökonomische Rahmenbedingungen und die Bildungskrise in Deutschland**

Die Entwicklung von Bildung und Kultur und speziell die Wirksamkeit der Bildungsinstitutionen werden maßgeblich von den allgemeinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Das Bildungswesen eines Staates entspricht in seiner Gesamtheit immer dem Wesen und der Funktion der herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, was bei prinzipiell gleicher kapitalistischer Gesellschaftsordnung durchaus unterschiedliche Entwicklungen des Bildungswesens in den einzelnen Staaten ermöglicht und einschließt - abhängig von den jeweiligen konkreten Bedingungen, den ökonomischen Erfordernissen und Möglichkeiten und dem politischen Kräfteverhältnis. Dabei spielt die Einschätzung der Bedeutung des Bildungswesens für die Entwicklung von Gesellschaft und



Wirtschaft durch die politisch und wirtschaftlich herrschenden Kräfte und natürlich auch durch die reformwilligen Kräfte zweifellos eine besondere Rolle.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist unübersehbar, dass wir in eine Periode neuer Herausforderungen eingetreten sind, die sich in erster Linie aus den Konsequenzen der Globalisierung, den ökologischen Erfordernissen, dem Übergang zur so genannten Wissensgesellschaft, den gravierenden Veränderungen der Arbeitswelt, den demographischen Entwicklungen und der Verknappung der Ressourcen ergeben. Das kann für Bildung nicht folgenlos sein! Es erfordert, den Platz und den Beitrag des Bildungswesens für die Gestaltung und Weiterentwicklung der Produktivkräfte und in Verbindung damit den Prozess der gesamtgesellschaftlichen und der individuellen Entwicklung neu zu überdenken. **Die oben genannten Entwicklungen benötigen einerseits eine umfassend gebildete Gesellschaft, vielseitig gebildete Individuen und verändern gleichzeitig die entscheidenden Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Klassen und Schichten und damit auch die eines jeden Einzelnen.** Sie verdeutlichen neue Ansprüche an Bildung, wie die Fähigkeit zur Problemreduktion, die Fähigkeit zur Risikoabschätzung und Bewertung, die Prognosefähigkeit und die Fähigkeit zur Abschätzung von Handlungsfolgen sowie eine neue Qualität der Wertesuche und Wertorientierung. Die genannten Entwicklungen ermöglichen den umfassenden Einstieg in eine den gesellschaftlichen Erfordernissen dienende Bildungsgesellschaft. Das steht im Widerspruch zu einer auch in Deutschland praktizierten Tendenz der gegenwärtigen staatlichen Bildungspolitik, die die Ausbildung von Eliten besonders fördert und gleichzeitig für größere Teile der Bevölkerung lediglich eine relativ niedrige Bildung für ausreichend hält.

**Die Bildungspolitik wird zu einer der tragenden Säulen einer zivilgesellschaftlichen Erfordernissen dienenden Gesellschaftspolitik.** Progressive Veränderungen im gegebenen Bildungswesen können erreicht werden,

- wenn ökonomisch-wirtschaftliche Bedingungen und Erfordernisse sie ermöglichen bzw. begünstigen;
- wenn die Gesamtheit der Bedingungen, insbesondere das politische Kräfteverhältnis, beachtet und wirksam genutzt wird;
- wenn die unterschiedlichen Interessen der in der Gesellschaft wirkenden Gruppen bzw. die Widersprüche zwischen ihnen beachtet und genutzt werden.

Dabei sollten sich solche Veränderungen immer an der erforderlichen Neugestaltung des Bildungswesens als Ganzem orientieren. Dafür müssen die jeweils möglichen Teilschritte und die unterstützenden Momente in anderen gesellschaftlichen Bereichen konzipiert und im Verlauf auf notwendige Präzisierungen oder Korrekturen überprüft werden.

**Das derzeitige Bildungswesen Deutschlands ist Spiegelbild einer immer größer werdenden sozialen Spaltung der Gesellschaft.** In keinem anderen Land gibt es einen so offensichtlichen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Bestehende Ungerechtigkeiten werden durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Selektion und soziale Ausgrenzung reproduziert und sogar noch verstärkt. Schon im Kindergarten und in der Schule werden damit Lebenschancen sozial ungerecht verteilt. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund gehören von vornherein zu den „Verlierern“. Bereits Zwölfjährige aus sozial schwachen Schichten haben laut der letzten Shell-Studie Angst vor Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit, haben eine pessimistische Lebenshaltung und lehnen die Demokratie ab.

**Das bundesdeutsche Bildungswesen mit seiner mehrgliedrigen allgemein bildenden Schule steckt in einer tiefen Krise.** Sie zu überwinden erfordert sowohl Veränderungen im Inhalt der Bildung, in der pädagogischen Gestaltung von Lehr-, Erziehungs- und Entwicklungsprozessen als auch strukturelle Veränderungen als Bedingungen und zugleich Rahmen für eine neue Bildung der Jugend. Nicht zuletzt ist auch erforderlich, das Selbstverständnis von Schule und Lehrkräften zu hinterfragen und neu zu bestimmen. Während andere Länder, u. a. die skandinavischen, nach dem 2. Weltkrieg spätestens seit den 1970er Jahren unter dem Leitmotiv gleicher Bildungsmöglichkeiten umfassende Modernisierungen in Gang gesetzt haben, blieben Ansätze für Reformen in der alten Bundesrepublik nach 1945 und 1968 stecken. **1990/91 wurde die Chance einer gesamtdeutschen Bildungsreform vertan.** Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung wurde in den neuen Bundesländern nicht nur Demokratiewidriges abgebaut. Zerschlagen wurde auch eine Zehnklassenschule für alle mit ihrer polytechnischen Bildung, ihren Fördermaßnahmen und umfangreichen außerunterrichtlichen Angeboten. Nicht zuletzt verschwand auch eine Lehrerbildung, in der die fachlich-theoretische Vorbereitung von Anfang an mit pädagogischer Ausbildung und praktischer Tätigkeit in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen verbunden war.

Einer der wichtigsten Gründe für die krisenhafte Entwicklung des Bildungswesens besteht darin, **dass personelle und materielle Standards im Bildungswesen abgebaut werden,** dass das Bildungswesen in der Bundesrepublik seit Jahren ständig unterfinanziert ist, von einer Kürzungswelle nach der anderen heimgesucht wird und die Bildungsausgaben insgesamt sinken, während sie in den meisten anderen Ländern steigen bzw. auf einem höheren Niveau konstant gehalten werden. Zugleich verschieben sich die Ausgaben: weniger öffentliche, mehr private Mittel, z.B. für Nachhilfeunterricht, für Schulbücher und andere Lernmittel, für Schülerbeförderung.

Mit dem angebahnten Abbau des Sozialstaates überhaupt und der fortschreitenden neoliberalen Wirtschaftsentwicklung im Globalisierungsdruck droht die Verwandlung

der Bildungsstätten in profitgelenkte, konkurrierende Unternehmen mit Bildungschancen der Heranwachsenden je nach Zahlungsvermögen der Eltern, mit Eliteschulen und Armenschulen entsprechend der zunehmenden sozialen Spaltung, mit Bildung als einem Geschäft statt einem humanitären Anliegen im Sinne menschlichen Fortschritts. Die PDS wird gemeinsam mit den Gewerkschaften, vor allem der GEW, und anderen progressiven Kräften für ein in erster Linie den Kindern und Jugendlichen verpflichtetes öffentliches und mit den erforderlichen Finanzen ausgestattetes Bildungswesen, für eine wahrhaft demokratische Bildungsreform kämpfen.

### **3. Unser Grundverständnis von Bildung**

Die PDS geht von einem weiten Grundverständnis von Bildung aus. Ihrer Bildungspolitik liegt ein emanzipatorischer Bildungsbegriff zugrunde. Bildung wird im 21. Jahrhundert im umfassenden und humanistischen Sinne zu einer der wichtigsten sozialen- und Menschenrechtsfragen. Umfassende Möglichkeiten eines jeden Menschen, sich in allen Phasen des Lebens Bildung anzueignen und seine Persönlichkeit ausprägen, entscheiden über die Zukunft unserer Gesellschaft. Bildung muss auf ein humanistisches Menschenbild gerichtet sein, und das hat nicht nur mit Wissen, sondern auch mit Kultur zu tun. Bildung und Kultur gehören zusammen. Bildung ist immer mehr als Wissen!

Neben solidem Fachwissen sind Leistungsbereitschaft, Selbstständigkeit, Verantwortung, Teamfähigkeit, Urteilsvermögen, Kreativität und Zivilcourage wichtig. Darum ist es notwendig, dass nicht nur Detailwissen vermittelt wird, nicht nur Verstand und Gedächtnis geschult, sondern der ganze Mensch gebildet wird. Bildung im weiten Sinne geht damit über eine Verwertbarkeit von Qualifikationen hinaus und kann nicht einseitig mit Blick auf Ausbildung und Arbeit definiert werden. Handlungsfähigkeit, Kritikfähigkeit, Fähigkeit zur Selbstbestimmung und zur selbständigen Lebensführung erfordern mehr als den Erwerb von Wissen: Eigentätigkeit, Lernen und gemeinsames Handeln mit anderen gehören zur Bildung ebenso wie kulturelle Bildung, soziales Lernen, emotionale Entwicklung und politische Bildung sowie der Erwerb von kulturellen, sozialen und personalen Kompetenzen. **Bildung ist also vor allem Selbstbildung!**

Eine breite gegenwarts- und zukunftsbezogene Bildung ist für alle Menschen, vor allem für die Kinder und Jugendlichen, heute wichtiger denn je. Sie muss den Erfordernissen unserer sich dynamisch entwickelnden Welt entsprechen, die kritische, lernfähige, zur Gemeinschaftsarbeit bereite und ein ganzes Leben lang lernende Menschen braucht. Sie soll den jungen Menschen Verständnis für die Existenzfragen der Menschheit vermitteln und die Bereitschaft entwickeln, aktiv und kritisch damit umzugehen.

Humanistische Bildung umfasst in unserem am Ideal der allseitig entwickelten Persönlichkeit orientierten Verständnis sowohl die Aneignung gesellschaftswissenschaftlich-historisch-geographischer, mathematisch-naturwissenschaftlicher und muttersprachlich-fremdsprachiger Kenntnisse als auch kulturell-künstlerische, gesundheitlich-sportliche und polytechnische sowie die Berufswahl vorbereitende Bildung. Und es geht um eine Bildung, die Verständnis für den multikulturellen Charakter der modernen Gesellschaft entwickelt und die tolerante Beschäftigung mit den unterschiedlichen ethischen, religiösen und weltanschaulichen Auffassungen ermöglicht. Kindertagesstätten, Schulen und andere Bildungseinrichtungen müssen deshalb zu Orten interkultureller Bildung werden!

Humanistische Bildung beinhaltet die Vermittlung und Aneignung von Werten wie Frieden, Demokratie, Solidarität, Freiheit und Gleichheit und die Auseinandersetzung mit Einstellungen und Haltungen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit.

Humanistische Bildung darf nicht auf allgemein bildende Inhalte reduziert werden. Sie schließt auch im Rahmen von Berufsbildung bzw. Hochschulbildung zu erwerbende Spezialbildung ein.

**Bildung so verstanden, korrespondiert mit einem „weiten“ Kulturverständnis.** Danach ist Kultur nicht das Reich der höheren Werte, die durch Künste vermittelt und in „Hochkulturstätten“ angeeignet werden, sondern umfasst die Gesamtheit von symbolischen Formen, Praktiken, Wissensbeständen und Wertorientierungen, die zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft vermitteln. Die Menschen bilden sich, indem sie sich diese „objektive“ Kultur einer Gesellschaft in ihrem gesamten Lebensprozess aneignen. Bildung ist in diesem Verständnis die „subjektive Seite“ der Kultur einer Gesellschaft. Deshalb gehören für uns Bildung und Kultur zusammen – sie sind zwei Seiten einer Medaille. Bildung muss selbstverständlich alle Kulturtechniken, alle menschlichen Ausdrucksformen und Verständigungsformen umfassen. Das ist schon lange mehr als Lesen, Schreiben, Rechnen. Das sind Verhaltens-, Bewegungsformen und Rituale, das sind die künstlerischen Ausdrucksformen und die Sprachen und Möglichkeiten der Medien – vom Buch bis zum Internet. Medienbildung ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil von Bildung.

In unserem Verständnis von Bildung **bejahen wir ausdrücklich Erziehung, nicht als passive Vermittlung, sondern als Prozess der aktiven Aneignung und Veränderung der menschlichen Kultur, als aktiven Prozess der Auseinandersetzung mit Werten und der Aneignung von Werten.** Erziehung ist eine spezifische Tätigkeit in Bezug auf andere Menschen, die Aktivität, eigene Tätigkeit dieser Menschen auslösen will und auslöst. Erziehung schließt ein, im Prozess der Auseinandersetzung mit Werten bei sich

selber entsprechende Verhaltensweisen und Gewohnheiten auszuprägen. Erziehung ist an Kommunikation gebunden, sie ist Angebot und Diskussion, ist gelebte Praxis. Erziehung bedingt lebendige Beziehungen zwischen Pädagoginnen und Pädagogen und Kindern und Jugendlichen, die auf gegenseitiger Achtung beruhen.

**Wir wollen eine Bildung, die auf das vielseitig entwickelte Individuum zielt, das in der Gemeinschaft grundlegende Bedingungen für seine Entwicklung, aber auch Orientierung für seine Entfaltung findet.**

Jeder Mensch sollte befähigt und motiviert sein, sich als Bürger dieser Gesellschaft auf den verschiedenen Politik- und Lebensfeldern demokratisch aktiv einzubringen. Deshalb soll Bildung soziale Kompetenz in ihrer ganzen Breite und Komplexität ausprägen. Sie soll gesellschaftskritisches Denken und gesellschaftlich-soziales Engagement befördern. Jeder Mensch sollte befähigt und willens sein, sich kulturell selbst zu betätigen, sich die kulturellen Angebote dieser Gesellschaft zu erschließen, zu nutzen, und sie zu bereichern. Das schließt ein, sich in den verschiedenen Lebensphasen fortbilden zu wollen, zu weiteren Lernaktivitäten bereit zu sein.

Und es gilt auch: Jeder Heranwachsende muss sich letztendlich in dieser marktwirtschaftlich geprägten, kapital- und profitdominierten Gesellschaft auf das bestmögliche selbst „verwerten“, „vermarkten“ können und darauf vorbereitet sein.

Bildung in unserem Sinne muss auch die Entwicklung von Kompetenzen, von Fähigkeiten und Fertigkeiten, von Willens- und Charaktereigenschaften umfassen und vor allem Solidarität statt Egoismus, Gemeinschaftssinn statt Ellenbogenmentalität, Gefühlsreichtum statt Kälte, intellektuelle, kulturelle und sportliche Bedürfnisse ausprägen helfen.

**Bildung und Kultur werden keineswegs allein in Bildungsinstitutionen vermittelt und angeeignet. Sie werden - schon weil Wissenserwerb und Persönlichkeitsbildung das ganze Leben anhalten - in unterschiedlichen Formen und auf ganz verschiedene Weise erworben. Der Mensch entwickelt und bildet sich, solange er lebt, indem er sich mit den gesellschaftlichen Realitäten und den verschiedenen Angeboten kultureller Art, den Medien, den Möglichkeiten für allgemeine und berufliche Bildung u. a. auseinandersetzt. So entwickelt er sich als Persönlichkeit und erwirbt damit die erforderlichen Voraussetzungen, um auch im Berufs- und Arbeitsleben erfolgreich bestehen zu können.**

Für die Bildung der Jugend, speziell für die schulische Bildung, leiten sich daraus bedeutsame Konsequenzen ab:

- der Wissenserwerb muss mit der Befähigung zum selbständigen Wissenserwerb verbunden werden;
- die Förderung und Entwicklung der vielfältigen individuellen Fähigkeiten und Begabungen aller Kinder und Jugendlichen gehören generell zur pädagogischen Arbeit auf allen Bildungstufen und in allen Bildungseinrichtungen;

- die Inhalte der in der Jugend anzueignenden Allgemeinbildung müssen bei Beachtung von deren tradierender Funktion auf jene konzentriert werden, die als Fundament für den lebenslangen Prozess der Bildungsvervollkommnung unabdingbar sind;
- die Art und Weise des Lernens und des Bildungserwerbs überhaupt muss so gestaltet werden, dass Interesse und Freude am ständigen Lernen geweckt werden;
- Inhalt und Gestaltung schulischer Bildung müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass die jungen Menschen sich parallel dazu Bildung auf individuell sehr unterschiedliche Art und Weise aneignen und aus dieser Sicht auch Forderungen an die Lehrenden stellen.

In der Praxis und durch Tätigkeit entwickelt sich Persönlichkeit. Spezielle Fähigkeiten und Begabungen können sich nur in einem Bewegungs- und Spielraum herausbilden, der fordernd und fördernd zugleich wirkt. **Begabung ist stets ein Resultat bisheriger und Voraussetzung für weitergehende Entwicklung und Leistung der individuellen Persönlichkeit.** Begabungen entwickeln sich generell beim Individuum im Zuge der tätigen Auseinandersetzung der Gesamtpersönlichkeit mit der Umwelt auf der Grundlage des Zusammenwirkens von bisher erreichtem Entwicklungsniveau, der erblich gegebenen Besonderheiten und der Umweltbedingungen. Begabungen lassen sich nicht auf kognitive Fähigkeiten reduzieren. Jeder Mensch, jedes Kind, jeder/jede Jugendliche ist für etwas und in einem bestimmten Maße begabt!

#### **4. Veränderungen in den Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Kinder und Jugendlichen**

Für die PDS besitzt das Ringen um eine Erneuerung und die Zukunft des Sozialstaates und damit insbesondere um die Zukunft der Jugend einen hohen Stellenwert. Ihr politischer Kampf ist darauf gerichtet, gesellschaftliche Rahmenbedingungen für eine möglichst optimale Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Ihre Bildungspolitik muss die realen Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Kinder und Jugendlichen zur Kenntnis nehmen und ihnen Rechnung tragen und darüber hinaus darauf gerichtet sein, sie positiv zu verändern. Jugend ist keine relativ kurze Zwischen- oder Vorbereitungsphase zwischen Kindheit und Erwachsenenesein, sondern eher eine längere, auf sich selbst bezogene Entwicklungsstufe mit betonten Unterschieden zur älteren Generation, eine ausgesprochene Subkultur mit eigenen Werten und Idealen. Vieles lernen junge Menschen heute weitaus früher kennen als vor Jahrzehnten. Die elektronischen Medien bieten neue Chancen und neue Risiken für die Bildung der Heranwachsenden. Die veränderte Rezeption der Welt durch die Heranwachsenden und die Verschiebungen in ihren Beschäftigungen, die der rasante Vormarsch der neuen Medien und der Unterhaltungselektronik mit sich brachte, erfordern Konsequenzen im Hinblick auf eine umfassende Medienerziehung in den Schulen

und anderen Bildungseinrichtungen, erfordern die Ausprägung kritischer Medienkompetenz bei den jungen Menschen.

Die traditionellen Entwicklungsbedingungen in den Familien haben sich gewandelt. Zwar hat sich die materielle Lage mancher Eltern und ihrer Kinder im Laufe der letzten Jahrzehnte durchaus verbessert, bestimmend aber ist die Tatsache, dass der Anteil von Familien bzw. Alleinerziehenden zunimmt, die an oder unter der Armutsgrenze leben, die ungesicherte Perspektiven haben. 13,9 % der Familien sind von Armut betroffen, über 2,8 Millionen Kinder unter 15 Jahren, also etwa jedes 5. Kind, leben in Armut. 1,1 Millionen Kinder sind auf Sozialhilfe angewiesen, und mit Hartz IV wächst diese Zahl immens. Es besteht dringender Handlungsbedarf, zumal Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien – wie neuere Untersuchungen nachweisen – durch ihre soziale Herkunft, durch ungenügende Schulvorbereitung und durch das Schulsystem fortschreitend ausgesondert werden. In besonderem Maße betrifft das Kinder mit Migrationshintergrund.

Für viele junge Menschen (lt. Shell-Studie 64 %) sind wesentliche Sinnfragen des Lebens wie Familie, Berufsvorbereitung, Beruf, Leistung, Freundschaft, Lebensgenuss mit positiven Erwartungshaltungen besetzt. Aber derartige Erwartungshaltungen paaren sich zugleich mit starken Befürchtungen, Sorgen und Ängsten: Arbeitslosigkeit, fehlende Lehrstellen, Gewalt, Kriminalität, Drogen, Naturkatastrophen. Politik wird im Allgemeinen als unverständlich, unkalkulierbar, vom wirklichen Leben abgehoben empfunden. Mit allgemeiner Zustimmung zur Idee der Demokratie eng verbunden ist ausgesprochene Skepsis hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des politischen Systems, das Jugendliche als statisch, ineffektiv, kaum vertrauenswürdig erleben. Zwischen der Systemwelt der Politik und der Lebenswelt Jugendlicher tut sich eine immer größer werdende Kluft auf. Das ist mit Sicherheit auch ein Grund dafür, dass neonazistische Ideologien sowie autoritäre rechte Denk- und Lösungsmuster für real existierende ökonomische, politische wie kulturelle Probleme von manchen Jugendlichen aufgenommen werden. Eine Bildungsoffensive muss also mit einer Offensive in anderen gesellschaftlichen Bereichen einhergehen, wenn sie zügig und erfolgreich verlaufen soll. **Überhaupt gilt: Deutschland muss kinderfreundlicher werden!!**

##### **5. Grundlegende Veränderung und Erneuerung des Bildungswesens**

Die PDS tritt für eine Demokratisierung, für eine grundlegende Veränderung und Erneuerung des Bildungswesens ein. **Sie fordert eine umfassende Reform des Bildungswesens**, die Schaffung eines Bildungssystems, das von der Vorschulerziehung über eine allgemeinbildende Schule für alle Kinder und Jugendlichen, die Berufsausbildung, die Hochschulbildung und die Weiterbildung bis zu Formen und Einrichtungen des lebensbegleitenden Lernens reicht, das die Jugendhilfe einbezieht und auch die Vielfalt der Möglichkeiten informellen Lernens und kulturellen Lebens im Auge hat. Die einzelnen Elemente und Bestandteile dieses

Bildungssysteme sollen inhaltlich und organisatorisch miteinander verbunden sein und von den Jugendlichen ohne so genannte Sackgassen durchlaufen werden können. Übergreifendes Anliegen einer solchen Reform ist, Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung und Bildung aller Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen zu schaffen. Der Einzelne soll vielfältige Möglichkeiten und Angebote finden, seine Leistungsfähigkeit einzusetzen und zu entwickeln, seine Bildungsbedürfnisse und Vorstellungen von Selbstverwirklichung zu befriedigen. Es geht um die Förderung eines jeden Kindes und Jugendlichen, eines jeden Menschen nach dem Leitmotiv: Alle fördern – keinen beschämen!

Eine solche Bildungsreform muss Antwort geben auf die durch die PISA-Erhebungen erneut verdeutlichte wachsende Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen bzw. deren Eltern, und sie wird sich der Aufgabe stellen, für die durch die Entwicklungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aufgeworfenen Fragen nach Charakter und Inhalt von Bildung und speziell von allgemeiner und beruflicher Bildung Lösungen auszuarbeiten. Eine solche Bildungsreform braucht Strukturveränderungen, reduziert sich aber nicht auf sie. Es geht vielmehr sowohl um Veränderungen im Inhalt der Bildung und um eine neue Lernkultur als auch um strukturelle Veränderungen als Bedingung und zugleich Rahmen für eine neue Bildung der Jugend mit dem Ziel einer hohen Leistungsfähigkeit des gesamten Bildungswesens und damit dem Anliegen, dass jeder junge Mensch möglichst hohe Leistungen erreicht.

**Die PDS spricht sich mit Nachdruck für ein integriertes Bildungssystem aus!** Das auf einem elitären und unwissenschaftlichen Verständnis von Begabung und einer damit verbundenen frühzeitigen Selektion der Kinder beruhende mehrgliedrige Bildungssystem muss – sicher in Teilschritten – überwunden werden. Die PDS will damit dazu beitragen, dass das Bildungswesen seinem Bildungsauftrag und zugleich seiner sozialerzieherischen Funktion besser gerecht werden kann. Dem liegt ein **umfassendes Verständnis** von Integration zugrunde:

- Integration bedeutet zunächst gemeinsame Bildung aller Mädchen und Jungen, unabhängig von ihrer sozialen Lage, ihrer Weltanschauung oder Religion, ihrer nationalen Zugehörigkeit, ihrem unterschiedlichen Leistungsvermögen und schließt ausdrücklich auch behinderte Kinder und Kinder nichtdeutscher Herkunft ein, wozu vor allem auch die spezifisch erforderlichen personellen, materiellen und finanziellen Bedingungen gewährleistet werden müssen.
- Integration als gemeinsame Bildung aller Mädchen und Jungen ist vor allem eine bedeutsame Potenz in der pädagogischen Arbeit in dem Sinne, dass sie die vielgestaltigen Unterschiede zwischen Kindern und Jugendlichen pädagogisch klug nutzt und so die Entwicklung jedes einzelnen jungen Menschen und die



Ausprägung seiner individuellen Stärken befördert. **Im Zentrum der Schule und aller anderen Bildungseinrichtungen steht also das Fördern!**

- Integration beinhaltet eine Neugestaltung der Bildungsinhalte, der Lehrpläne und Lehrbücher unter dem Gesichtspunkt eines breiten gemeinsamen Kerns für alle Schüler mit ergänzenden Angeboten für unterschiedliche Interessen und Leistungsvermögen.
- Integration beinhaltet, die Möglichkeiten der gemeinsamen Bildung aller Mädchen und Jungen zur Ausprägung sozialer Kompetenz, zur Erziehung zu Toleranz und gegenseitiger Achtung, zu Hilfsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein zu nutzen. Das schließt ein, die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte der Lernenden/Studierenden für die Gestaltung des schulischen Lebens und ihres eigenen Lernens bzw. des Studiums auszubauen und voll zum Tragen kommen zu lassen.

Ein integriertes Bildungssystem erfordert für eine dem Prinzip der Integration entsprechende Gestaltung der pädagogischen Arbeit speziell vorbereitete und qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Ausprägung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zwischen Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern. Es beruht vor allem auf der Entwicklung der Bereitschaft der Lernenden, sich den schulischen Anforderungen zu stellen, und dem Engagement der Pädagoginnen und Pädagogen, mit dem sie sich den Lernenden zuwenden und sich um deren Entwicklung sorgen.

Mit einer solchen Zielstellung für ein umfassendes Bildungskonzept als Alternative zum Bestehenden grenzt sich die PDS von den Zielen neokonservativer und neoliberaler Kräfte ab, die zwar ebenfalls von einer Bildungsreform reden, dabei aber Bildung vorrangig als Verwertungsbedingung für das Kapital und als Standortfaktor definieren und sie kommerziellen Interessen noch mehr öffnen und überlassen wollen. Bildung muss aber – gerade unter den Bedingungen der Europäisierung und Globalisierung der Märkte – allgemeines Gut und Element der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge sein und bleiben! **Ein allen Kindern und Jugendlichen, überhaupt allen Bürgerinnen und Bürgern, zugängliches öffentliches, staatlich finanziertes und organisiertes Bildungswesen ist dafür unabdingbar.**

Eine Bildungsreform bedarf gründlicher wissenschaftlicher Vorbereitung und ständiger wissenschaftlicher Begleitung. Erforderlich ist nicht nur eine solide und gründlich erarbeitete Gesamtkonzeption, erforderlich sind auch ständige Analysen des jeweils Erreichten und der Probleme im Prozess der Reform und darauf basierende Vorschläge für nächste Schritte. Pädagogische Wissenschaft ist besonders bei der Entwicklung, Erprobung und Ausarbeitung der verschiedensten Lehr- und Unterrichtsmaterialien gefragt und trägt eine hohe Mitverantwortung bei der Fort- und Weiterbildung der tätigen Pädagoginnen und Pädagogen sowie bei der Ausbildung des pädagogischen Nachwuchses.

Eine grundlegende Bildungsreform wird nur dann Wirklichkeit werden, wenn sie als gesamtgesellschaftliches Anliegen von politischen Mehrheiten getragen wird, wenn es gelingt, möglichst umfassend gesellschaftliches Engagement zu erreichen und große Teile der Bevölkerung aktiv mit einzubeziehen. Vor allem wird vom aktiven Mittun von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, der Pädagoginnen und Pädagogen, der Lernenden und der Studierenden, der Eltern und anderer unmittelbar an Schule und Bildung Beteiligter, nicht zuletzt auch vom Engagement von Politikern, abhängen, ob und wie die Ziele der Bildungsreform Wirklichkeit werden.

#### **6. Bildungsfinanzierung neu denken!**

Eine grundlegende Neugestaltung des gesamten Bildungswesens benötigt nicht nur klare und verbindliche Ziele und Aufgaben für einen längeren Zeitraum, sondern ebenso eine **langfristig konzipierte Bildungsfinanzierung**, die durch das Setzen von haushaltspolitischen Prioritäten gesichert wird. Wir wollen, dass Schulen und alle anderen Bildungseinrichtungen materiell, personell und finanziell den pädagogischen Erfordernissen entsprechend ausgestattet sind, dass die Arbeitszeit der Pädagoginnen und Pädagogen (Pflichtstunden) und die Zahl der Kinder/Schüler pro Gruppe/Klasse (Frequenzen) schrittweise reduziert werden und damit Bedingungen für eine hohe pädagogische und fachliche Qualität geschaffen werden können. Entgegen anders lautenden Verlautbarungen der Bundesregierung und der Länderregierungen haben wir es in der Bundesrepublik mit einer latenten und tendenziell zunehmenden Unterfinanzierung des Bildungswesens zu tun, die sich im Bereich der vorschulischen Erziehung und der Grundschulbildung besonders stark negativ auswirkt.

Begleitet wird diese Entwicklung durch zahlreicher werdende Aktivitäten in Richtung Privatisierung: immer mehr Privatschulen entstehen, Abhängigkeit von privaten Sponsoren, der Nachhilfeunterricht boomt, Schulbücher und andere Lernmittel müssen zunehmend von den Eltern finanziert werden, die Kommunen ziehen sich aus der Finanzierung der Schülerbeförderung zurück u. a. Werden die Dienstleistungsrichtlinien von EU und GATS nicht gestoppt bzw. werden nicht zumindest die Bildungsbereiche herausgenommen, besteht die Gefahr einer viel weitergehenden Privatisierung des Bildungsbereiches. Gegen diese Gefahr und überhaupt gegen die real vorhandene Tendenz zunehmender Privatisierung zu kämpfen, versteht die PDS als eine wichtige Aufgabe. **Wir engagieren uns für den Erhalt und den Ausbau des öffentlichen Bildungswesens und für die Sicherung einer hohen Qualität seiner Arbeit!** Wir stehen für das Prinzip der Unentgeltlichkeit im Bildungswesen und fordern die **schrittweise** Verwirklichung einer für Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern kostenlosen Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität.

Nach Auffassung der PDS ist auf dem Gebiet der Bildungsfinanzierung ein Umdenken erforderlich. Das Bildungswesen darf nicht primär und schon gar nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien gemessen und beurteilt werden. Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft, wobei solche Bereiche wie die frühkindliche Bildung und die Grundschulbildung besonders bedacht werden müssen. Bildungsausgaben sind keine Verbrauchs-, sondern eben investive Ausgaben! Das muss sich auch in den öffentlichen Haushalten niederschlagen: sie müssen dort absolute Priorität genießen! Ein neues Bildungssystem muss „Schieflagen“ abbauen und geeignet sein, Bildungsgewinne in Bildungsinvestitionen „zurückzuführen“. Dazu gehört aber auch eine Ökonomie des Umgangs mit den öffentlichen Gütern und Ressourcen, also der zweckmäßige und rationelle, auf **pädagogische Ergebnisse** gerichtete Einsatz der finanziellen Mittel. Bildungsausgaben müssen von Kürzungen ausgenommen werden; durch sinkende Schülerzahlen oder aus anderen Gründen zeitweilig frei werdende finanzielle und personelle Ressourcen müssen zugunsten der Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Qualitätsentwicklung eingesetzt werden.

Unterschiedlichste Untersuchungen weisen nach: notwendig ist eine drastische Erhöhung der Bildungsausgaben. Wenn Deutschland die Ausgaben der OECD-Spitzenländer erreichen will, dann weisen die 4 Milliarden Euro für Ganztagschulen und die 1,5 Milliarden Euro für Krippen und Kindertagesstätten aus dem Bundeshaushalt zwar in die richtige Richtung, reichen aber keineswegs aus. Nach Berechnungen, die im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vorgenommen wurden, wären mindestens 40 Milliarden Euro jährlich zusätzlich erforderlich! Das erbringen selbst die von der PDS vorgeschlagenen Steuerreformen nicht und auch eine Kürzung des Rüstungsetats um 10 % jährlich würde nicht genug zusammenbringen – so enorm sind die Versäumnisse der Vergangenheit! Eine Möglichkeit, diesen großen Rückstand aufzuholen, könnte die Auflage einer Bildungsanleihe sein – in Form eines festverzinslichen Wertpapiers als Bundesobligation bei 3,7 % Zinsen mit einer Laufzeit von 5 Jahren in Höhe von 20 Milliarden Euro. Das würde rasch die Rahmenbedingungen verbessern helfen und der Reform Schub verleihen. Eine einfache Erhöhung der Mittel aber ist nicht ausreichend. Auf Bundesebene, in den Ländern und in den Kommunen müssen Schwerpunkte der Bildungsfinanzierung gesetzt und dabei objektiv dringliche Erfordernisse, wie z. B. die Neugestaltung der Lehrerausbildung, und zugleich eingetretene Rückstände und Mängel, wie z.B. die Unterfinanzierung der vorschulischen Erziehung und der Grundschulbildung, mit den dafür erforderlichen Mitteln ausgestattet werden. Es darf nie vergessen werden: **Bildungsfragen sind Zukunftsfragen! Es geht dabei immer um die Zukunftschancen der Heranwachsenden und letztlich der ganzen Gesellschaft!**

## **7. Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern im Vorschulalter**

Der Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern im Vorschulalter wird in den letzten Jahren von der Öffentlichkeit und auch von der Wissenschaft wachsendes Interesse entgegengebracht. Die Schaffung günstiger Entwicklungsbedingungen für die Kinder in ihren ersten Lebensjahren ist von zentraler Bedeutung für die Sicherung wirklicher Chancengleichheit. Damit werden bereits im frühen Kindesalter Weichen für eine vielseitige, umfassende Persönlichkeitsentwicklung und für ein erfolgreiches schulisches Lernen gestellt.

Manches ist in den letzten Jahren in den Bundesländern – insbesondere seit PISA – geschehen. Nach wie vor aber gilt: Die Rahmenbedingungen für frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung sind derzeit in Deutschland von großen Unterschieden gekennzeichnet. Das gilt nicht zuletzt auch für die den praktischen Maßnahmen zugrunde liegenden pädagogisch-politischen Positionen. Die PDS geht in ihrem Verständnis von Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter konsequent vom Kind aus, von seinen sich entwickelnden Interessen und Bedürfnissen. Das Kind kann sich nur in dem Maße bilden, wie ihm die anzueignende Welt Gelegenheit zur Begegnung mit möglichst vielen Ausschnitten der Welt bietet. Alle Facetten der Persönlichkeit des heranwachsenden Kindes sollen Aufmerksamkeit und Zuwendung erfahren.

Wir gehen davon aus, dass allen Kindern, deren Eltern das wünschen, der Besuch einer Vorschuleinrichtung vom Krippenalter bis zum Schuleintritt ermöglicht werden muss, dass der Anspruch auf umfassende Förderung ein Recht des Kindes ist. Deshalb muss ein uneingeschränkter Rechtsanspruch gesetzlich festgeschrieben und praktisch durchgesetzt werden.

Einrichtungen der vorschulischen Erziehung haben einen Bildungsauftrag, der sowohl die Betreuung der Kinder und das Spielen als die für dieses Lebensalter typische Tätigkeit als auch die spezifische Vorbereitung auf das Lernen in der Schule einschließt. Im Rahmen der vorschulischen Erziehung kommt es auf die Förderung jedes Kindes an, auf seine Entwicklung auf sinnlichem und kognitivem, auf sprachlichem und körperlichem, gesundheitlichem sowie kulturell-ästhetischem Gebiet. Das gemeinsame Leben der Kinder in der Gruppe und die Gestaltung des Tagesablaufs in den Vorschuleinrichtungen schaffen wichtige Voraussetzungen für das Erlernen von sozialer Kompetenz.

Erforderlich ist, schrittweise das Qualifikationsniveau der pädagogischen Fachkräfte anzuheben. Dazu ist in allen Bundesländern ein langfristiges Programm zu erarbeiten und zu verwirklichen; den Erzieherinnen und Erziehern ist das dafür notwendige Zeitbudget zur Verfügung zu stellen. Die Inhalte der Ausbildung sind den gewachsenen Anforderungen und den spezifischen Erfordernissen der verschiedenen Altersgruppen anzupassen. Die Erzieherinnen und Erzieher für

Kindertageseinrichtungen sollen entsprechend international üblichem Standard eine universitäre Ausbildung, zumindest aber eine Ausbildung auf Fachhochschulniveau, erhalten. Sie darf aber die Ausbildung von Pädagogen für die folgenden Bildungsstufen nicht kopieren wollen.

Die PDS tritt für eine verlässliche öffentliche Finanzierung von Angeboten zur Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Vorschulalter ein. Das erfordert aktuell eine wesentliche Erhöhung der materiellen und finanziellen Mittel. Wir wenden uns dagegen, dass Eltern für den Besuch von Vorschuleinrichtungen ihrer Kinder zunehmend finanziell belastet werden. Wir setzen uns für konkrete Festlegungen zur schrittweisen Reduzierung der Gebühren für den Besuch von Krippe, Kindergarten und Hort und letztlich für völlige Gebührenfreiheit ein.

### **8. Die PDS will eine „Gemeinschaftsschule“!**

In der Diskussion über die Bildungspolitischen Leitlinien muss geprüft werden, ob wir für die Schule, die wir anstreben, bei der Bezeichnung „Gemeinschaftsschule“ bleiben, oder ob wir die z.B. in Dokumenten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, des Gesamtschulverbandes und des Grundschulverbandes inzwischen üblich gewordene Bezeichnung „Eine Schule für alle“ verwenden wollen, oder ob wir uns trotz der von konservativen Kräften ausgehenden Diffamierung und Verteufelung des Begriffes „Einheitsschule“ für die auf den Schulreformer Paul Oestreich zurückgehende Bezeichnung „Differenzierte Einheitsschule“, die eine in sich nach Schulstufen gegliederte Schule ist, entscheiden.

Im Rahmen der auf die Gesamtheit des Bildungswesens zielenden Reform nimmt die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule (oft auch „Eine Schule für alle“ und in einigen anderen Ländern „Einheitsschule“ genannt), in der die Mädchen und Jungen von der 1. Klasse bis in der Regel zur 10. Klasse gemeinsam lernen und auf die Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe II aufbauen, einen zentralen Platz ein.

Dafür gibt es mehrere Gründe:

- In der allgemeinbildenden Schule und durch die Nutzung vieler weiterer Bildungsangebote in dieser Lebensphase eignen sich alle jungen Menschen das Fundament für weiterführende Bildung unterschiedlicher Art und für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit an.
- Wissenschaftliche Erkenntnisse und neuere internationale Erfahrungen und vergleichende Untersuchungen (PISA u. a.) sprechen sehr eindeutig für längeres gemeinsames Lernen.
- Nach dem Vorliegen der neuesten PISA- Ergebnisse kommen Vorschläge zum längeren gemeinsamen Lernen von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, z.B. von der Handwerkskammer Baden-Württemberg, von der SPD/PDS-Koalition in Mecklenburg/Vorpommern, von der SPD Schleswig-Holstein, von Bündnis 90/Die Grünen u. a. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der

Gesamtschulverband und der Grundschulverband fordern die „Eine Schule für alle“ bereits seit längerer Zeit.

- Gleichzeitig gibt es nicht wenige Kräfte, die diese Forderung mit dem alten Argument, gerade die Mehrgliedrigkeit des Bildungssystems sei begabungsgerecht, oder dem unbegründeten Vorwurf, die Befürworter des längeren gemeinsamen Lernens reduzierten Reformbestrebungen auf die Strukturfrage, zurückweisen.

All das spricht mit Nachdruck dafür, genauer zu bestimmen, was die PDS mit der Gemeinschaftsschule will. Das ist auch deshalb so wichtig, um mit den Kräften, die gleiche oder ähnliche Forderungen erheben und deshalb Partner für uns sein können, genauer zu abzuklären, wo wirklich Gemeinsamkeiten sind und wo Unterschiede, deren Überwindung angestrebt werden müsste.

#### **Wodurch wird die von uns angestrebte Gemeinschaftsschule charakterisiert sein?**

- Eine gemeinsame Schule für alle Mädchen und Jungen ist als öffentliche Schule das entscheidende Kettenglied für die Gewährleistung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle. Sie schafft durch eine auf die individuelle Förderung eines jeden Schülers/einer jeden Schülerin gerichtete pädagogische Arbeit Voraussetzungen dafür, dass wirklich alle Schüler diese Möglichkeiten auch wahrnehmen können. Sie ermöglicht jedem Schüler/jeder Schülerin den Erwerb einer modernen, wissenschaftlich fundierten und für die praktische Lebensbewältigung bedeutsamen Allgemeinbildung und bietet damit allen günstige Entwicklungsmöglichkeiten und das Fundament für ihre Persönlichkeitsentwicklung in individueller Ausprägung.
- Eine gemeinsame Schule für alle entwickelt ein pädagogisches Konzept, das auf die Persönlichkeitsentwicklung aller Schülerinnen und Schüler gerichtet ist, an Bedürfnisse und Interessen der Schüler anknüpft und ein entwicklungsförderndes, interessantes Schulleben mit Beziehungen zwischen Unterricht und außerunterrichtlichen Tätigkeitsbereichen gestaltet bzw. vielfältige außerschulische Angebote nutzt. Das ist eine Schule mit hoher Eigenverantwortung, die die Mitgestaltung des schulischen Lebens durch die Mädchen und Jungen und beim Lernen herausfordert, ihr Verantwortungsbewusstsein für sich selbst, für die Gemeinschaft und die Natur, ihre Solidarität, Toleranz und Kommunikationsfähigkeit anstrebt. Dazu entwickelt sie ein Tätigkeitskonzept, das sich durch Mannigfaltigkeit der Inhalte, Tätigkeitsfelder und Gestaltungsarten auszeichnet.
- Eine Gemeinschaftsschule entwickelt ein eigenes Unterrichtskonzept, das sich auf Rahmenlehrpläne stützt, die auf der Grundlage von bundeseinheitlich zentral entwickelten Bildungsstandards erarbeitet und von den Lehrerinnen und Lehrern unter Mitwirkung vor allem der älteren Schüler für die Arbeit in ihrer jeweiligen Schule präzisiert werden. Dazu ist erforderlich, die bisher schulartenbezogenen

Bildungsstandards durch schulstufenbezogene zu ersetzen. Auf dieser Grundlage gewährleistet der Unterricht in der Gemeinschaftsschule eine grundlegende Bildung für alle und bietet darüber hinaus Möglichkeiten der Wissenserweiterung und der Befriedigung von Neigungen und Interessen einzelner Schüler. Das Unterrichtskonzept geht davon aus, dass die Schülerinnen und Schüler aktive Partner der Lehrerinnen und Lehrer im Unterrichtsprozess sind und deshalb bewusst an dessen inhaltlicher und organisatorischer Gestaltung teilnehmen.

- Eine gemeinsame Schule für alle ist eine Schule möglichst in Wohnortnähe, aber unbedingt für Schülerinnen und Schüler der unteren Klassen. Das fordert die Einbettung der Schule und ihrer pädagogischen Arbeit in das Leben der Kommune und damit die für die Entwicklung der Heranwachsenden wichtige Öffnung der Schule ins Umfeld sowie des Umfeldes für seine Schule. Grundsätzlich sichert die Gemeinschaftsschule vielfältige Angebote außerunterrichtlicher Betätigung für die Schülerinnen und Schüler und nutzt dafür auch die Möglichkeiten des Wohnortes, des Umfeldes der Schule. Entsprechend ihrem pädagogischen Konzept und unter Beachtung der konkreten Bedingungen und der Wünsche der Eltern und der Schülerinnen und Schüler entwickeln sich Gemeinschaftsschulen zu Ganztagschulen.
- In der Gemeinschaftsschule wird der Unterricht im heterogen zusammengesetzten Klassenverband erteilt. Das kann bei entsprechender Gestaltung des Unterrichts durch den Lehrer/die Lehrerin wirksam zur individuellen Förderung beitragen, wenn eine produktive Lernkultur den Unterricht bestimmt, wenn die Schüler als Subjekt wirksam werden, jeder seine Individualität in den gemeinsamen Lernprozess einbringen und mitentscheiden kann und soziale Beziehungen fördernd wirken. Leistungsbewertungen sollen die Schülerinnen und Schüler in ihrem Entwicklungsprozess unterstützen, sollen als Mittel der Förderung angewandt werden, sollen Stärken und Schwächen des Einzelnen verdeutlichen. Nichtversetzen ist der falsche Weg, individuell fördern der richtige!
- Ergänzend zum Unterricht im Klassenverband gehört auch Unterricht in Gruppen zum pädagogischen Konzept. Obligatorische oder fakultative Wahlkurse mit verschiedenartigen Inhalten dienen besonders dem Entdecken spezieller Fähigkeiten und dem Fördern von Begabungen. Fachbezogene bzw. auch fachübergreifende Leistungskurse sind auf das Sichern grundlegender Bestandteile der Lehrprogramme bzw. insbesondere in den Klassen 9 und 10 auf die Vertiefung und Erweiterung der Allgemeinbildung gerichtet. Allgemeinverbindliche –, wahlweise-organisatorische – und fakultative Bildungsinhalte sowie vielfältige interessenbezogene Betätigungsfelder in außerunterrichtlicher Zeit ergänzen einander.
- Eine Gemeinschaftsschule widmet dem Erkennen und gezielten Fördern von Interessen, Talenten und Begabungen hohe Aufmerksamkeit. Sie versteht Begabungsentwicklung in ihrer ganzen Breite (wissenschaftlich, künstlerisch,

technisch, sportlich, organisatorisch u. a.) und bezieht sie auf alle Schüler. Jeder Einzelne hat seine besonderen Stärken, die es in der Tätigkeit zu erkennen und zu fördern gilt.

- Eine gemeinsame Schule für alle überwindet die bisherige traditionelle Trennung zwischen Grundschule und Schulen der Sekundarstufe I, wobei in der pädagogischen Arbeit und auch im Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer die Spezifik der Schulstufen berücksichtigt werden wird. Der langjährige gemeinsame Schulbesuch begünstigt die kontinuierliche Entwicklung der Schüler. Langjährige Verantwortung desselben Pädagogenkollektivs fördert Zielstrebigkeit in der pädagogischen Arbeit, Ausbau der sozialen Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern und Schülern untereinander sowie frühzeitig einsetzende und kontinuierliche Förderung von Schülern.

Der erfolgreiche Abschluss des Besuchs der Gemeinschaftsschule ist die **Grundlage für den zukünftigen Bildungs- und Berufsweg, d.h. sowohl für eine berufliche Ausbildung als auch für eine auf die Hochschulreife zielende weiterführende Allgemeinbildung** und darüber hinaus für lebenslanges Lernen überhaupt. Die in den oberen Klassen der Gemeinschaftsschule einsetzende differenzierte Vertiefung und Erweiterung der Allgemeinbildung schafft die dafür erforderlichen Voraussetzungen.

Nach Auffassung der PDS muss der Anteil der jungen Menschen, die eine der Hochschulreife entsprechende Bildung und damit das Abitur erwerben, spürbar über 50 % des jeweiligen Altersjahrgangs hinaus erhöht werden, und das ohne Abstriche am Niveau des Abiturs! Das erfordert einerseits eine inhaltliche Reform der Abiturbildung und andererseits, die verschiedenen Wege zum Abitur qualitativ und quantitativ gleichberechtigt auszubauen. Dazu gehört auch eine inhaltliche Profilierung der zur Hochschulreife führenden Bildungsgänge: Erwerb des Abiturs in Verbindung mit einer beruflichen Ausbildung, Erwerb fachgebundener Hochschulreife im Rahmen der Berufsbildung, Hochschulzugang über berufliche Bildungsgänge (z.B. Fachschulen), Ausbau der Fachgymnasien u. a.

Die PDS spricht sich für flexible Regelungen der Schulzeit bis zum Abitur aus, abhängig von Inhalt und Charakter des jeweiligen strukturellen Weges zur Hochschulreife und abhängig auch vom Leistungsvermögen bzw. speziellen individuellen Zielstellungen des die Hochschulreife anstrebenden jungen Menschen.

Die PDS ist sich dessen bewusst, dass **der Weg zur Gemeinschaftsschule ein längerer Prozess** sein wird. Demokratische Veränderungen verlangen Bereitschaft und Mitwirkung aller an einer besseren Bildung und Erziehung der Heranwachsenden interessierten Kräfte. Sie zu gewinnen und bei ihren Aktivitäten zu unterstützen, betrachtet die PDS als ein bedeutsames Anliegen. Der Weg zur Gemeinschaftsschule bedarf verschiedener Zwischenschritte, für die vorhandene Ansätze genutzt und



ausgebaut werden sollten. Unter anderem können dabei bestehende Gesamtschulen eine wichtige Rolle spielen, indem sie ihr originäres politisch-pädagogisches Anliegen voll entfalten und insbesondere die Möglichkeit bekommen, auf die äußere Fachleistungsdifferenzierung zu verzichten. Auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule gewonnene Erfahrungen und Ergebnisse begleitender wissenschaftlicher Untersuchungen können und werden sowohl Veränderungen am Konzept selber als auch für die Planung der nächsten jeweiligen Schritte zu seiner Verwirklichung erfordern. Deshalb wird es auch länderbezogen sowie territorial und lokal verschiedenartige Lösungen, unterschiedliches Herangehen geben. Von den Zielvorstellungen für die Gemeinschaftsschule geleitet, werden die Wege dahin jedoch immer inhaltliche, strukturelle und gestalterisch-organisatorische Weiterentwicklungen insgesamt umfassen müssen.

Praktisch wird es darum gehen, Möglichkeiten zur Ausweitung der Zeit gemeinsamen Lernens aller Schüler zu prüfen und zu nutzen, z.B. durch die schrittweise Verlängerung der vierjährigen bzw. sechsjährigen gemeinsamen Schulzeit bis einschließlich Klasse 8 für alle Schüler (bei Erhalt und Profilierung der Schulstufen), durch die engere Zusammenarbeit und die Bildung von Schulverbänden Grundschule / Sekundarstufe I, durch die Kooperation unterschiedlicher Schularten und die Gestaltung gemeinsamer Lernprozesse bzw. die Organisation gemeinsamer Klassenverbände, durch die Einführung gemeinsamer Bildungsinhalte auf der Basis von Schulstufen, durch das Hinausschieben der abschlussorientierten Selektion der Schüler nach Leistungsniveaus in der Sekundarstufe I im Interesse eines größeren Anteils gemeinsamen Unterrichts, durch Ersetzen der Niveau-Fachleistungskurse an Gesamtschulen durch an Interessen orientierte Differenzierungsmodelle, durch das Abschaffen von Rückstufungen an Realschulen und Gymnasien u. a.

Zu den unabdingbaren Maßnahmen, die langfristig konzipiert werden müssen, gehört die Qualifizierung der im Berufsleben stehenden Lehrer und eine praxisnahe Neugestaltung der Ausbildung der Lehrer, vor allem mit dem Blick auf die Konsequenzen, die das pädagogische Konzept des gemeinsamen Lernens in heterogen zusammengesetzten Klassen erfordern. Und nicht zuletzt bedarf es der Gewinnung der Eltern und ihrer aktiven Mitarbeit sowie der Unterstützung durch die Kommunen.

Für die erfolgreiche Entwicklung der neuen Schule müssen sich die Reformkräfte für eine positive Einstellung zu den Kindern im öffentlichen Leben engagieren, für bessere Entwicklungs- und Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen insgesamt, für mehr Sorge und Liebe, für eine optimistische Grundhaltung zur Bildbarkeit der jungen Menschen, für die Zurückdrängung negativer

Einflussfaktoren. **Notwendig ist ein kinder- und jugendfreundliches Klima in der Gesellschaft!**

#### **9. Berufsausbildung und Berufsabschluss für alle**

Die PDS geht davon aus, dass Wirtschaft und Staat allen jungen Menschen nach Abschluss der Pflichtschulzeit (Sekundarstufe I) – in der Zukunft nach erfolgreicher Beendigung der Gemeinschaftsschule – eine Ausbildung garantieren, die zu einem Berufsabschluss führt bzw. den Übergang zu einer Hochschulausbildung ermöglicht. Das erfordert, dass sich alle ausbildungsfähigen Betriebe und Unternehmen an der Ausbildung bzw. an der Finanzierung der Angebote im dualen System der Berufsausbildung beteiligen und eng mit den kommunalen Einrichtungen der Berufs- und Weiterbildung zusammenarbeiten.

**Berufliche Bildung muss den Anspruch erfüllen, allen Absolventen der allgemeinbildenden Schulen in Deutschland zeitökonomisch zielführende berufliche Bildungsperspektiven zu eröffnen.** Die betrieblichen Notwendigkeiten der Gewinnung kompetenten Nachwuchses sind in einer solchen übergeordneten Zielsetzung ebenso impliziert wie die Ansprüche von Staat und Gesellschaft, durch berufliche Bildung allen Jugendlichen eine Arbeits- und Existenzperspektive zu eröffnen. Ausgangspunkt für die Einordnung der beruflichen Bildung in den gesamten Bildungszusammenhang ist nicht die ausschließliche Orientierung an ökonomischen Zusammenhängen, sondern auch die Berücksichtigung von gesellschaftlichen Entwicklungen und von persönlichen wie sozialen Ansprüchen und Möglichkeiten des / der Einzelnen. Neben fachlichen werden immer stärker soziale Kompetenzen wie Teamarbeit, Gestaltungs- und Kommunikationsfähigkeit eine zentrale Rolle spielen.

Gesellschaftliche Schlüsselkompetenzen sind jedoch mehr als aneinander gefügte Qualifikationsmodule auf der Basis von Kurzausbildungen, die aus betriebswirtschaftlichem Kosten-Nutzen-Denken und als Reaktion auf eine immer schnellere Entwertung von Wissen und Qualifikation verstärkt in den Vordergrund rücken.

Soziale Schlüsselkompetenzen sind ein zentraler Bestandteil von Beruflichkeit. Sie beinhalten die Bedürfnisse von Lernenden ebenso wie einzelbetriebliche, gesamtökonomische und gesellschaftliche Anforderungen.

Gemessen an diesen Anforderungen, den gegebenen Ausgangsvoraussetzungen, den technologischen, produktions- und (arbeits)organisatorischen Veränderungen, der Globalisierung von Finanz-, Arbeits- und Gütermärkten, den sich verändernden Umweltbedingungen, dem gesellschaftlichen Wertewandel, dem Rückzug des Staates und dem wachsenden Zwang zur individuellen Verantwortlichkeit ist das

Berufsbildungssystem der Bundesrepublik in hohem Maße anpassungs- und entwicklungsbedürftig.

**In der jetzt anstehenden Reform muss sichergestellt werden:**

- Das Recht auf Ausbildung für alle auf der Basis eines auswahlfähigen Angebots an Ausbildungsplätzen in zukunftsfähigen Berufen und deren ausreichende Finanzierung.
- Das Ausbildungssystem muss demokratisch gefestigt werden; auf allen Ebenen müssen Mitbestimmung gestärkt und Beteiligungsprozesse weiterentwickelt werden.
- Berufsausbildung darf keine Sackgasse sein. Anschlüsse müssen gefördert, das ganze System muss durchlässiger und der Wiedereinstieg muss ohne Statusverlust möglich werden.
- Insbesondere müssen die Rechte von jungen Menschen mit Behinderungen oder Benachteiligungen gestärkt werden, die Qualität der Berufsausbildung muss gesteigert und gesichert, das Prüfungswesen korrigiert werden.
- Das lebensbegleitende Lernen muss für alle erleichtert, Aus- und Weiterbildung müssen besser verzahnt werden. Zusatzqualifikationen sollen fester Bestandteil des Systems werden. Die Zertifizierung von erworbenen Kompetenzen und auch von Berufserfahrung muss verbessert werden.
- Die Ausbildung der Ausbilder muss verbessert, ihre Arbeit besser abgesichert werden.
- Berufsbildungsforschung und -statistik müssen intensiviert werden. Die Berufsausbildung muss „europäischen Charakter“ erhalten.

Über diese vorrangig aktuellen, in gewisser Weise aber auch schon zukunftsorientierten Schritte und Maßnahmen hinaus ist nach Auffassung der PDS ein neuer bildungspolitischer Ansatz erforderlich, der die Verzahnung von theoretischem und praktischem Lernen im Betrieb mit der Entfaltung von Kompetenzen und deren Umsetzung verbindet und damit Ganzheitlichkeit und Komplexität sowie die notwendige Breite der Ausbildung und die berufliche Handlungsfähigkeit sichert. Ein dem zugrunde liegendes Berufskonzept wird am Leitbild der Beruflichkeit menschlicher Arbeit festhalten. Es wird auf ein Feld von mehr oder weniger verwandten Tätigkeiten – auf einen Beruf – ausgerichtet sein statt auf einen einzelnen Arbeitsplatz, und ist durch eine Balance zwischen Breite und Tiefe der Lerninhalte charakterisiert.

Die PDS wird sich an der Ausarbeitung eines solchen neuen, in die Zukunft weisenden Berufsbildungskonzepts aktiv beteiligen.

## **10. Hochschulbildung**

Die PDS sieht eine progressive und emanzipatorische Reform des Hochschulbereiches als Schlüsselaufgabe sowohl für ihre Regierungs- als auch für ihre Oppositionstätigkeit an. Wir setzen der Privatisierungsoffensive von WTO, EU und Lobbyorganisationen in diesem Bereich das Leitbild einer offenen,

demokratischen und regional verwurzelten Hochschule entgegen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst ist. Wir brauchen mehr und vor allem qualitativ hochwertigere Studienplätze, weil die gesellschaftliche Nachfrage nach einem höheren Bildungsniveau weiter steigt.

Die PDS will deshalb den Hochschulzugang so gestalten, **dass akademische Bildung kein Privileg der Besserverdienenden ist, sondern möglichst Vielen zugute kommt.** Denn angesichts des Wandels hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft sind Aus- und Weiterbildung die Schlüsselkompetenzen, von denen nicht nur der Einzelne, sondern die Gesellschaft als Ganze profitiert.

Auswahlgespräche und vor allem Studiengebühren sind der falsche Weg, um den Zugang zur akademischen Bildung zu erweitern. Sie machen Vielen ein Studium unmöglich. Stattdessen setzen wir auf eine reformierte und verbesserte Studienförderung im Rahmen des Bafög, ein ein- bis zweisemestriges Probestudium sowie ein verbessertes Beratungssystem als die zielführenden Instrumente. **Die PDS setzt sich für eine öffentlich finanzierte Hochschule mit effizienten Studienbedingungen ein.** Die derzeitige, leider lediglich fiskalisch motivierte Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen des Bologna-Prozesses, die das Studium auf Schmalpurststudiengänge reduziert, repressive Studienordnungen und Selektionsinstrumente einführt, kritisieren wir auf das Schärfste. Eine Studienreform muss stattdessen zu mehr Orientierung im Studium, zu mehr Eigenverantwortung und zu mehr Durchlässigkeit im Hochschulsystem führen.

Hochschulen sollen Autonomie erhalten. **Dafür ist ihre Demokratisierung unerlässlich.** Die PDS will deshalb die Mitspracherechte von Studierenden und MitarbeiterInnen stärken und die Professorenmehrheiten und präsidialen Vorrechte beschneiden.

Investitionen in den Hochschulbereich stärken die regionale Leistungsfähigkeit in wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen. Die PDS will deshalb die Vernetzung von Hochschulen, Unternehmen und Kultur-, Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen fördern.

## **11. Weiterbildung**

Unter Weiterbildung verstehen wir jede Art von Kompetenzentwicklung durch Lernen nach der ersten Bildungsphase, als Einheit von allgemeiner, politischer, beruflicher und kultureller Bildung. Sie ist zunehmend ein auf die gesamte Persönlichkeitsentwicklung gerichteter Prozess, in dem Kompetenzen für Beruf, Freizeit, für das persönliche Leben und die aktive Mitwirkung an gesellschaftlichen Aufgaben erworben werden. Was gegenwärtig in der Weiterbildung geschieht, wird den neuen Anforderungen kaum gerecht. Nach wie vor sind bildungspolitische Forderungen nach der Integration der Weiterbildung als vierte Säule des Bildungswesens nicht verwirklicht. Die traditionellen Einrichtungen der

Erwachsenenbildung wie die Volkshochschulen, die Einrichtungen der betrieblichen Weiterbildung wie die privaten Bildungsanbieter für Fortbildung und Umschulung agieren nicht nur in völliger Unabhängigkeit voneinander, sie sind auch weitgehend Konkurrenz- und Profitmechanismen unterworfen. Große Qualitätsunterschiede zwischen den verschiedenen Anbietern sind charakteristisch, und es fehlt auch an Transparenz. Im Weiterbildungsbereich herrscht Rotstiftpolitik vor. Mit Hartz IV findet ein weiterer Abbau der von der Arbeitslosenversicherung geförderten beruflichen Weiterbildung statt. Langzeitarbeitslose haben kaum eine Chance. Un- und Angelernte, Frauen, Arbeiterinnen und Arbeiter bleiben auf der Strecke.

Trotz des enormen Umfangs und der Bedeutung der Weiterbildung als „4. Säule“ im Bildungssystem sind hier ungesicherte Standards und kaum übersehbare Regelungen vorherrschend. Hinzu kommen fortwährende Kürzungen der finanziellen Mittel in Landes- und Kommunalhaushalten. Das hat negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Lehrenden, führt zu Entlassungen bei den Trägern der Weiterbildung und führt letztendlich zu Qualitätseinbußen bei den Angeboten. All das trägt dazu bei, dass sich auch in der Weiterbildung die soziale Selektion des Bildungswesens verstärkt.

**Die PDS setzt sich dafür ein, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für lebensbegleitendes Lernen ausgebaut werden.** Dazu gehört der Bereich der Weiterbildung im Konzept des lebensbegleitenden Lernens als ein gleichwertiger und gleichberechtigter Aufgabenbereich. Es ist erforderlich, bestehende gesetzliche Regelungen zu überprüfen und neue gesetzliche Regelungen, insbesondere ein **Bundesrahmengesetz für Weiterbildung**, zu schaffen sowie eine stärkere finanzielle Beteiligung der Unternehmen statt weiterer Privatisierung der Kosten durchzusetzen, damit alle ihre Weiterbildungsinteressen im Rahmen eines integrierten, öffentlich kontrollierbaren Weiterbildungssystems wahrnehmen können.

Die Mitbestimmung der Beteiligten ist auszubauen. Zur Finanzierung von Weiterbildung unterstützen wir Umlagemodelle.

Im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wandel besteht zunehmender Bedarf an neuen Inhalten, Formen und Lernorten für lebensbegleitendes Lernen.. Stadtteilnahe Arbeit, Selbsthilfegruppen, die Hinwendung zu neuen Fragestellungen der Zukunftsgestaltung sind dafür Ausdruck. Wir unterstützen Konzepte und Freizeitprojekte der Kommunikationsförderung, Formen der Geselligkeit, Kurse für Musik, Malerei und Theater, Mediatheken, freie Bildungsclubs u. a. Solche Formen können helfen, neue Lebenskonzepte, neue Lebensperspektiven zu entwickeln. Der Jugendbereich ist dabei von besonderer Bedeutung. Wir halten es für möglich, dass auch neue Tätigkeitsfelder entstehen, neue Arbeitsstrukturen und Arbeitsplätze. Wir treten dafür ein, die Möglichkeiten moderner Massenmedien, die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zur Förderung des

lebensbegleitenden Lernens kritisch und kreativ zu nutzen. Informelles Lernen und seine gesellschaftliche Akzeptanz sowie die Anerkennung seiner Ergebnisse in den Unternehmen gewinnen in Anbetracht der rasant vor sich gehenden Veränderungen der Arbeitsgesellschaft an Bedeutung.

Wir setzen uns dafür ein, dass Einfluss und Rolle von Profitinteresse auf dem Gebiet der Weiterbildung zurückgedrängt werden und das Interesse des Bürgers an demokratischer Mitgestaltung, an Selbstverwirklichung in Arbeit und Freizeit, in einem sinnerfüllten kulturvollen Leben in den Mittelpunkt rückt.

## **12. Bildungsreform und die Pädagoginnen und Pädagogen – ihre Aus- und Fortbildung**

Pädagoginnen und Pädagogen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind wesentlich Träger einer Bildungsreform. Ohne ihre Bereitschaft, Gegebenes in Frage zu stellen, neue Erkenntnisse und neue Erfahrungen aufzunehmen und zu verarbeiten, Neues zu versuchen und auch eigene Zweifel und Bedenken anderer zu überwinden, ist eine wirkliche Reform nicht machbar. Es ist eine entscheidende Aufgabe aller an der Neugestaltung des Bildungswesens interessierten Kräfte, das Engagement der WissenschaftlerInnen und PädagogInnen herauszufordern, zu fördern, sich darauf zu stützen. Die PDS wird dazu ihren Beitrag leisten und aktiv dafür wirken, dass ihnen für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit auch die entsprechenden Bedingungen geschaffen werden. **Die gesellschaftliche Stellung der Pädagoginnen und Pädagogen**, und zwar unabhängig davon, in welcher Bildungseinrichtung, in welcher Kinder- und Jugendeinrichtung sie tätig sind, **bedarf entsprechend ihrer Verantwortung gegenüber der heranwachsenden Generation hoher Anerkennung und Wertschätzung**. Das gilt auch für die gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen wirkenden SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen und PsychologInnen. All das erfordert ein umfassendes Engagement aller Organe des Staates und der ganzen Gesellschaft.

Ihrem Wesen nach ist pädagogische Arbeit schöpferische Arbeit. Aber wahrhaft schöpferisch und zukunftsorientiert wird sie nur durch einen schöpferischen Pädagogen, der seine Schüler/Studenten immer erneut zum schöpferischen Mittun herausfordert und so ihre Entwicklung befördert. Lehrerinnen und Lehrer sind in wahrstem Sinne des Wortes „Wegbereiter von Bildung“. Ein guter Lehrer will immer mehr sein als Wissensvermittler, er will seine Schüler herausfordern und befähigen, sich Wissen im Unterricht und auf vielfältige andere Weise zunehmend selbständig anzueignen, er will ihnen helfen, sich progressive Wertvorstellungen zu eigen zu machen und ihr Leben danach zu gestalten, er will ihre Entwicklung als Persönlichkeit befördern, **er will bilden und erziehen!** Dabei geht es ihm immer um jeden seiner Schüler, ohne Ausnahme. Das alles macht ein neues Leitbild für Pädagoginnen und Pädagogen dringend, nicht zuletzt für die Neuprofilierung ihrer Ausbildung. Die PDS wird sich an der Diskussion darüber aktiv beteiligen.

Eine langfristig angelegte Bildungsreform erfordert auch eine **umfassende Reform der Lehrerbildung**, und zwar sowohl der Aus- als auch der Fort- und Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen. Die PDS will dazu eigene Vorschläge unterbreiten. **Die Ausbildung muss sich an den Anforderungen einer modernen Schule - der Gemeinschaftsschule - orientieren**, ohne dabei Erfordernisse der Gegenwart aus dem Auge zu verlieren. Sie muss an Universitäten auf hohem wissenschaftlichem Niveau in einem von Studienbeginn an eigenständigen, d.h. von Anbeginn an auf die zukünftige pädagogische Tätigkeit orientierten, Ausbildungsgang erfolgen. Die bisherige Ausbildung für verschiedene Schulformen soll durch eine einheitliche Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer ersetzt werden, die im Studiengang einschließlich der praktischen Ausbildungsabschnitte Spezialisierungsmöglichkeiten nach Schulstufen vorsieht. Mit Recht fordert die pädagogische Praxis, neben der Vermittlung solider fachwissenschaftlicher Kenntnisse eine Erweiterung und Qualifizierung in den pädagogischen und psychologischen Disziplinen sowie der Didaktik und der Methodik sowie eine engere Verzahnung von theoretischen und praktischen Ausbildungselementen während des Studiums und die Einbeziehung von pädagogischen Praktika in den Ausbildungsgang. Dabei gilt es, Erfordernissen integrativer pädagogischer Arbeit und der Befähigung zu differenzierter pädagogischer Arbeit in heterogenen Gruppen im Unterricht, der Orientierung der jungen Pädagoginnen und Pädagogen auf die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit der ihnen anvertrauten jungen Menschen und ihrer Befähigung, die Fähigkeiten und Begabungen eines jeden Schülers/einer jeden Schülerin zu erkennen und sie wirkungsvoll zu fördern, besondere Aufmerksamkeit in allen Phasen der Ausbildung zu widmen.

**Die Fortbildung der Pädagoginnen und Pädagogen ist ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer beruflichen Tätigkeit und wichtiges Element ihres Berufsbildes.** Sie ist vor allem auf die Entwicklung des Schöpferiums, der Souveränität und der beruflichen Kompetenz der Pädagoginnen und Pädagogen gerichtet. Sie ist gerade in der Gegenwart besonders bedeutsam, sind doch die derzeit in den Bildungseinrichtungen Tätigen die wesentlichen Träger der Bildungsreform. Das aber verweist

darauf, dass im Rahmen entsprechender tarif- und arbeitsrechtlicher Regelungen das notwendige Zeitbudget gesichert und auch die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden müssen. Die PDS hält es für erforderlich, dass in allen Bundesländern mehrere Jahre umfassende Konzepte für die Fort- und Weiterbildung erarbeitet werden, die sowohl innerschulische Fortbildung als auch den Besuch von Lehrgängen und Kursen vorsehen und so den Pädagoginnen und Pädagogen ermöglichen, ihre Teilnahme langfristig zu planen. Dabei sollten neue Erkenntnisse zur Entwicklung und den Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen und daraus abzuleitende pädagogische Konsequenzen, neue fachwissenschaftliche und didaktisch-methodische Probleme, die mit der Einführung neuer Rahmenpläne

und Bildungsstandards entstehen, Fragen einer neuen Lehr- und Lernkultur sowie neue Bedingungen für die Arbeit der Schule insgesamt besondere Beachtung finden.

9. Bildungspolitische Konferenz der PDS vom 3. bis 5. Juni 2005 in Weimar

**Alle fördern - keinen zurücklassen!**  
**Für eine sozial gerechte, demokratische Bildungsreform jetzt!**



## Weimarer Erklärung

1.

Die Entwicklungsmöglichkeiten einer und eines jeden hängen heute mehr denn je vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ebenso ab wie von der Möglichkeit sich zu bilden und an der Kultur dieser Gesellschaft teilzuhaben. Dies ist auch Voraussetzung und Mittel für ihre Veränderung. **Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht.** Das Recht auf Bildung gehört ins Grundgesetz! Die PDS fordert seine Verwirklichung für alle, unabhängig von ihrer Nationalität, Geschlechtszugehörigkeit, sozialen Lage und je besonderen körperlichen und geistigen Verfasstheit. Es geht um eine demokratische, sozial gerechte und emanzipative Bildung für alle – von Anfang an und ein Leben lang. Es geht darum, jeden in seiner Verschiedenheit zu akzeptieren und sozial wie kulturell bedingte Nachteile im gesamten Lebensprozess immer wieder auszugleichen.

2.

Die Bundesrepublik Deutschland wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Deutschland, so belegen nationale Untersuchungen und internationale Vergleiche, ist ein Land mit extrem großer Abhängigkeit des Bildungszugangs und des Bildungserfolgs von sozialer Herkunft. Im jetzigen Bildungssystem werden bestehende soziale Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung reproduziert und sogar noch verstärkt. Schon im frühen Kindesalter werden damit Lebenschancen sozial ungerecht verteilt und Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien sowie aus Familien mit Migrationshintergrund gehören von vornherein zu den Verlierern. Das bundesdeutsche Bildungswesen steckt in einer tiefen Krise. Die PDS tritt deshalb für eine grundlegende Veränderung des Bildungswesens ein. Wir fordern: **Eine sozial gerechte und demokratische Bildungsreform jetzt! Alle fördern und keinen zurücklassen!**

3.

Ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem für alle sicherzustellen, ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Angesichts der neuen Herausforderungen ist die Kooperation zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen notwendiger denn je. **Die Überwindung der deutschen Kleinstaaterei im Bildungsbereich zugunsten einer neuen Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern ist dringend geboten.** Der Bund muss die Verantwortung in entscheidenden bildungspolitischen Fragen übernehmen.

4.

Eine sozial gerechte Bildung für alle kann nur in gesellschaftlicher Verantwortung bei umfassender Förderung und ausreichender Finanzierung durch die öffentliche Hand gewährleistet werden. **Die PDS wendet sich gegen eine Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens und einen Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung.**

5.

Die PDS hat mit dem Entwurf für „Bildungspolitische Leitlinien der PDS“ Vorschläge für eine grundlegende Reform des Bildungswesens entwickelt. Unsere wesentlichen Forderungen lauten:

- Stärkung der frühkindlichen Förderung: Weiterer Ausbau der Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen und Erleichterung des Zugangs zu ihnen. Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an!
- Überwindung des gegliederten Schulsystems hin zu einer integrativen Schule für alle bis mindestens Klasse 8! Individuelle Förderung statt Auslese!
- Schaffung eines ausgewogenen Netzes von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen. Die Schule muss ein Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche sein, in dem Kultur, soziale Kompetenz und Demokratie unmittelbar erlern- und erlebbar sind!
- Dem Reformbedarf entsprechende personelle und materielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen!
- Bildung, Unterstützung und Anerkennung für alle am pädagogischen Prozess beteiligten Personen. Reform der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen!
- Gebührenfreie Bildung in Vorschule, Schule, Lehre und Hochschule für alle!
- Lebenslanges Lernen sichern: Weiterbildung für alle statt Abbau, Privatisierung und Reduzierung auf Beschäftigungsfähigkeit!
- Berufsausbildung und Berufsabschluss für alle. Jedem Schulabgänger, jeder Schulabgängerin einen Ausbildungsplatz! Wer nicht ausbildet, soll zahlen!
- Anhebung der öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen auf 6 % des Bruttoinlandsprodukts!

6.

Wesentliches Anliegen der Bildungspolitik der PDS ist, den nachgewiesenen engen Zusammenhang von sozialer Herkunft, Lebenslage und Bildungserfolg aufzubrechen und der Zunahme sozialer Ungleichheit im jetzigen Bildungswesen gegenzusteuern. Dazu bedarf es grundlegender Veränderungen in den Inhalten und Strukturen des Bildungssystems wie seiner Rahmenbedingungen. Eine sozial gerechte Bildungsreform kann nur vollständig gelingen, wenn ein generelles Umsteuern in dieser Gesellschaft in Richtung sozialer Gerechtigkeit erreicht wird. Dennoch sind jetzt, sofort konkrete Schritte notwendig und möglich! Unsere bildungspolitischen Forderungen sind Teil unseres Eintretens für soziale Alternativen in diesem Lande: **Gegen die Agenda 2010! Für eine Agenda Sozial!**

Weimar, 5. Juni 2005

## **Bildungspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

Beschluss des Parteivorstandes vom 28.8.2006

Der Parteivorstand möge beschließen:

1.) Der Parteivorstand fordert alle Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten, den bundesweiten Jugendverband [`solid], sowie die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Partei dazu auf, sich weiterhin aktiv in bildungspolitische Auseinandersetzungen und regionale und bundesweite bildungspolitische Bündnisse sowie in die Arbeit der AG Bildungspolitik einzubringen. Inhaltliche Orientierung bieten dabei die „Bildungspolitischen Leitlinien“ und die „Weimarer Erklärung“, die als direkter Link auf der Internetseite der Partei zu veröffentlichen sind, sowie die im Herbst 2006 zu verabschiedenden Thesenpapiere.

2.) Der Parteivorstand setzt sich dafür ein, dass die bildungspolitische Programmatik der neuen linken Partei mit an die in der Linkspartei erarbeiteten Beschlüsse und Leitlinien – insbesondere die Bildungspolitischen Leitlinien und die Weimarer Erklärung– anknüpft. Bei der weiteren inhaltlichen Ausarbeitung der Programmatik soll der Kontakt zu den thematischen Arbeitsgruppen der Partei gesucht werden. Für die mittelfristige Planung der neuen linken Partei schlägt der Parteivorstand einen Parteitag zum Thema Bildungspolitik vor.

3.) Der Parteivorstand prüft die Veröffentlichung einer eigenen Massenzeitung für die auf dem Europäischen Sozialforum in Athen beschlossene „Aktionswoche gegen Bildungsprivatisierung“ (12.–18. November). Die inhaltliche Ausgestaltung obliegt der AG Bildungspolitik. Er setzt sich in diesem Zusammenhang außerdem dafür ein, dass in der geplanten Anti-Privatisierungskampagne der beiden Parteien Privatisierung und Ökonomisierung im Bildungsbereich ein Schwerpunkt sind.

4.) Der Parteivorstand bringt sich in den kommenden Monaten mit eigenen Schwerpunkten in aktuelle bildungspolitische Diskussionen ein. Dazu legt ihm die AG Bildungspolitik in Zusammenarbeit mit der AG Wissenschaftspolitik und dem Hochschulgruppennetzwerk sowie den Verantwortlichen in den Fraktionen für seine kommenden Sitzungen zu den folgenden Themen Thesenpapiere zur Bestätigung vor.

- Recht auf einen KITA-Platz und Stärkung der frühkindlichen Bildung  
V.: R. Hein  
T.: September 2006
- Länger gemeinsam Lernen  
V. R. Hein und Gerrit Große und Horst Bethge  
T.: November 2006
- Ausbildungsplatzumlage einführen und Ausbildungsmisere überwinden  
V.: R. Hein, Nele Hirsch und Bärbel Holzheuer-Rothensteiner  
T.: Oktober 2006
- Gegen elitäre Ausgrenzung im Studium  
V.: R. Hein und Nele Hirsch  
T.: Oktober 2006
- Recht auf Weiterbildung  
V.: R. Hein und Andreas Klepp  
T.: Dezember 2006

5.) Der Parteivorstand begrüßt die große Bedeutung, die der Bildungspolitik in den aktuellen Wahlkämpfen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Niedersachsen beigemessen wird. Er fordert die zukünftigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger dazu auf, sich in eventuell anstehenden Koalitionsverhandlungen mit

besonderem Nachdruck für die bildungspolitischen Ziele der Linkspartei einzusetzen. Hierbei ist unter anderem der auf der 1. Tagung des 10. Parteitages beschlossene Antrag zur Gebührenfreiheit des Studiums zu berücksichtigen und auch in den anderen Bildungsbereichen eine weitere Ökonomisierung und Privatisierung der Bildung zu verhindern.

6.) Der Parteivorstand nimmt zur Kenntnis, dass die AG Bildungspolitik der Tätigkeit von AG, IG und Plattformen einen hohen Stellenwert einräumt und die Absicherung ihrer Rechte und Arbeitsmöglichkeiten im Statut der neuen Partei fordert. Er bittet die Arbeitsgruppe Statut diese Überlegungen in die Diskussion einzubeziehen.

### Begründung

Bildungspolitik ist in den letzten Jahren zu einem Thema von höchster Priorität in der gesellschaftlichen Debatte geworden. Ungeachtet dessen sind die Defizite in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik unübersehbar.

Die herrschende Bildungspolitik beschränkt sich seit Jahren auf halbherzige Reparaturversuche, ohne die grundlegenden Mängel des deutschen Bildungssystems ernsthaft anzugehen. Die von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU betriebene zunehmende Ökonomisierung und Privatisierung der Bildung verschlechtert die Qualität und schränkt den Zugang und die Teilhabe auf allen Ebenen ein. Insbesondere nach den Entscheidungen zur Föderalismusreform wird darauf zu achten sein, dass die Finanzierungsbedingungen der Länder und Kommunen im Interesse einer erhöhten Finanzierung öffentlicher Bildungsangebote von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung verbessert und nicht noch weiter eingeschränkt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es höchste Zeit, dass die Linkspartei ihr bildungspolitisches Profil öffentlich nachvollziehbar schärft und die zahlreichen Bemühungen in den einzelnen Landesverbänden bündelt. Die Linkspartei betrachtet Bildungspolitik dabei als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

### Bildungspolitische Leitlinien und Bildungsparteitag

In den letzten Jahren wurde von den BildungspolitikerInnen der AG gegenüber dem Parteivorstand immer wieder eingefordert, einen Parteitag oder wenigstens eine Tagung eines Bundesparteitages zu Bildungspolitik durchzuführen, wie es diesen inzwischen zur Kommunalpolitik und auch zum Mindestlohn gegeben hat. Angesichts der Zeitleiste zum Parteibildungsprozess ist es unrealistisch, auf einen Bildungsparteitag der Linkspartei.PDS noch zu hoffen. Vielmehr wird es notwendig sein, mit klaren und sehr konkreten Vorstellungen der Linkspartei in den Parteibildungsprozess zu gehen.

Grundlage sollten die „Bildungspolitischen Leitlinien“ und die „Weimarer Erklärung“ sein. Diese Leitlinien wurden im Frühsommer vergangenen Jahres vor der Bildungspolitischen Konferenz in Weimar maßgeblich von Günther Wilms erarbeitet. Allerdings sind eine Reihe von Punkten noch nicht ausdiskutiert. Leitlinien wurden auf der Konferenz vorgelegt und sollten in die Debatte gegeben werden. Immer stand auch die Hoffnung im Raum, das dieses Papier dann zu einer Beschlussgrundlage eines bildungspolitischen Parteitages würde, wie es die Kommunalpolitiker geschafft haben und wie es andere Parteien uns längst vorgemacht haben.

Eine Überarbeitung der „Leitlinien“ in der Weise, dass sie zu einem Grundsatzdokument der Gesamtpartei werden, erscheint aus dem derzeitigen Debattenstand heraus nicht leistbar und auch unnötig, da wir uns eben in einem Parteibildungsprozess befinden. Allein die in den gemeinsamen Dokumenten nicht angesprochenen Fragen (Siehe Anlage 1) machen deutlich, dass im Detail mit einer intensiven Debatte zu rechnen ist. Für den weiteren Meinungsbildungsprozess bedarf es dabei durchaus eines längeren argumentierenden und herleitenden Papiers. Die „Leitlinien“ können unter diesen Gesichtspunkten dafür durchaus eine Grundlage bilden. Sie taugen zur Herleitung und Weiterentwicklung solcher Vorstellungen. Dazu aber müssten sie allen zugänglich sein. Darum sollten sie auf der Internetseite [www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de) über einen direkten Link veröffentlicht werden. Ein künftiges Papier kann sicher darauf aufbauen, wird aber schon wegen des fortgeschrittenen Zeitrahmens und teilweise neuer Problemsichten – nicht nur in der Linkspartei oder in der neuen Linken – ein neues Papier werden müssen. Nach erfolgreichem Parteibildungsprozess sollte aber zügig auf einen solchen Bildungsparteitag gedrängt werden.

#### Bildungspolitische Schwerpunkte der kommenden Monate

Nicht nur weil im Herbst wieder die nächsten PISA- Ergebnisse auf der Tagesordnung stehen und im Zuge der Neuordnung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Bildungsfinanzierung erneut unter Druck geraten wird, sondern weil es auf wichtigen Feldern der Bildungspolitik zitierbarer konkreter Äußerungen der Linkspartei bedarf, sollen zu fünf Themenbereichen kurze Grundsatzpapiere (wahrscheinlich in Thesenform) dem Parteivorstand zur Bestätigung vorgelegt werden, die dann als gemeinsame bildungspolitische Positionierung kommuniziert werden können. Dabei werden wir Mut zur Lücke aufbringen müssen und uns auf jene Fragen beschränken, die aktuell in der öffentlichen Debatte sind und dadurch eine größere Chance auf Reflektierung haben. Wir wollen auch nicht den Versuch unternehmen, dem Parteivorstand Äußerungen zuzueignen, die vor Fachkompetenz nur so strotzen, die aber auch nur dort verstanden werden.

Bei der Erarbeitung der Thesenpapiere wollen wir auf die zahlreichen Vorarbeiten – etwa aus der AG Bildungspolitik und den Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion – zurückgreifen. Es sollen auch bildungspolitische Vorschläge der WASG einbezogen werden.

Zu folgenden fünf Themenkreisen sollen dem Parteivorstand thesenartige Papiere zur Bestätigung vorgelegt werden:

1. Recht auf einen Kita-Platz und Stärkung der frühkindlichen Bildung: Schon vor Schuleintritt werden wesentliche Weichenstellungen für den weiteren Bildungserfolg gelegt. Diese Tatsache ist mittlerweile zwar in der bildungspolitischen Fachöffentlichkeit ausreichend bekannt. Allerdings wird sie in der Politik – wie aktuelle Untersuchungen belegen – immer noch zu wenig berücksichtigt. Die Linkspartei möchte das ändern. Sie fordert deshalb eine bessere Versorgung mit in den Kita-Plätzen in allen Ländern und überall einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz vom ersten Lebensjahr an. Die Betreuungsqualität soll in den Einrichtungen auf hohem Niveau gewährleistet werden und Betreuung und Bildung vereinen. Dazu ist erforderlich, dass die Ausbildung zur Erzieherin/ zum Erzieher auf ein Fachhochschulstudium aufgewertet wird und die Gruppengrößen auf den internationalen Standard reduziert werden. Kinderbetreuung soll in Zukunft kostenfrei für alle Eltern, die es wollen, angeboten werden. Dort, wo die Linkspartei Regierungsverantwortung übernimmt, sollen Schritte dahin geprüft und gegangen werden.

2. Länger gemeinsam Lernen: Das gegliederte Schulsystem ist eine der Hauptursachen für die bestehende Ausgrenzung des Bildungssystems. Anstatt jeden und jede individuell zu fördern, wird aussortiert und „nach unten“ abgeschoben. Das Sitzenbleiben, eine deutsche Besonderheit, kostet nicht nur jährlich 1,25 Mrd. €, sondern stempelt rd. 250.000 Betroffene zu „Versagerinnen und Versagern“. Das ist nicht unser Ansatz von besserer Bildung. Wir geben uns auch nicht damit zufrieden, dass mehr Schülerinnen und Schüler den Hauptschulabschluss erhalten. Bessere Schulbildung und höhere Schulabschlüsse für alle führen nur über den Weg längeren gemeinsamen Lernens in „Einer Schule für alle Kinder“ und niedrigere Klassenfrequenzen – vor allem in der Grundschule. Die Sackgassen früher Bildungswegentscheidungen müssen weg und durch individuelle Förderung und zielgerichteten Nachteilsausgleich ersetzt werden. Das geht nicht ohne zusätzliche personelle und materielle Mittel und Fördermassnahmen. Zurückgehende Schülerzahlen müssen dafür und nicht für Einsparungen genutzt werden – wie es in Mecklenburg– Vorpommern und Berlin vorgesehen ist. Höchstmögliche Bildungsbeteiligung ist das Ziel. Die Linkspartei geht in Berlin und Mecklenburg–Vorpommern deshalb erste konkrete Schritte zur Überwindung des gegliederten Schulsystems hin zu „Einer Schule für alle“. In vielen weiteren Bundesländern arbeitet sie an alternativen Schulgesetzen und

bringt diese – teilweise über eigene Kampagnen – in die Öffentlichkeit und in die Landtage ein.

3. Ausbildungsumlage einführen und Ausbildungsmisere überwinden: Fast jeder zweite Jugendliche durchläuft inzwischen nach der Schule eine oder mehrere Warteschleifen, anstatt eine qualifizierte Berufsperspektive zu erhalten. Immer mehr Jugendliche bleiben vollkommen ohne einen Berufsabschluss. Dies gilt insbesondere für Migrantinnen und Migranten. Eine der Hauptursachen für die angespannte Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist der immer weitere Rückzug der Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Die Linkspartei hält an ihrer Forderung nach einer gesetzlichen Ausbildungsumlage fest und wird einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Bundestag einbringen. Sie wehrt sich gegen die zunehmenden Angriffe auf die Rechte von Auszubildenden und setzt sich dafür ein, anstelle von Warteschleifen, qualifizierte Alternativangebote – auch durch Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten für die jetzt von der Misere betroffenen Jugendlichen zu schaffen.
4. Gegen elitäre Ausgrenzung im Studium: Der Zugang zur Hochschule wird immer weiter eingeschränkt. Kritik verdient nicht nur die Einführung von Studiengebühren in immer mehr Bundesländern, sondern auch die zunehmende Aushöhlung des BAföG durch die Große Koalition. Ferner verschärfen sich Zulassungsbedingungen und werden weitere Hürden im Studium – etwa beim Übergang vom Bachelor in den Master – etabliert. Wir fordern stattdessen eine umfassende Gebührenfreiheit, wozu auch die Ablehnung von Studienkonten bzw. so genannter Langzeitgebühren gehört, und eine elternunabhängige, repressionsfreie Grundsicherung. Der Zugang zum Studium muss ausgeweitet werden. Zugangsbeschränkungen zum Master-Studiengang lehnen wir ab.
5. Recht auf Weiterbildung: In den letzten Jahren wurden die Angebote in der beruflichen Weiterbildung in einem skandalösen Ausmaße zurückgefahren. Freie und kommunale Anbieter von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung müssen mit immer weniger finanziellen Zuschüssen auskommen. Damit haben sich nicht nur die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, besonders für Erwerbslose und benachteiligte Gruppen weiter verschlechtert und Bildungsangebote freier wie kommunaler Bildungsträger für die Nutzer verteuert, sondern zugleich gingen Bildungsträger in Konkurs und mehr als 30.000 Beschäftigte der beruflichen Weiterbildung wurden arbeitslos. Die Beschäftigungsbedingungen der verbliebenen Lehrenden sind prekär. Lebenslanges Lernen wird unter neoliberalem Vorzeichen zu sehr reduziert auf die Eigenverantwortung der Menschen, per Weiterbildung ihre Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. Unter dem Appell an die Eigenverantwortlichkeit der Lernenden soll jeder und jede die



flexible Anpassung an den Arbeitsmarkt jederzeit sicherstellen. Dies geschieht schon jetzt auf einem weitgehend privatisierten Weiterbildungsmarkt. Es fehlen bundesgesetzliche Regelungen und Qualitätsstandards. Weiterbildung tatsächlich zu einer "vierten Säule" des Bildungssystems zu machen, heißt für die Linkspartei.PDS ein umfassendes Recht auf und möglichst kostenfreien Zugang aller zu allgemeiner, kultureller, politischer und beruflicher Bildung auch im Erwachsenenalter. Davon sind wir in Deutschland weit entfernt – im Gegenteil, die Weiterbildungsbeteiligung sinkt, auch wegen des weitgehend privatisierten Weiterbildungsmarktes und der weiter zunehmenden Abwälzung der Kosten auf die Lernenden und ihre Familien. Daher streitet die Linkspartei.PDS für Erhalt und Ausbau der öffentlichen und frei gemeinnützigen Weiterbildungseinrichtungen und für ihre ausreichende, verlässliche und nachhaltige finanziellen Förderung auf Ebene der Kommune und der Länder. Sie setzt sich ein für ein seit langem von den Gewerkschaften geforderte Bundesgesetz zur Weiterbildung sowie für ausreichende Mindeststandards in der Qualität und den Beschäftigungsbedingungen der Weiterbildungseinrichtungen.

### **Gute Betreuungsangebote für alle Kinder - ein wichtiger Beitrag zur frühkindlichen Förderung und zur sozialen Integration**

– Standpunkte der Linkspartei.PDS (18.9.2006) –

Günstige Entwicklungsbedingungen für alle Kinder in ihren ersten Lebensjahren sind eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung wirklicher Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur. Bereits im frühen Kindesalter werden wichtige Weichen dafür gestellt, wie Lebenspläne reifen und realisiert werden können.

Daraus erwächst eine große Verantwortung nicht nur für die Eltern; auch die Gesellschaft als Ganzes muss besser dafür sorgen, dass die notwendigen Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung der Kinder geschaffen werden können.

#### **1. In Deutschland ist eine zunehmende Zahl von Kindern durch Armut bedroht.**

Das Armutsrisiko verbindet sich in erschreckendem Maße mit Kindern. Der Kinderschutzbund hat im Sommer dieses Jahres festgestellt, dass mittlerweile 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren auf Sozialhilfeniveau leben. Das

Armutsrisiko wächst auch für Familien bisher mittlerer Statusgruppen. **Die Logik, dass Reich immer reicher und Arm immer ärmer wird, muss aufgebrochen werden.** Wenn das vermeintlich gesellschaftlich Normale nicht mehr bezahlbar wird, führt das gerade für Kinder zu erheblichen Problemen. Für viele ist mit Armut auch der Ausschluss aus wichtigen sozialen und kulturellen Lebensbereichen verbunden. Gesundheitliche Risiken sind für diese Kinder größer. Die sich vertiefende soziale Spaltung der Gesellschaft spiegelt sich zunehmend auch hier wider. **Bildungschancen werden eingeschränkt, Zukunftsperspektiven nachhaltig zerstört.**

Kinderarmut ist kein Generationenproblem, kein Problem der Umverteilung zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit Kindern und solchen ohne, **es ist ein Problem der Gesellschaft.** Die unterschiedliche Partizipation von Kindern schon im frühen Alter an Kultur und Bildung, die unterschiedlichen Milieus, in denen sie aufwachsen, der unterschiedliche Grad von Wärme und Zuwendung, die sie erfahren, wirken weit in ihre Lebenschancen hinein und drohen immer mehr, ihrerseits die soziale Segregation der Gesellschaft zu vertiefen.

Der umfassenden vorschulischen Förderung von Kindern durch Angebote der Bildung, Erziehung und Betreuung wird in den letzten Jahren von Öffentlichkeit und Wissenschaft wachsendes Interesse entgegengebracht. Für die Linkspartei.PDS ist die umfassende Förderung im frühen Kindesalter **seit Jahren ein wichtiges Politikfeld.** Heute gibt es einen deutlich **breiteren gesellschaftlichen Konsens**, dass der Bildung im Vorschulalter große Bedeutung für die gesamte Persönlichkeitsentwicklung zukommt. Gewachsen ist die Einsicht, dass in Deutschland auf diesem Gebiet mehr getan werden muss.

## **2. Der Anspruch auf umfassende Förderung ist ein Recht des Kindes.**

In Übereinstimmung mit der UN-Konvention über die Rechte des Kindes, insbesondere des Artikels 3 und dem § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, ist es für die Linkspartei.PDS ein verpflichtendes Gebot, dass alle Kinder das **Recht auf umfassende Förderung haben und an Bildung und Erziehung in Gemeinschaft mit anderen Kindern** auf freiwilliger Grundlage teilhaben können. Das muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und unabhängig davon gewährt werden, inwieweit die Erziehungsberechtigten zeitlich und sachlich in der Lage sind, die Betreuung, Bildung und Erziehung selbst zu gewährleisten. Wir sprechen uns gegen die Einführung einer Kita-Pflicht aus. Eltern sollen sich ganz bewusst für die Förderung ihres Kindes in einer Kindertagesstätte entscheiden können - ohne Zugangsbeschränkung und Bedarfsprüfung. **Jedes Kind muss einen Ganztagsplatz beanspruchen können.** Die Linkspartei.PDS tritt dafür ein, das Kinder- und Jugendhilfegesetz nach Geist und Buchstaben konsequent umzusetzen.

## **3. Kindertagesstätten sollen einen aktiven Beitrag zur Förderung von Kindern leisten.**

Wenn Kindertagesstätten ihrer Verantwortung für soziale Chancengleichheit und Integration gerecht werden sollen, müssen sie nach Meinung der Linkspartei.PDS

einen **eigenständigen und aktiven Beitrag zu Bildung, Erziehung und Betreuung und damit zur Förderung** der ihnen anvertrauten Kinder leisten. Sie sollen nicht nur, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen.

Kindertagesstätten sollen **als Bildungseinrichtungen profiliert** werden. Förderung durch, Bildung, Erziehung und Betreuung sind dabei im Zusammenhang zu sehen. Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Erarbeitung flexibler an der Entwicklung kindgerechter **Bildungspläne für den Vorschulbereich** in den Ländern ein.

In unserem Verständnis von Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter wollen wir **konsequent vom Kind**, seinen sich entwickelnden Interessen und Bedürfnissen **ausgehen**. Jedes Kind ist einzigartig. Jedes will Schritt für Schritt auf individuelle Art und Weise die Welt begreifen und mit gestalten lernen. Erwachsene müssen lernen, Kinder ernst zu nehmen, ihnen Räume zu öffnen, in denen sie spielen, lernen und ihre Freundschaften gestalten können und Geborgenheit finden. So kann das Kind im Dialog mit Erwachsenen und gemeinsam mit anderen Kindern seinen Zugang zur Welt finden, sein Wissen von ihr und der eigenen Person entwickeln, sich als soziales Wesen begreifen lernen und die Strukturen seines Denkens entfalten.

Die Linkspartei.PDS favorisiert die **gemeinsame Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern**, ob behindert oder nicht behindert, ob deutscher oder anderer Muttersprache und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

**Aufgabe von Kindertagesstätten ist es, Benachteiligungen früh zu erkennen und auszugleichen, die besonderen Talente jedes Kindes zu entdecken und ihnen Raum zur Entfaltung zu geben.**

Neben der Förderung der **kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten** ist die **Ausbildung von Gefühlen, Kreativität und Phantasie** entscheidend.

Wir legen Wert auf ein **vollwertiges und gesundheitsförderndes Speisenangebot** in den Kindertagesstätten, auf eine altersentsprechende Gesundheitserziehung und -vorsorge. Kinder sollen lernen, wie man sich gesund ernähren kann.

Zu einer Kindereinrichtung, in der sich Kinder wohl fühlen, gehören auch vielfältige **Möglichkeiten zur Bewegung, zu Sport und Spiel** wie Räume zur Besinnung und Erholung.

**Von Kindereinrichtungen müssen Kinder Besitz ergreifen können**, sie mit gestalten. Das verlangt Ideenreichtum im Umgang mit dem Vorhandenen, eine kluge Architektur, wo Neues entsteht, und eine pädagogisch sinnvolle Ausstattung.

#### **4. Die pädagogische Qualität der Kinderbetreuung muss gesichert werden.**

Für diese Arbeit ist besonders in den Kindertagesstätten eine **ausreichende Anzahl qualifizierter Pädagoginnen und Pädagogen** erforderlich. Die Linkspartei.PDS tritt dafür ein, schrittweise das **Qualifikationsniveau der pädagogischen Fachkräfte anzuheben**. Deshalb schlägt die Linkspartei.PDS vor, die Inhalte der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften den gewachsenen Anforderungen anzupassen und das Niveau der **Ausbildung von ErzieherInnen für Kindertageseinrichtungen auf Hochschulniveau** anzuheben. Modelle in einigen Bundesländern, die ErzieherInnen-Ausbildung auf Fachhochschulniveau zu organisieren, unterstützen wir. Der Beruf

der Erzieherin bzw. des Erziehers soll aus einer gewissen Perspektivlosigkeit herausgeführt, Brücken zwischen Berufsausbildung und Hochschulausbildung sollen geschlagen werden.

Die Linkspartei.PDS tritt darüber hinaus für den **Ausbau der Fort- und Weiterbildungsangebote** und des Erfahrungsaustauschs ein. Dazu müssen finanzielle Mittel und ein angemessener **Zeitfonds** zur Verfügung stehen.

Für die Arbeit in den Einrichtungen braucht es ein pädagogisches **Beratungs- und Unterstützungssystem**, Möglichkeiten für Konsultationen und Erfahrungsaustausch, eine Kultur der externen und internen Evaluierung.

**Qualitätsstandards sollen für alle öffentlichen Angebote** der vorschulischen Förderung **gelten**, gleich ob in Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern, in Kinderkreisen oder anderen Formen.

#### **5. KITA, Schule und Eltern sollen enger zusammenrücken.**

Das Zusammenwirken der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe, die Koordination der verschiedenen Verantwortungsebenen soll verbessert werden. Das gilt auch für das konkrete Miteinander von Eltern, Kindertagesstätte, Schule und Jugendhilfe vor Ort.

Vor allem die **Arbeit im letzten Kindergartenjahr** vor der Einschulung muss inhaltlich **mit den Grundschulen abgestimmt** werden. Besondere Beachtung verdienen dabei die **flexiblen Schuleingangsphasen**, wie sie in einigen Bundesländern praktiziert werden. Ziel ist es dabei, Kindern mit unterschiedlichen Lernausgangslagen in einem Zeitraum von ein bis drei Jahren ohne die Gefahr des Sitzenbleibens individuell soweit zu fördern, dass sie erfolgreich in die dritte Klasse wechseln können.

#### **6. Ein bedarfsgerechtes Netz von Kindertagesstätten in Stadt und Land ist nötig.**

Um all diese Aufgaben gut erfüllen zu können, braucht es überall niveauvolle, **vielfältige und gut erreichbare wie bedarfsgerechte Angebote** zur Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder. Dabei finden die Angebote von Tagesmüttern und Tagesvätern, die über eine den Fachkräften in den Kindereinrichtungen vergleichbare Ausbildung verfügen, genauso einen anerkannten Platz wie betriebliche Kindergärten. Die Linkspartei.PDS plädiert für ein **ausgewogenes Angebot von Kindereinrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft**.

Für die gesamte Bundesrepublik trifft immer noch zu, dass die **Aufwendungen für die frühkindliche Entwicklung hinter den Standards der OECD-Länder** deutlich zurückbleiben. Noch 16 Jahre nach der deutschen Einheit haben Kinder in **Ost und West sehr unterschiedliche Möglichkeiten**, Bildungsangebote im frühen Kindesalter nutzen zu können. Zwar liegt der Versorgungsgrad mit Kindertagesstättenplätzen für die Drei- bis Sechsjährigen in den westlichen Bundesländern inzwischen bei 80 bis 90 %, aber weniger als ein Viertel davon wird als Ganztagsplatz angeboten. Während in den östlichen Bundesländern für fast 40 % der unter Drei-Jährigen ein

Platz zur Verfügung steht, haben im Westen nur ca. 10 % der Kinder diesen Alters eine solche Chance. Wenn, wie das Gesetz es vorschreibt, bis zum Jahre 2010 für alle Kinder in Ost und West ein bedarfsgerechtes Angebot aufgebaut werden soll, muss es erhebliche Anstrengungen insbesondere in den westlichen Bundesländern geben.

**In den neuen Bundesländern** gibt es immer noch ein relativ dichtes Einrichtungsnetz. Es steht im wesentlichen solide qualifiziertes Personal in großer Zahl mit einem reichen Erfahrungsschatz zur Verfügung. Darüber hinaus kann auf verbreitete Akzeptanz zu Bildungsangeboten in Kindereinrichtungen und auf frühere Bildungskonzepte für den Kindergarten zurückgegriffen werden. Allerdings wirken sich die zunehmenden Defizite in den öffentlichen Haushalten der Länder und Kommunen auch hier negativ auf die Angebotsstruktur aus.

**In den alten Bundesländern** hat sich eine breitgefächerte Trägervielfalt über lange Jahre herausgebildet. Damit ist oft die Entwicklung großen Engagements der Bürgerinnen und Bürger, ein hoher Grad der Identifikation mit ihren Einrichtungen und die Entwicklung und Erprobung verschiedener pädagogischer Konzepte verbunden.

**Es ist sinnvoll, die Erfahrungen aus West und Ost zusammenzuführen.** Im gesamtdeutschen Kontext sehen wir den Schwerpunkt im Aufbau leistungsfähiger Angebotsstrukturen in den westlichen Bundesländern und die Sicherung und Weiterentwicklung der quantitativ und qualitativ noch bestehenden Struktur der Tagesbetreuung in den neuen Bundesländern.

#### **7. Gute vorschulische Förderung erfordert verlässliche öffentliche Finanzierung**

Das finanzielle Engagement in der Bundesrepublik auf dem Gebiet frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung **muss insgesamt erhöht**, der Anschluss an das Niveau anderer erfolgreicher europäischer Länder muss gefunden werden. An der Erweiterung und Ausgestaltung der Angebote im frühen Kindesalter müssen sich **Bund, Länder und Kommunen stärker beteiligen**. Es ist das Ziel der Linkspartei.PDS, dass diese Angebote **schrittweise, beginnend mit einem Vorschuljahr** und der Hortbetreuung, **unentgeltlich zur Verfügung** gestellt werden.

Die **öffentliche Finanzierung** soll für ein **enges Netz bedarfsgerechter Angebote** sorgen, das vom ersten Lebensjahr an in ganz Deutschland allen Kindern in hoher Qualität zur Verfügung steht. Öffentliche und freie Träger müssen ausreichende Spielräume haben, damit sich ein **plurales Angebot** entwickeln kann, das den Eltern ein Wunsch- und Wahlrecht garantiert. Ziel ist es, dass bundes- und europaweit vergleichbare, **qualitativ hochstehende Standards** der Bildungsqualität erreicht werden. Der Anteil höher qualifizierten Personals muss schrittweise gesteigert werden und **Mittel zur Qualitätssicherung**, für pädagogische Beratungs- und Unterstützungssysteme sowie für die Fort- und Weiterbildung des Personals müssen ausreichend zur Verfügung stehen.

#### **8. Familien müssen gestärkt werden.**

Die Linkspartei.PDS geht von einem modernen Familienbild aus, das alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern umfasst: Neben den traditionellen Familien gehören vielfältige Formen von Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende dazu. Wir erachten es für eine wichtige Aufgabe, **Erziehende bei der Bildung, Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu unterstützen**, damit sie ihr hohes Recht und ihre große Verantwortung, die im Grundgesetz verankert sind, wahrnehmen können. Vor allem diejenigen, die mit Kindern leben, die Verantwortung für ihr Aufwachsen übernommen haben, brauchen **in erster Linie soziale Sicherheit** und die Perspektive einer lohnenden Entwicklung für die ganze Familie. Gleichzeitig erwarten immer mehr Familien **kompetenten Rat und Hilfe** zu Erziehungs-, Bildungs- und Lebensfragen. Auch dafür sind qualifizierte und **gut erreichbare öffentliche Angebote** nötig. Kindertageseinrichtungen müssen hier eine verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen.

Die Linkspartei.PDS hält es darüber hinaus für geboten, Angebote für Kinder auch in einer solchen Form vorzuhalten, dass Väter und Mütter und alle, die mit Kindern zusammenleben, nicht nur ihre Aufgaben in einer zunehmend flexibilisierten Arbeitswelt erfüllen, sondern auch sozial, politisch und kulturell an der Gesellschaft teilhaben können. Dazu sind flexible Angebote, **Angebote auch außerhalb der üblichen Betreuungszeiten** bedarfsgerecht auszubauen.

#### **9. Wir unterstützen breite Bündnisse für ein kinderfreundliches Land.**

Ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition trägt die Linkspartei.PDS dazu bei, **Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern eine hohe Priorität** zu geben. Sie nutzt ihre Möglichkeiten, die Arbeit der Jugendhilfe auf Landes- und kommunalpolitischer Ebene zu qualifizieren, Jugendhilfe und Bildungsbereich enger miteinander zu verbinden, Lösungswege für brennende Probleme zu finden und über Ländergrenzen zu propagieren.

Die Linkspartei.PDS initiiert und unterstützt **breite gesellschaftliche Bündnisse**, die sich für die qualitative Entwicklung und den Ausbau von öffentlichen Angeboten zur Förderung von Kindern engagieren. Das schließt kritische Positionen zu konkreten Forderungen einzelner Bündnispartner nicht aus. Sie tritt entschieden den neoliberalen Reformbestrebungen entgegen, die Sozialschwächere benachteiligen und vor allem Kinder schon früh soziale Notlagen und Konflikte spüren lassen und sie ausgrenzen.

Die Linkspartei.PDS verbündet sich mit allen, denen **gute Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder am Herzen liegen**. Dazu gehören in erster Linie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und viele andere. Vor allem aber tritt sie dafür ein, dass Kinder selbst gehört werden, sich artikulieren können und ihr junges Leben demokratisch mit gestalten.

## **Gegen elitäre Ausgrenzung im Studium**

Informationsvorlage für die Sitzung des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS am 22. Januar 2007

Seit Jahren scheint ein primäres Ziel der hochschulpolitischen Bemühungen auf Bundes- und Länderebene die Erhöhung der Studierendenquote zu sein. Die reale Politik weist aber in eine andere Richtung. So wird der Zugang zur Hochschule immer weiter eingeschränkt, statt ausgebaut: Die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern, die zunehmende Aushöhlung des BAföG durch die Große Koalition und immer schärfere Zulassungsbedingungen stellen weitere Hürden bei der Aufnahme eines Studiums dar. Die Linkspartei.PDS fordert ein gebührenfreies Studium und eine elternunabhängige, repressionsfreie Grundsicherung. Der Zugang zum Studium muss ausgeweitet werden. Zulassungsbeschränkungen zum Master lehnen wir ab.

### **1. Soziale Öffnung**

#### **Ausbildungsförderung reformieren und ausbauen**

Studieren muss finanzierbar sein – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Mit der Einführung des BAföG als Vollzuschuss für Studierende und einer umfassenden Förderung für Schülerinnen und Schüler stieg der Anteil der Studierenden aus so genannten bildungsfernen Schichten in den 70er Jahren immerhin auf über 20 Prozent. Heute ist ihr Anteil nur noch halb so groß. Um Chancengleichheit bei der Aufnahme eines Studiums zu erreichen, brauchen wir dringend eine Reform des BAföG: Kurzfristig müssen die Bedarfssätze und Freibeträge den Realitäten entsprechend nach oben angepasst werden.

Mittelfristig fordert die Linkspartei.PDS eine Umwandlung des BAföGs in eine elternunabhängige Grundsicherung, die als Vollzuschuss gezahlt wird. Das BAföG soll ferner zu einer bildungsbereichsübergreifenden Förderung ausgebaut werden: Nicht nur Studierende, sondern auch deutlich mehr Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II sowie Erwachsene in der Weiterbildung müssen in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen werden.

#### **Konsequent gegen Studiengebühren**

Studiengebühren sind sozial ungerecht. Wenn Hochschulen Eintritt kosten, bleiben sie vielen Menschen verschlossen. Bildungskredite sind hier keine Lösung: Der absehbare Schuldenberg schreckt vor allem diejenigen ab, die nicht auf ein finanzstarkes Elternhaus zurückgreifen können. Sie sind eine Hypothek auf die eigene Zukunft, die unfrei macht und eine selbst bestimmte Studien- und

Berufswahl verhindert. Die Linkspartei.PDS lehnt Studiengebühren aber nicht nur aus sozialpolitischen Gründen ab: Bildung ist keine Ware, sondern ein öffentliches Gut und eine wichtige Grundlage für demokratische Teilhabe und gesellschaftlichen Fortschritt. Studiengebühren drängen allgemein bildende Anteile im Studium und kritische Wissenschaft zurück – dies gilt für allgemeine Gebühren und Studienkontenmodelle gleichermaßen.

### **Durchlässigkeit statt biographischer Sackgassen**

Die Hochschulen sollen Menschen nicht aussortieren, sondern qualifizieren. Die Linkspartei.PDS setzt sich daher für den Abbau von Hürden im Studium ein. Das zweistufige Studiensystem darf nicht zu einem Zwei-Klassen-System werden nach dem Motto: Bachelor für die Masse, Master für die Elite. Stattdessen müssen alle Studierenden so gefördert werden, dass alle, die wollen, den Masterabschluss erreichen.

Die Hochschulen müssen sich außerdem für Menschen mit Berufsabschluss öffnen. Die Debatten um den nationalen und den europäischen Qualifikationsrahmen müssen dafür genutzt werden, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen und neue Bildungswege möglich zu machen. Hierfür müssen Zulassungsverfahren geschaffen werden, die weder nach sozialem Hintergrund, noch nach Geschlecht diskriminieren. Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine bundesweit einheitliche Anerkennung eines Berufsabschlusses als fachgebundene Zulassungsvoraussetzung an Hochschulen ein.

## **2. Hochschulkapazitäten ausbauen**

### **Die Unterfinanzierung beenden**

Die Hochschulen in Deutschland sind chronisch unterfinanziert. Es fehlt an Personal, an Räumen, an Büchern, Lehr- und Lernmitteln. Andere Länder machen uns vor, wie man mit mehr Ausgaben für die Bildung mehr Menschen an die Hochschulen bringt und soziale Hürden abbaut. Die Linkspartei.PDS setzt sich deshalb für eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben ein, um auch die Hochschulen besser auszufinanzieren.

Der von Bundesbildungsministerin Annette Schavan auf den Weg gebrachte "Hochschulpakt" ist mit der versprochenen einen Milliarde Euro längst nicht ausreichend untersetzt. Es wird verschleiert, dass zahlreiche Bundesprogramme im Hochschulbereich keine Fortsetzung finden – hiermit stehen sowohl Programme zur Frauenförderung an Hochschulen als auch die Fachhochschulstrukturförderung in Frage. Der geplante Hochschulpakt wird also kaum zusätzliche, sondern lediglich Kompensationsmittel bringen. Durch die steigende Zahl Studieninteressierter aus starken Schuljahrgängen benötigen die Hochschulen aber zusätzliche Mittel. Andernfalls wird die Studierendenquote im internationalen Vergleich unter dem Durchschnitt bleiben.



### **Mehr Studienplätze**

Da seit Jahren zigtausende Studienplätze fehlen, haben die Hochschulen mittlerweile fast flächendeckend Zulassungsbeschränkungen eingeführt. Vielfach öffnet nur noch ein Einser-Abi den Weg an die Hochschule. Diese Situation ist mit dem Recht auf freie Berufswahl nicht vereinbar. Die Linkspartei.PDS tritt daher für einen massiven Ausbau der Studienplatzkapazitäten und einen Abbau von Zulassungsbeschränkungen ein.

### **Bundesweite Verantwortung statt Wettbewerbsföderalismus**

Die Linkspartei.PDS tritt für eine gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern ein. Bildungspolitik darf nicht als 'Wettbewerb um die besten Köpfe' verstanden werden. Stattdessen brauchen wir Möglichkeiten, die Hochschullandschaft als wichtigen Faktor regionaler sowie gesamtgesellschaftlicher Entwicklung in öffentlicher Verantwortung zu gestalten und Hochschulen in strukturschwachen Regionen gezielt zu fördern.

Mit der beschlossenen Föderalismusreform sind Bundesprogramme im Hochschulbereich nur noch dann möglich, wenn alle sechzehn Bundesländer hierfür eine Einigung mit dem Bund erzielen. Diese Hürde ist deutlich zu hoch. Die Linkspartei.PDS befürchtet, dass der Bund sich zukünftig auf seine Kompetenz zur Förderung der Forschung zurückzieht und die Hochschullehre allein den Ländern überlässt. Deshalb setzen wir uns perspektivisch für ein Bundesbildungsgesetz ein, das alle Bildungsbereiche umfasst.

## **3. Qualitative Studienreform**

### **Bildung und Forschung für gesellschaftlichen Fortschritt**

Hochschulen sind Teil der Gesellschaft und damit in gesellschaftliche Entwicklungen und Auseinandersetzungen eingebunden. Sie müssen ein Ort sein, an dem Lösungen für gesellschaftliche Probleme erarbeitet und Grundlagen für gesellschaftlichen Fortschritt entwickelt werden. Dazu gehört auch, dass Hochschulen gesellschaftliche Entwicklungen kritisch hinterfragen und Alternativen sichtbar machen.

Akademische Bildung darf daher weder im Elfenbeinturm erfolgen, noch darf sie sich allein an ihrer kurzfristigen Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt messen lassen. Ein Studium muss Menschen in die Lage versetzen, an ihrem späteren Arbeitsplatz soziale, ökologische und gleichstellungspolitische Veränderungen einzuleiten und gesellschaftliche Entwicklungen aktiv mitzugestalten.

### **Solidarisches Lernen statt Ellenbogen**

Durch den Abbau von Studienplätzen, Ranking-Noten und neuen Auslesemechanismen werden die Studierenden zunehmend in Konkurrenz zueinander gesetzt. Die Linkspartei.PDS tritt gegen diese Entwicklung und für solidarische Lernformen ein. Bildung lebt davon, dass Wissen weitergegeben, geteilt und gemeinsam fortentwickelt wird. Wenn Studierende ein strukturelles Interesse

daran haben, dass ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen möglichst weniger wissen als sie selbst, wird ein wechselseitiger Austausch systematisch behindert. Ein produktiver Lernprozess kann dagegen nur durch ein gemeinsames Erkenntnisinteresse befördert werden.

#### **Eigenständige Studiengestaltung**

Die Studienorganisation muss individuelle und interdisziplinäre Studienwege möglich machen. Hierzu brauchen wir zum einen flächendeckend die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums. Zum anderen müssen wir derzeit beobachten, dass im Zuge der Umstellung auf das Bachelor- /Masterstudienystem vielerorts interdisziplinäre Studienanteile mit Hinweis auf den möglichen Fachwechsel nach dem Bachelor abgeschafft oder zumindest stark eingeschränkt werden. Die Fächer fallen damit in eine fast überwunden geglaubte disziplinäre Abschottung zurück. Für den Großteil der Studierenden bleibt der Blick in andere Disziplinen somit verschlossen, denn zum Master soll nur ein Bruchteil der Bachelor-AbsolventInnen zugelassen werden. Die Linkspartei.PDS lehnt diese Entwicklung ab und tritt für flexible Studienstrukturen und eine eigenständige Studiengestaltung ein.

#### **4. Öffentliche Verantwortung und Demokratisierung**

Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Stärkung der öffentlichen Verantwortung für die Hochschulen ein. Zunehmende Privatisierungstendenzen – sei es über die Umwandlung der Trägerschaft in Stiftungshochschulen oder den Aufbau von privaten Hochschulen – weisen wir zurück. Eine öffentliche Verantwortung und eine demokratische Organisation der Hochschulen garantiert eine kritische Gestaltung der Wissenschaft.

Kritische Wissenschaft und demokratisch verfasste Hochschulen gehen Hand in Hand. Die Linkspartei.PDS fordert daher, die akademischen Gremien zu stärken und diese den Statusgruppen nach paritätisch zu besetzen. Die von neoliberalen Organisationen geforderte Entmachtung der akademischen Gremien und die Stärkung der Leitungsebenen lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen demokratische Hochschulen.

Studierende als größte Mitgliedergruppe an den Hochschulen müssen das Recht zur Mitbestimmung haben. Die Linkspartei.PDS fordert die Einführung von Verfassten Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern. Wir halten es für falsch, Studierenden über das Verbot allgemeinpolitischer Äußerungen einen Maulkorb zu verpassen. Eine Trennung zwischen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Fragestellungen ist nicht möglich. Hochschulpolitische Entscheidungen müssen und können nur vor dem Hintergrund ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen diskutiert werden.

#### **5. Geschlechtergleichstellung**

In den letzten Jahren stieg der Anteil von Studentinnen an Hochschulen auf mehr als die Hälfte. Trotzdem sinkt ihr Anteil im Laufe einer weiteren wissenschaftlichen

Laufbahn auf einen Anteil von unter 10 Prozent bei den C4-Professuren.

Forschungsgegenstände sind immer noch häufiger solche, die tendenziell in der Lebensrealität von Männern verortet sind. Die Linkspartei.PDS fordert deshalb die Fortsetzung und den Ausbau von Förderprogrammen für Frauen in Wissenschaft und Forschung. Unter anderem muss das Hochschulsonderprogramm "Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre" fortgesetzt werden. Daneben setzen wir uns für klare Quotierungen bei der Besetzung von Professuren und anderen akademischen Stellen an den Hochschulen ein.

Die Linkspartei.PDS kritisiert, dass die aktuelle Politik der Großen Koalition im Hochschulbereich bereits erreichte gleichstellungspolitische Erfolge zurückdreht und die Benachteiligung von Frauen verschärft. Das gilt beispielsweise für Rückzahlungsmodalitäten bei Studienkrediten, bei denen Frauen durch ihre im Durchschnitt wechselhaftere Arbeitsbiographie und geringere Entlohnung benachteiligt werden. Auch von Zulassungsbeschränkungen zum Master werden vor allem Frauen zu einem Kurzzeitstudium veranlasst.

## **6. Internationalisierung**

Wissenschaft lebt von internationaler Kooperation. Die Linkspartei.PDS begrüßt deshalb die Internationalisierung der Hochschulen. Wir lehnen es aber ab, diese unter den Vorzeichen von Bildungsmarketing und einem "Kampf um die besten Köpfe" zu gestalten. Mit einer solidarischen grenzüberschreitenden Bildung und Wissenschaft haben diese Tendenzen nichts zu tun.

Ein erster Schritt zu einer solidarischen Internationalisierung der Hochschulen sind bessere Studienbedingungen für ausländische Studierende. Insbesondere müssen Studierende aus Nicht-EU-Staaten die Möglichkeit zu einem Studium in der Bundesrepublik haben. Einführende Sprachkurse, Beratungsangebote sowie die für ausländische Studierende zur Verfügung stehenden Studienplätze sind auszubauen. Gebühren für einen "erhöhten Betreuungsaufwand" ausländischer Studierender weisen wir scharf zurück. Um ausländischen Studierenden ein Studium zu ermöglichen, sind Reformen beim Aufenthaltsrecht zwingend erforderlich. Unter anderem muss ausländischen Studierenden die Arbeitsaufnahme erlaubt werden. Für viele Studierenden ist dies die einzige Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt während des Studiums zu verdienen. Außerdem müssen die Möglichkeiten zur Verlängerung des Aufenthaltes massiv ausgeweitet werden.

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass Auslandsaufenthalte während des Studiums erleichtert werden. Dazu müssen nicht nur Anerkennungsregeln vereinfacht, sondern vor allem auch die sozialen Rahmenbedingungen verbessert werden: Es ist falsch, nur Studierenden aus reichen Elternhäusern einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen. Ein wichtiger Schritt zur Förderung von Auslandsaufenthalten für alle ist die Verbesserung des Auslands-BAföG.

**Eckpunkte der Linkspartei.PDS zur beruflichen Bildung**  
Beschluss des Parteivorstandes vom 04. Dezember 2006

**1. Gesetzliche Ausbildungsumlage einführen**

Die Berufsbildungspolitik der Bundesregierung beschränkt sich seit Jahren auf Appelle an die Arbeitgeberseite. Anstelle gesetzlicher Regelungen wird auf unverbindliche Absprachen gesetzt. So drohen Unternehmen keinerlei Konsequenzen, wenn sie nicht ausbilden. Sie können sich praktisch ungehindert aus ihrer Ausbildungsverantwortung stehlen. Damit muss endlich Schluss sein.

Die Linkspartei.PDS fordert die Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsumlage. Diese muss so gestaltet sein, dass es Unternehmen nicht möglich ist, sich von Ausbildung frei zu kaufen. Die genauen Vereinbarungen müssen auf Branchenebene zwischen den Tarifparteien ausgehandelt werden. Das Gesetz wird den erforderlichen Druck zu entsprechenden Verhandlungen aufbauen. Wir schlagen vor, die Regelungen zur Umlagefinanzierung ins Berufsbildungsgesetz aufzunehmen. Bei

der letzten Reform dieses Gesetzes wurde versäumt, Finanzierungsregelungen festzuschreiben.

Der erstmals zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den Arbeitgebern geschlossene Ausbildungspakt ist im Gegensatz zu einer gesetzlichen Ausbildungsumlage kein taugliches Mittel, um die Ausbildungsmisere zu beheben. Zwar werden die formalen Vereinbarungen Jahr für Jahr weitgehend eingehalten – da diese sie aber deutlich zu kurz greifen, verschlechtern sich dennoch die Perspektiven für Jugendliche auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Kritik verdient vor allem, dass die im Rahmen des Paktes geforderten "neuen Ausbildungsplätze" nicht zusätzlich eingerichtet werden müssen. Angesichts steigender Zahlen von Bewerberinnen und Bewerbern und der dramatisch anschwellenden Anzahl so genannter "Altnachfragerinnen und Altnachfrager" brauchen wir aber dringend eine Erhöhung der angebotenen Ausbildungsplätze. Der Pakt erfüllt diese Anforderung nicht.

## **2. Auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen sicherstellen**

Durch die viel zu geringe Anzahl an Ausbildungsangeboten, sind immer mehr Jugendliche in ihrem Recht auf Berufswahlfreiheit eingeschränkt. Das ist für uns nicht akzeptabel. Die Linkspartei.PDS fordert ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes setzt das voraus, dass auf 100 Bewerberinnen und Bewerber mindestens 112 Ausbildungsplätze kommen müssen. Auch wenn betriebliche Ausbildungsplätze fehlen, müssen Jugendliche ein qualifiziertes Ausbildungsplatzangebot erhalten.

Durch den überproportionalen Rückzug von Teilen der Betriebe aus der Erstausbildung haben die beruflichen Schulen in den letzten 15 Jahren erhebliche Mehrlasten sowohl bei den teil- wie auch bei den voll qualifizierenden Berufsschulangeboten aufgebracht. Die Linkspartei.PDS setzt sich in der aktuellen Situation dafür ein, die im Berufsbildungsgesetz geschaffenen Möglichkeiten zur Nutzung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge in den Ländern verstärkt in Anspruch zu nehmen. Absolventinnen und Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge dürfen nicht benachteiligt werden und müssen insbesondere Zugang zu einer Kammerprüfung erhalten.

Daneben bieten Lernortkooperation und der Ausbau von Verbundstrukturen erhebliche Ausbildungspotentiale, die genutzt werden sollten. Die Linkspartei.PDS fordert, diese Strukturen auszubauen. Damit könnten die Kapazitäten kleiner Betriebe besser erschlossen werden.

## **3. Qualität der Ausbildung verbessern**

Das "Schwarzbuch Ausbildung" der Gewerkschaftsjugend hat eklatante

Qualitätsmängel in der Ausbildung aufgezeigt. Viele Jugendliche werden als billige Hilfskräfte angesehen, anstatt qualifiziert ausgebildet zu werden. Wir halten vor diesem Hintergrund die Durchführung eines Berufsbildungs-PISA unter Einschluss der Offenlegung von Ausbildungsmängeln und Defiziten in Betrieben für unerlässlich.

Die Linkspartei.PDS fordert mehr Qualität in der beruflichen Ausbildung: Sowohl bei Ausstattung und Infrastruktur, beim Personal, in Didaktik und Methodik, Gestaltung des Prüfungswesen, aber auch dem regionalen Ausbildungsmanagement ist dabei der Entwicklung hin zu einem stärker schulisch getragenen – in Ostdeutschland traditionellen Ausbildungssystem – Rechnung zu tragen.

Bei der Europäisierung der Berufsbildung fordern wir, dass eine verstärkte Modularisierung nicht zu einer Differenzierung bei der Wertigkeit der Abschlüsse führt und über diesen Weg zunehmend Schmalspurausbildungen durchgesetzt werden. Wir halten am Berufsprinzip fest.

Ferner setzen wir uns für eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Berufsschulen ein. Auch in den Betrieben müssen qualifizierte Ausbilder und Ausbilderinnen zur Verfügung stehen. Die Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung halten wir vor diesem Hintergrund für einen falschen Schritt.

Die Linkspartei.PDS fordert eine Stärkung der Rechte von Auszubildenden. Forderung nach einer Einschränkung von Mitbestimmungsrechten, einer weiteren Absenkung der Auszubildendenvergütung oder der Durchlöcherung des Jugendarbeitsschutzes weisen wir auf das Schärfste zurück.

#### **4. Berufsausbildungsvorbereitung weiter entwickeln**

Das gegliederte Schulsystem entlässt immer mehr Jugendliche ohne die für eine Ausbildung erforderlichen Kompetenzen. Diese Situation wird durch erhebliche Versäumnisse im beruflichen Schulwesen, wechselnde und häufig qualitativ mangelhafte Angebote der Bundesagentur sowie das unzureichende Engagement der Betriebe verschärft. Die Linkspartei.PDS fordert deshalb eine deutliche Qualitätssteigerung, Harmonisierung und Aufwertung der Berufsausbildungsvorbereitung. Die strukturellen Ursachen dieser Situation müssen – unter anderem mittels der Aufhebung des gegliederten Schulsystems und der Einführung einer "Schule für alle" – von Anfang an bekämpft werden.

#### **5. Förderprogramme ausbauen**

Förderprogramme für lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche sowie für Jugendliche mit Migrationshintergrund sind eine bildungspolitische

Daueraufgabe. Die aktuelle Politik trägt dem nicht Rechnung, was sich unter anderem am Rückgang der ausbildungsbegleitenden Hilfen um mehr als 30 Prozent seit 1996 zeigt. Die Linkspartei.PDS tritt dafür ein, den Anspruch und die Gestaltung von Förderprogrammen im Berufsbildungsgesetz festzuschreiben. Vorliegende Reformüberlegungen – etwa des "Forum Bildung" aus 2000 oder Impulse aus dem BQF- Programm – müssen flächendeckend umgesetzt werden. Gebühren für die Ausbildung lehnt die Linkspartei.PDS grundsätzlich ab.

Auch die berufliche Rehabilitation und Ersteingliederung Behinderter befindet sich in einer prekären Situation: Seit 2003 ist ein Trend zur drastischen Kapazitätsreduzierung in der Berufsförderungswerken sowie ein leichter Abbau in Berufsbildungswerken zu konstatieren. Dem steht ein drastischer Zuwachs in den "Werkstätten für behinderte Menschen" entgegen. In diesem Rahmen werden zahlreiche Leistungen der beruflichen Rehabilitation der Bundesagentur für Arbeit in erheblichem Maße zurückgefahren.

Die Linkspartei.PDS hält ein flächen- und bedarfsgerechtes Angebot, auch für den Personenkreis der schwer lernbehinderten, vor allem aber auch psychisch eingeschränkten (jungen) Menschen für unerlässlich. Ferner muss das Berufsprinzip auch für diejenigen gelten, die keine dauerhafte Eingliederung in den ungeforderten Arbeitsmarkt haben.

#### **6. Berufliche Beratung stärken**

Die Linkspartei.PDS fordert die Bildungs- und Berufsberatung der Jugendlichen und ihrer Erziehungsberechtigten deutlich zu verstärken und dem Standard europäischer Beschlüsse anzupassen. Dazu ist eine enge Kooperation von Schulen, Berufsberatung der Arbeitsverwaltung und weiterführenden Bildungsanbietern unter Beteiligung der Sozialparteien anzustreben. Es sollte bundesweit ein Netz der "Regionalen Beratungsstellen" speziell für benachteiligte und gesellschaftlich ausgegrenzte Jugendliche aufgebaut werden.

#### **7. Geschlechtergleichstellung realisieren**

Nur etwa ein Zehntel der Ausbildungsberufe sind paritätisch mit Frauen und Männern besetzt; in allen übrigen Berufen ist eine deutliche Orientierung von Frauen und Männern auf vermeintlich geschlechtstypische Bereiche abzulesen. Mit der Orientierung der Frauen auf die klassischen und damit auch schlechter bezahlten 'Frauenberufe' verringern sich auch ihre Chancen auf ein höheres Ausbildungsgehalt, einer Übernahme nach der Ausbildung sowie auf spätere Aufstiegschancen. Hinzu kommt, dass die schulische Vollzeitausbildung vor allem in den klassischen Frauenberufen durchgeführt wird – ohne Ausbildungsvergütung und teilweise mit Gebühren verbunden.

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, die geschlechtsspezifische Benachteiligung in der beruflichen Bildung abzubauen. Junge Frauen müssen gezielt bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützt werden. Hierzu müssen Berufsberaterinnen und Berufsberater, Ausbilder und Ausbilderinnen sowie das Elternhaus für dieses Thema sensibilisiert werden.

### **Längeres gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule**

Thesenpapier der Linkspartei

Informationsvorlage für die Sitzung des Parteivorstandes am 22. Januar 2007

Das vorliegende Thesenpapier wurde auf der Grundlage konkreter Konzepte der Landtagsfraktionen und Landesverbände der Linkspartei erarbeitet. Insbesondere in den Landtagsfraktionen wurden in den vergangenen zwei Jahren Konzepte und Gesetzesvorlagen erarbeitet, zwischen denen es große Deckungsmengen, aber



natürlich auch Unterschiede gibt. In Hamburg gibt es ein gemeinsames Konzept zwischen Linkspartei und WASG, das ebenfalls aufgenommen wurde. Andere Landesverbände haben – vor allem in Wahlprogrammen – ähnlich lautende Grundforderungen erhoben, aber noch keine so detaillierten Papiere vorgelegt. Soweit sie zugänglich waren, wurden sie berücksichtigt. Dennoch verzichtet das Papier auf die Nennung konkreter Wege in einzelnen Ländern, weil es um einen für alle Länder annehmbaren Kompromiss gehen sollte.

"Deutschland – so belegen nationale Untersuchungen und internationale Vergleiche – ist ein Land mit extrem großer Abhängigkeit der Bildungsmöglichkeiten und des Bildungserfolgs von sozialer Herkunft. Sich diesem Trend entgegenzustellen und ihn schließlich zu überwinden, versteht die PDS als ein zentrales Anliegen ihres politischen Wirkens. Es zielt auf die Verzahnung von Sozialpolitik und Bildungspolitik, auf die Schaffung der erforderlichen sozialen Bedingungen für die Durchsetzung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle, auf die Erhaltung und Stärkung der Rolle und Verantwortung des Sozialstaates für die Entwicklung und Bildung der jungen Generation." (Bildungspolitische Leitlinien der PDS, vorgelegt auf der Bildungspolitischen Konferenz der PDS in Weimar, Mai/Juni 2005)

## **1. Länger gemeinsam Lernen - Worauf begründet sich unser Ansatz?**

### **1.1. Unser Bildungsziel**

"Eine breite gegenwarts- und zukunftsbezogene Bildung ist für alle Menschen, vor allem für die Kinder und Jugendlichen, heute wichtiger denn je. Sie muss den Erfordernissen unserer sich dynamisch entwickelnden Welt entsprechen, die kritische, lernfähige, zur Gemeinschaftsarbeit bereite und ein ganzes Leben lang lernende Menschen braucht." (Leitlinien)

Freier und gleicher Zugang zu allen Bildungsangeboten ist darum heute unabdingbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen, für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit, für ihre Teilhabe am kulturellen Leben und an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung sowie für ihr persönliches Wohlergehen. Er muss für alle Menschen gleich welchen Alters und ohne Diskriminierung möglich sein. "Die Bildungspolitik wird zu einer der tragenden Säulen einer zivilgesellschaftlichen Erfordernissen dienenden Gesellschaftspolitik." (Leitlinien)

Bildungserwerb ist für uns ein Menschenrecht.

"Wir wollen eine Bildung, die auf das vielseitig entwickelte Individuum zielt, das in der Gemeinschaft grundlegende Bedingungen für seine Entwicklung, aber auch Orientierung für seine Entfaltung findet." (Leitlinien)

Bildungsgüter sind öffentliche Güter. Bildungseinrichtungen sind für alle Bildungsebenen vorzuhalten und zugänglich zu machen als eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Ein zentraler Teil des öffentlichen Bildungssystems ist die Schule. Sie ist der Hauptort, in dem Kinder und Jugendliche Bildung erwerben. Darum wollen wir eine Schule, in der alle Kinder erfolgreich lernen können.

#### 1.2. Was kritisieren wir am derzeitigen Bildungssystem?

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft so groß wie in kaum einem anderen europäischen Staat. Das ist ein Skandal. In einer Zeit, in der die Verwirklichung individueller Lebensperspektiven, in der auch eine erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft einen hohen Bildungsstand der Menschen voraussetzt, die in ihr leben, bedeutet diese Abhängigkeit einen Ausschluss von Lebensperspektiven für Menschen, die nicht über die sozialen und materiellen Bedingungen für erfolgreichen Bildungserwerb verfügen.

Das gegliederte Schulsystem in Deutschland hat sich als ungeeignet erwiesen, diese Misere zu überwinden. Im Gegenteil: Mit der Zuweisung von Bildungsmöglichkeiten und Bildungsgegenständen nach Maßgabe vermeintlicher Leistungsfähigkeit bereits auf sehr früher Altersstufe wird die starke soziale Segregation reproduziert und verstärkt.

Konservative Bildungspolitik geht immer noch davon aus, dass Menschen nur soviel staatlich finanzierte Bildung zuteil werden soll, wie es für den ihnen zugewiesenen Platz in der Gesellschaft und die Verwertung auf dem Arbeitsmarkt erforderlich erscheint. Diese Zuteilung von Bildung und damit von Lebenschancen kann man bis in Lehrpläne hinein nachvollziehen.

Frühzeitige Einordnung in unterschiedliche Bildungsgänge mit unterschiedlichen Abschlusszielen, mangelhafte Förderung mit dem Ziel höherer Bildungsbeteiligung und vielerorts schlechte Lehr- und Lernbedingungen haben zur Folge, dass Kinder und Jugendliche die ihnen möglichen Bildungsabschlüsse gar nicht oder erst über Umwege erreichen, sodass ihnen viele Lebenschancen verwehrt bleiben.

Die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem ist völlig unzureichend ausgeprägt. Es gibt sie vor allem in Richtung niedrigerer Schulabschlüsse. Viele, zu viele verlassen die Schule ganz ohne Abschluss oder mit einem schlechten Kompetenzniveau, mit dem sie keinen Ausbildungsplatz finden können. Im Gegenzug wirken die mangelhafte Ausbildungsplatzsituation und die hohe Arbeitslosigkeit demotivierend auf Lernbereitschaft in der Schule. Diese Situation wird inzwischen auch von der herrschenden Politik beklagt. Darum hat sie hat in Auswertung der vielfältigen internationalen Vergleiche und Bildungsstudien einigen Reparaturversuchen innerhalb des bestehenden Systems gegriffen und jüngst neue angekündigt. Wir zweifeln nicht an, dass dabei auch für einzelne junge Menschen Fortschritte für die Bildung realisiert werden können. Wir zweifeln aber an, dass diese Flickschusterei an einem überlebten System geeignet ist, durchgreifende Veränderungen der

Bildungswirklichkeit zu realisieren. Die Hauptschule bleibt auch mit diesen Maßnahmen eine Hauptschule. Ihr Abschluss findet längst keine breite gesellschaftliche Anerkennung mehr, was man nicht nur an den Entscheidungen von Ausbildungsbetrieben gegenüber BewerberInnen mit einem solchen Abschluss nachweisen kann.

Die jahrzehntelange Verweigerung einer Schulreformdebatte, die nicht in den Schranken der Gliederung verhaftet bleibt, ist nicht nur für die Betroffenen zu einem erheblichen Problem geworden, sie ist zugleich ein maßgebliches Hemmnis für die erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Die Ausgrenzung eines beträchtlichen Teils von Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben, aus Arbeit, Teilhabe, Kultur belastet mittlerweile auch die sozialen Sicherungssysteme, den Generationenvertrag und den sozialen Frieden in der Gesellschaft. Dieser Befund ändert sich auch nicht durch die bejubelten jüngsten wirtschaftlichen Erfolge, gehen sie doch einher mit der Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung vom Arbeitsmarkt und von sozialem Wohlstand. Die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen dürfen sich darum nicht auf Bildung beschränken, sie sind auch nicht durch eine Bildungsreform zu ersetzen. Unsere Forderungen nach grundlegenden sozialen Veränderungen bleiben darum bestehen. Eine Reform des Bildungssystems ist keine zweitrangige Frage, sondern ein bedeutsamer Bestandteil der Gesamtpolitik. Wir fassen sie darum als Teil unserer "Agenda sozial".

### 1.3. Was ist unser Konzept?

Eine grundlegende Schulreform, die sich nicht nur auf Schulstrukturen beschränken darf, ist keine hinreichende, aber eine unverzichtbare Bedingung, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstverwirklichung für alle zu ermöglichen. Die Umgestaltung des Schulsystems zu einer Schule, die alle Kinder und Jugendlichen aufnimmt, kann ein Schritt sein, die gesellschaftliche Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung zu beenden.

Wir wollen Schluss machen mit der Praxis, Schülerinnen und Schüler vermeintlich "geeigneten" Schulformen zuzuweisen. Die Hauptschule ist für uns, trotz aller Bemühungen von Pädagoginnen und Pädagogen, keine erstrebenswerte, weil keine zukunftsfähige Schulform.

Wir gehen davon aus, dass alle Kinder in ihrer Individualität gefördert und zu einem höchstmöglichen Schulabschluss geführt werden können. Dazu brauchen wir ein Schulsystem mit einer integrativen Schule, die alle Kinder, gleich welcher Herkunft, aufnimmt und optimal fördert.

Wir nennen diese Schule Gemeinschaftsschule.

Ein integratives Bildungssystem kann nicht in Konkurrenz zu einem gegliederten System entstehen. Veränderungen müssen notwendiger Weise über die Frage der bloßen Schulform hinausgehen und zu einer neuen Kultur

des Lernens und Lehrens führen. Es kommt darauf an, die unterschiedlichen Begabungen der Kinder zu entdecken und zu fördern. Dafür müssen Schülerinnen und Schüler Subjekte des Lernprozesses sein können. Wir sehen im integrativen Lernen, im bewussten Umgang mit der Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Lernprozess eine Chance, von der Kinder mit schwächeren Lernleistungen und schlechteren Lernausgangslagen ebenso profitieren wie leistungsstarke Kinder. Auch besondere Begabungen sind so besser zu entdecken und zielgerichteter zu fördern. Integrative Bildung ermöglicht den Erwerb sozialer Kompetenzen wie auch die Chance für mehr Nachhaltigkeit des Gelernten. Kinder lernen von Kindern am besten und am schnellsten. Darum haben solidarische Lern- und Arbeitsformen in einer Gemeinschaftsschule für uns ebenso ihre Berechtigung wie zusätzliche individuelle Förderung. Zielgerichteter Nachteilsausgleich und individuelle Förderung besonderer Begabungen schließen sich nicht aus, sondern sie bedingen einander.

## **2. Veränderungen in der Schulstruktur, in den Bildungswegen und Abschlüssen**

Die neue Gemeinschaftsschule umfasst die Primarstufe (1–4) und die Sekundarstufe I (5–10). Mindestens bis zum Abschluss der Klasse 8 sollen alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden.

In der Gemeinschaftsschule sollen die Schülerinnen und Schüler nicht in abschlussorientierte Klassen oder Lerngruppen sortiert werden. Einen besonderen Hauptschulbildungsgang oder entsprechende Kurse wird es also nicht mehr geben, aber auch keine frühe Trennung in einen besondern Bildungsgang zum Abitur. Die Gemeinschaftsschule ermöglicht alle schulischen Abschlüsse. Die Vollzeitschulpflicht soll 10 Jahre betragen. Die Gemeinschaftsschule soll, soweit dies möglich ist, Kinder mit Behinderungen aufnehmen und individuell fördern. Schulen für Lernbehinderte sollen künftig der Vergangenheit angehören.

Am Ende der 10. Klasse wird ein solider Schulabschluss erreicht, der den Zugang zu allen beruflichen Bildungsgängen ermöglicht, aber auch den direkten Bildungsweg zum Abitur. In der Bundesrepublik heißt dieser Abschluss heute meist Realschulabschluss oder mittlere Reife. Ein Schulabschluss unter diesem Niveau soll die Ausnahme bleiben.

Wir wollen ein möglichst wohnortnahes Schulangebot sichern, kurze Wege für kurze Beine gilt darum für uns im besonderen Maße. Darum sollen Grundschulen als Schulen der Primarstufe möglichst wohnortnah angeboten werden. Wir plädieren aber ebenso für Kontinuität in der Bildung von Klassenstufe 1 bis 10. Wo immer es möglich ist, sollen darum Primar- und Sekundarstufe in einer Schule nicht nur räumlich, sondern auch organisatorisch zusammengeführt werden. Mindestens aber sollen Grundschulen mit den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I eng zusammenarbeiten.

Die Klassen 11–12 oder 13 bilden die Sekundarstufe II. Der Übergang in einen

Bildungsweg, der zur Hochschulreife (Abitur) führt (Gymnasiale Oberstufe oder Oberstufenzentrum), soll frühestens nach erfolgreichem Abschluss der Klasse 8 erfolgen. In den meisten europäischen Ländern erfolgt dieser Übergang nach Klassenstufe 9. Auch diese Möglichkeit kann in Erwägung gezogen werden. Aber auch nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse soll ein Übergang zur gymnasialen Bildung ohne Umwege möglich sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass im Anschluss an die neue Gemeinschaftsschule bis Klasse 10 auch doppelt qualifizierende Bildungsgänge angeboten werden können. Es entspricht den Anforderungen an das Bildungsniveau in vielen modernen Berufen, dass anspruchsvolle berufliche Ausbildung mit einer hohen Allgemeinbildung verbunden sind. Die Berufsausbildung mit Abitur ist darum nicht nur ein Beitrag zu mehr Durchlässigkeit im Bildungswesen, sondern unter Umständen ein Gebot der Zeit.

Möglichst alle Schulen sollen ein ganztägiges Bildungsangebot vorhalten können. Ob sie dies in offener Form (Unterricht in der Regel am Vormittag, nachmittags Zusatzangebote) oder in gebundener Form (für alle verpflichtendes Bildungsangebot bis zum Nachmittag, bestehend aus Unterricht und Wahlangeboten) vorgehalten wird, sollen die Schulen unter Beachtung des Bedarfs und der kulturellen Entwicklung in der jeweiligen Region entscheiden.

## **2. Moderne Bildung in einer Gemeinschaftsschule - Inhaltliche Ansprüche und Gestaltung**

Auf der Basis von bundesweit für alle Gemeinschaftsschulen geltenden inhaltlichen Mindeststandards zu Bildungsinhalten und der dafür erforderlichen Stundentafel sollen Schulen mehr Freiräume bei der Auswahl der Stoffe, für zusätzliche Bildungsinhalte und über die Unterrichtsformen sowie für außerunterrichtliche Betätigungsmöglichkeiten erhalten, also ihr pädagogisches Profil selbst bestimmen und über den Einsatz von finanziellen Mitteln sowie Personal selbst entscheiden können.

Ziel der Gemeinschaftsschule ist nicht Gleichmacherei. Sie gewährleistet eine den einzelnen Schülerinnen und Schülern angemessene, altersgerechte Förderung ihrer Fähigkeiten, Interessen und Neigungen. Sie zielt auf eine umfassende Stärkung und eine ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen. Die Schule des 21. Jahrhunderts ist eine allgemeinbildende Schule, in der das polytechnische Prinzip einen modernen praxisnahen Unterricht ermöglicht. Die Gemeinschaftsschule gewährleistet eine umfassende Allgemeinbildung für alle Schülerinnen und Schüler.

Allgemeinbildung in der Gemeinschaftsschule, wie wir sie verstehen, umfasst deshalb alle Bereiche des menschlichen Lebens – Natur, Arbeitswelt, Wirtschaft, Politik, Kommunikation, Wissenschaft und Kunst, soziale und ethische Beziehungen, Freizeit und Familie.

Die Förderung besonderer Begabungen soll bereits in der Grundschule beginnen

und über den gesamten Bildungszeitraum durch individuell zu nutzende erweiterte Angebote möglich sein. Zudem sollen die Schülerinnen und Schüler mehr Freiräume für das Setzen eigener Schwerpunkte im Sinne einer eigenständigen Entwicklung haben.

Gleichermaßen sollen Unterstützungssysteme für Schülerinnen und Schüler, deren Lernvoraussetzungen ungünstiger sind, über den gesamten Zeitraum der allgemeinbildenden Schule entwickelt werden. Schülerinnen und Schüler sollen auf die individuellen Erfordernisse der Persönlichkeit ausgerichtete Förderangebote und Nachteilsausgleich erhalten. Dazu sollen Schulen allen Schülerinnen und Schülern zum Beispiel die Nutzung von Schulbibliotheken und Computerkabinetten auch am Nachmittag ermöglichen.

In der Primarstufe soll zum Beispiel dazu die flexible Schuleingangsphase weiter profiliert werden, um Nachteile, die aus der individuellen Entwicklung und dem häuslichen Umfeld erwachsen, auszugleichen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist es notwendig, Kindertagesstätten endlich bewusst zu Orten eines altersgerechten Lernens zu machen und dafür zu sorgen, dass für alle Kinder von 0 bis 6 ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Damit sie auch von allen genutzt werden können, müssen sie zukünftig beitragsfrei zugänglich sein. Gemeinsam lernt man besser. In der Gemeinschaftsschule sollen die Vorteile heterogener Lerngruppen für das gemeinschaftliche Lernen erschlossen werden. Der Unterricht findet in verschiedenen, gleichberechtigt nebeneinander stehenden Lernformen, statt. Diese Lernformen können z.B. Frontaleinheiten, Kleingruppenarbeit, Einzelarbeit, Projektarbeit, jahrgangsübergreifendes Arbeiten und andere sein. Methoden, die forschendes und entdeckendes Lernen befördern, werden sich für alle Schülerinnen und Schüler als Vorteil erweisen. Gleichzeitig verbessert sich so das Schulklima und die Freude an der schulischen Arbeit für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Schülerinnen und Schüler.

Die Gemeinschaftsschule ist im besten Sinne eine Schule gemeinschaftlicher Bildungsarbeit. Hier wollen wir an positive Erfahrungen aus den skandinavischen Ländern anknüpfen. Unterricht, weiterführende Angebote im Wahlpflichtbereich und in zusätzlichen attraktiven Arbeitsgemeinschaften, Schulsozialarbeit und schulpsychologische Angebote sollen den Rahmen für erfolgreiches Lernen schaffen. Um die Bildungsarbeit intensiver zu gestalten schlagen wir vor, speziell ausgebildetes pädagogisches Fachpersonal neben Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht einzusetzen. Individuelle Hilfen im Unterricht und zeitweise Arbeit in kleinen Lerngruppen werden so ermöglicht.

Die Gemeinschaftsschule ist eine sozial engagierte Schule. Sie schaut nicht weg, wenn Schülerinnen und Schüler in ihrem persönlichen und häuslichen Umfeld Probleme haben. Sie entwickelt Solidarität untereinander und bietet sozialpädagogische und sozialpsychologische Hilfen. In der Primarstufe sollte nicht nur aus sozialen Gründen ein vollwertiges kostenloses Mittagessen für alle

Kinder vorgehalten werden.

Die Gemeinschaftsschule schätzt den Wert der Integration von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen und unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Alle sollen nach Maßgabe ihrer individuellen Entwicklungsmöglichkeiten gefördert werden. Ein Abschieben von Lernenden in andere Schulformen wird in der Gemeinschaftsschule ebenso fremd sein wie das Sitzenbleiben.

Für das Lernen in kleinen Lerngruppen bedarf es eines angemessenen Einsatzes von Fachlehrerinnen und Fachlehrern. Dort wo in Klassen gearbeitet wird, sollten die Klassengrößen 25 Schülerinnen und Schüler, in der Primarstufe 20 nicht überschreiten.

Schule soll sich dem regionalen Umfeld, der Stadt oder dem Stadtteil öffnen. Eine gute Schule pflegt zahlreiche Verbindungen zu Vereinen, Verbänden, öffnet sich kulturellen Angeboten der Region und bereichert damit das schulische Angebot.

#### **4. Wie kommen wir zu einer solchen neuen Schule?**

Auf Grund der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland haben sich in allen Ländern besondere Strukturen in der Bildungslandschaft entwickelt. Die Schulpolitik ist in besonderem Maße der alleinigen Verantwortung der Länder unterworfen. In der über 50-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat sich das allgemeinbildende Schulwesen an vielen Stellen auseinander entwickelt. Aus diesem Grunde differieren Schulformen, Schulstruktur, Stundentafeln und Bildungsinhalte stark. Die zahlreichen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz schaffen wenig Vergleichbarkeit, zementieren aber den Grundsatz der Gliederung und bilden insgesamt ein zu enges Korsett für eine wirkliche durchgreifende Bildungsreform. Für eine grundlegende Bildungsreform im Bereich der allgemeinen Schulbildung müssen darum wesentliche einengende Bestimmungen der Kultusministerkonferenz aufgehoben werden. Dazu zählt die zwangsweise Gliederung in unterschiedliche Leistungsniveaus und ihre Ausrichtung auf unterschiedliche Abschlüsse. Ein vielerorts eingefordertes bundesweites Bildungsrahmengesetz kann diese Mängel nur heilen, wenn es auf gliedernde Vorgaben verzichtet und auf der Grundlage einheitlicher Bildungsziele vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten für die Schulen eröffnet. Ein stärkeres Engagement des Bundes für einen Übergang zu einer Gemeinschaftsschule in allen Bundesländern halten wir jedoch für erforderlich. Gleichwohl ist die Bereitschaft zu solcher Verantwortungsübernahme derzeit weder beim Bund noch bei den Ländern vorhanden.

Aus diesem Grunde werden die Wege zu einer neuen Gemeinschaftsschule in den Bundesländern verschieden sein. Die derzeit vorliegenden Konzepte zielen auf die flächendeckende Einführung neuer gemeinschaftlicher Schulformen oder auf Schritte der Öffnung hin zu längerem gemeinsamen Lernen über die Öffnung und

Umgestaltung der bestehenden Schulen oder auch über Pilotschulen, die nach dem neuen Konzept arbeiten. Die Linkspartei befördert alle Wege, die in absehbarer Zukunft eine neue Gemeinschaftsschule in ganz Deutschland möglich machen.

### **5. Demokratische Prinzipien der Arbeit in der Gemeinschaftsschule**

Die Gemeinschaftsschule ist eine demokratische Schule. Das prägt ihren Inhalt und ihre innere Organisation. Wir wollen eine Schule, in der die Konferenzen drittelparitätlich zusammengesetzt sind. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern sollen gleichberechtigt die Gestaltung der schulischen Arbeit mitbestimmen und nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten mitwirken können.

Mitspracherechte sollen darüber hinaus alle an der Schule tätigen pädagogischen Fachkräfte haben. Auch das technische Personal soll sich einbringen können.

Wichtige Partner bei der erfolgreichen Gestaltung schulischer Arbeit sind die Eltern. Der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule soll darum große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ihre Mitwirkung bei der Qualifizierung schulischer Angebote ist ausdrücklich erwünscht.

Schülervertretungen sollen sich mit allen die Schülerinnen und Schüler interessierenden Fragen befassen können. Schülerinnen und Schüler sollen im Unterricht über die Auswahl von Stoffen und Themen, über Arbeitsformen und Unterrichtsgestaltung sowie über die Auswahl weiterer schulischer Angebote mitentscheiden können.

### **6. Priorität für Bildung - das Geld sinnvoll nutzen!**

Es pfeifen seit langem die Spatzen von allen Dächern, dass in Deutschland mehr Geld der öffentlichen Hand für Bildung aufgebracht werden muss. Nach wie vor liegt der Anteil öffentlicher Aufwendungen in die Bildung gemessen am Bruttoinlandsprodukt unterhalb des OECD-Durchschnittes. Das kann in einem so reichen Land nicht länger hingenommen werden. Es kommt also darauf an, die Finanzkraft der öffentlichen Haushalte zu stärken und dafür Sorge zu tragen, dass mehr Geld als bisher in die Bildung fließen kann. Die Aussage, Bildung sei eine Investition in die Zukunft, darf nicht als gefälliger Slogan über die konkreten Finanzierungserfordernisse hinweg täuschen. Zudem ist das gegliederte Schulwesen nicht billiger als die Gemeinschaftsschule, es ist in der gesellschaftlichen Gesamtrechnung sogar viel teurer. Die Umgestaltung der Schulstruktur in eine Gemeinschaftsschule dient darum auch dem Ziel, die Mittel für das öffentliche Schulwesen, die durch die Länder und die Kommunen aufgebracht werden, mit größtmöglichen Nutzen für alle einzusetzen. Wir gehen zum Beispiel davon aus, dass mit einer Gemeinschaftsschule dichteres Schulnetz für weiterführende Bildungsgänge als mit dem gegliederten Schulwesen vorgehalten werden kann. Kurzfristig sollen durch zurückgehende Schülerzahlen frei werdende Mittel genutzt werden, um die Bedingungen für Bildung weiter zu verbessern. Dazu gehören für uns sanierte Schulgebäude, eine angemessene bauliche Ausstattung sowie mit Lehr-



und Lernmitteln, ausreichendes Lehrpersonal und zusätzliches pädagogisches Personal zur Begleitung der Bildungs- und Erziehungsarbeit.

Wir stehen auf dem Standpunkt, dass Schülerinnen und Schüler auch gleiche materielle Zugangsbedingungen zu Bildung haben müssen. Darum plädieren wir für die kostenlose Bereitstellung von Lehrbüchern und anderen Lehrmaterialien, eine kostenlose Schülerbeförderung für Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen.

Wir wissen, dass die öffentlichen Haushalte durch die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierungen seit vielen Jahren stark belastet worden sind und Haushaltsspielräume dadurch stark eingeschränkt wurden. Darum können auch bei gutem Willen der Verantwortlichen in Parlamenten und Verwaltungen nicht alle diese Forderungen auf einen Schlag umgesetzt werden. Wir sind dennoch dafür, jetzt mit der Umgestaltung des Schulwesens zu längerem gemeinsamen Lernen in Gemeinschaftsschulen – gleich wie sie in den Ländern jeweils genannt werden und welche konkreten Wege gegangen werden sollen – zu beginnen. Wir stehen dafür, bei Haushaltsentscheidungen den Fragen der Bildungsfinanzierung durch die öffentlichen Haushalte Priorität einzuräumen und der weiteren Privatisierung von Bildungskosten entgegenzuwirken.

Insgesamt sind wir sicher, dass sich die von uns angestrebten Veränderungen in der Schullandschaft in der gesellschaftlichen Gesamtrechnung auszahlen.

## **7. Die LehrerInnenausbildung verändern**

Die Linkspartei hält es für erforderlich, die pädagogische Ausbildung zu reformieren. Es kann nicht länger sein, dass angehende Lehrerinnen und Lehrer während ihres Studiums kaum Praxiskontakte haben. Die Aufteilung in Fachausbildung auf der einen Seite und pädagogischer Praxis auf der anderen Seite, die zudem noch hauptsächlich in die zweite Phase der Lehrerausbildung verschoben wird, wird dem Anspruch an den LehrerInnenberuf nicht gerecht. Der Beruf der Lehrerin, des Lehrers stellt sehr komplexe Anforderungen an fachliches Wissen und pädagogisches und methodisches Können. Das muss sich in der Ausbildung besser widerspiegeln. Wir fordern eine Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und Pädagogik, Didaktik und Methodik über die gesamte Dauer der Ausbildung. Sie brauchen ebenso solide psychologische und sozialpädagogische Kenntnisse. Um besser Lehren zu können brauchen sie diagnostische Fähigkeiten und Grundkenntnisse über sonderpädagogische Arbeit. Eine Gemeinschaftsschule benötigt keine "Zwei-Klassengesellschaft" im LehrerInnenberuf, sondern eine gemeinsame Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit einer Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen, für die Primarstufe und die Sekundarstufen.

Es kann auch nicht angehen, dass AbsolventInnen nach der ersten Staatsprüfung keine Referendarstelle erhalten. Wer die erste Staatsprüfung erfolgreich absolviert hat, muss einen Rechtsanspruch auf die zweite Phase der Lehrerausbildung haben.

Diese soll sich zeitnah an das Studium anschließen.

### **8. Umfassende Bildungsreform nicht weiter verschieben!**

Der Übergang zu längerem gemeinsamen Lernen in einer Schule für alle Kinder entspricht sowohl moderner pädagogischer Forschung als auch den positiven Erfahrungen vieler europäischer Länder. Nicht zuletzt lohnt es sich auch, die Erfahrungen der polytechnischen Schule in der DDR, an die sich vor allem in den neuen Bundesländern immer mehr Menschen erinnern, neu und kritisch aufzuarbeiten.

Eine umfassende Bildungsreform in Inhalt und Form darf nicht länger aufgeschoben werden. Die Bundesrepublik hat in dieser Sache einen enormen Nachholbedarf. Den Preis für die jahrelange Reformverweigerung zahlen Schülerinnen und Schüler. Nicht nur, dass zu viele die Schule ohne einen Abschluss verlassen, auch die Abschlüsse unterhalb des Abiturs sind keine Garantie mehr für einen erfolgreichen Einstieg in berufliche Ausbildung. Die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten liegt deutlich unterhalb der Absolventenzahl anderer europäischer Länder.

Darum ist eine Schulreform, die zu besserer Bildung und zu mehr höheren Bildungsabschlüssen führt, eine Voraussetzung für bessere Berufs- und Lebenschancen für junge Menschen, gerade mit dem Blick auf Europa. Eine solche Schulreform erfordert also, den Blick über den engen bundesdeutschen Tellerrand hinaus zu weiten. Die übergroße Mehrzahl der Länder Europas ermöglicht – bei aller Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme – Schülerinnen und Schülern ein längeres gemeinsames Lernen bis zum 14., 15. oder 16. Lebensjahr.

In der Bundesrepublik werden dagegen sogar Gesamtschulen zu einer äußeren Fachleistungsdifferenzierung gezwungen, weshalb sie ihre pädagogischen Potenziale nicht voll entfalten können. Dennoch gibt es einen wachsenden Zulauf gerade zu dieser Schulform, was die Notwendigkeit eines Umstieges nachdrücklich belegt. Eine Bildungsreform hin zu einer Gemeinschaftsschule wird darum auch für fast alle bestehenden Gesamtschulen einen Gewinn darstellen.

**Vorbereitung einer KITA- Kampagne entsprechend Beschluss des Gründungsparteitages  
Beschluss des Parteivorstandes vom 25. August 2007**

1. Die Vorlage zur Vorbereitung einer KITA- Kampagne wird bestätigt.
2. Die EinreicherInnen werden beauftragt, die Kampagne vorzubereiten.  
Weitere GenossInnen sollen hinzugezogen werden (Kampagnenrat).  
V.: EinreicherInnen
3. Die Vorbereitung der Kampagne ist mit den bestehenden AG zu diesem Themengebiet und den Ländern abzustimmen.  
V.: EinreicherInnen
4. Für die Vorbereitung der Kampagne werden finanzielle Mittel in Höhe von 2.500 € für Vorbereitungsveranstaltungen, Beratung und Fahrtkosten zur Verfügung gestellt. Weitere finanzielle Mittel, die noch im Jahr 2007 benötigt werden, können nach Antragstellung und Begründung vom geschäftsführenden Vorstand genehmigt werden.  
V.: EinreicherInnen
5. Auf der Sitzung im Oktober soll eine weiter gehende Vorlage zur Kampagne für das 1. Halbjahr 2008 vorgelegt werden.  
V.: EinreicherInnen

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Werden mit der Vorlage im Oktober vorgeschlagen

Finanzielle Mittel / Kostenstelle: 2.500 Euro

**Begründung**

Der Gründungsparteitag hat beschlossen:

"Der Vorstand der Partei DIE LINKE plant für einen Zeitraum von ca. 6 Monaten eine öffentlichkeitswirksame Kampagne für kostenlose, öffentliche, steuerfinanzierte Kindertagesstätten für alle Altersgruppen. Die Einrichtungen sind als pädagogische Einrichtungen und nicht als Verwahrgelagen einzufordern. Sie sind mit qualifizierten Kräften auszustatten, deren Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sein müssen. Die Kreisverbände erhalten Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Kampagne."

Der Vorstand setzt diesen Beschluss mit folgender Ausrichtung der Kampagne um:

### **1. Ziel und Inhalt der Kampagne:**

#### Ausgangspunkt:

DIE LINKE kann bei der Planung und Durchführung der Kampagne auf Positionen ihrer Quellparteien zurückgreifen. Die Linkspartei.PDS hat sich seit Jahren einen Standpunkt zur Rolle von frühkindlicher Bildung und Betreuung erarbeitet und sowohl im Bundestag als auch in den ostdeutschen Landtagen und in vielen Landesverbänden vertreten. In der WASG gibt es entsprechende Beschlüsse von dem Bundesparteitag, Landesparteitagen und Aussagen in Wahlprogrammen insbesondere zum Ausbau von Kindertagesstätten.

Wie in kaum einem anderen Politikfeld sind jedoch hier die gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen für frühkindliche Bildung und Betreuung zwischen Ost und West gravierend verschieden. Bei der Planung und Durchführung der Kampagne sollten diese unterschiedlichen Voraussetzungen berücksichtigt werden.

Gab es im Osten tradiert ein ausgebautes Netz an Betreuungseinrichtungen, das über die Jahre unter Finanzzwängen und aus systematischen Gründen zwar verschlechtert, aber im wesentlichen erhalten wurde, war in den Westländern das quantitative Angebot zwar deutlich schlechter, aber bei einer Reihe von Trägern haben sich pädagogische Erfahrungen entwickelt, die für die pädagogischen Konzepte der Betreuungsarbeit im Osten anregend waren.

Das Problem heute:

Trotz der gesetzlichen Regelung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz, trotz des TAG (Tagesstättenausbaugesetz) und des nun angestrebten Rechtsanspruches auch für unter Dreijährige bleiben die Möglichkeiten für frühkindliche Bildung und Betreuung in West und Ost unterschiedlich. Ebenso unterschiedlich sind aber auch immer noch in weiten Bevölkerungskreisen die Auffassungen von Aufgabe und Ziel frühkindlicher Förderung und Betreuung. Institutionelle Betreuung wird vielerorts nur als Ersatz für fehlende elterliche Betreuung angesehen, vor allem der Aspekt der allseitigen Förderung und Bildung der Kinder wird von vielen unterschätzt. Das hat auch zu tun mit der unterschiedlichen Sozialisation in Ost und West und ist von daher verständlich. Kinderbetreuung war im Westen zuerst als Aufgabe den Eltern zugewiesen, meist der Mutter und – wenn verfügbar – den Großeltern. In der DDR gab es – ohne einen Rechtsanspruch – praktisch eine Versorgung mit Betreuungsplätzen vom ersten Lebensjahre an und die wurde nicht nur aus der Not heraus, arbeiten zu gehen, von fast allen Eltern genutzt. Zudem wurden für sogenannte „Hauskinder“ im letzten Jahr vor der Schule vorschulische Bildungsangebote im Kindergarten vor Ort gemacht. Ein weiteres zentrales Problem ist die Finanzierung und damit die tatsächliche Realisierung der Forderung nach beitragsfreier Kinderbetreuung, wie sie sich in fast allen Parteibeschlüssen beider Quellparteien wiederfindet. Inzwischen unterschreiben auch VertreterInnen anderer Parteien die Forderungen nach

kostenlosem KITA- Platz. An der Untersetzung mit Finanzvorschlägen scheitert jedoch die Umsetzung. Bei der Kampagnenplanung ist besonderes Augenmerk auf ein glaubwürdiges Finanzierungskonzept zu legen.

#### Kampagnenziele:

1. Die Kampagne sollte mit dem Ziel geführt werden, für unsere Vorstellungen von frühkindlicher Förderung, Bildung und Betreuung zu werben und insbesondere unsere Forderung nach einem Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung als Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Parteien herausstellen.
2. Weiteres Ziel ist die Gewinnung von Bündnispartnern.
3. Der Kampagnenrahmen soll bei den Landtagswahlkämpfen des Jahres 2008 konkrete Umsetzungsmöglichkeiten anbieten.
4. Im Rahmen der Kampagne sind Initiativen zu entwickeln, die bei kommunalen Aktivitäten und von den Fraktionen der LINKEN in den kommunalen Vertretungen vor allem in den alten Bundesländern genutzt werden können.

#### Inhaltliche Verständigung:

Eine erste Aufgabe wird es sein, eine Verständigung innerhalb der LINKEN zum Ziel frühkindlicher Förderung herbeizuführen. Die Notwendigkeit der Bereitstellung eines ausreichenden und qualitativ hochwertigen Angebotes an Plätzen für Bildung und Betreuung in Kindereinrichtungen vom ersten Lebensjahre an ergibt sich aus zwei gleich wichtigen Gründen:

In den jüngsten Debatten wird von einigen Seiten der Eindruck erweckt, es gehe nur um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, also um ein Gleichstellungsproblem, vor allem für Frauen. Institutionelle Betreuung wird nur als Ersatz für fehlende häusliche Zuwendung angesehen. Natürlich bietet gute Kinderbetreuung eine Gewähr dafür, dass Eltern berufstätig sein können. Es geht aber um weit mehr.

Institutionelle Kinderbetreuung ist kein Ersatz für elterliche Zuwendung, sie ist etwas anderes. Elterliche Erziehung, elterliche emotionale Geborgenheit und Sicherheit kann ohnehin niemals gegen institutionelle aufgewogen werden. Auch wenn Kinder tagsüber in der Einrichtung sind, wird die Verantwortung der Eltern nicht aufgehoben, sie findet nur zu anderen Zeiten statt. Kindereinrichtungen, die sich als Bildungseinrichtungen verstehen, leisten mehr als Betreuung in Zeiten der berufsbedingten Abwesenheit von Eltern. Sie entlasten und unterstützen Eltern teilweise bei der notwendigen Förderung ihrer Kinder. Sie arbeiten mit pädagogisch ausgebildetem Personal und können kindgerechter fördern, als das im Elternhaus oft möglich ist. Der Bildungsauftrag von Kindereinrichtungen ist auf die ganze Persönlichkeit gerichtet und umfasst die Förderung sozialer Kompetenzen, die emotionale Entwicklung ebenso sowie die körperliche und geistige Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit. Er ist keine Vorwegnahme von Schule, sondern kann nur altersgerecht umgesetzt werden. Es geht um komplexe, altersgerechte Lernwelten, die Kindern sonst nur eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Wenn es richtig ist, dass Kinder vom ersten Lebenstage an lernen, haben sie ein Recht darauf, dass ihnen alle Lernwelten von Anfang an zur Verfügung stehen. Insbesondere die Ausprägung sozialer Kompetenzen durch soziale Interaktion mit anderen Kindern und Erwachsenen, die Vorbereitung auf das Leben in Gemeinschaft kann in Kindereinrichtungen in einer Weise erfolgen, wie das im Elternhaus nur selten möglich ist. In der Kindereinrichtung kommen zudem Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammen. Hier finden soziale Kontakte über das häusliche Umfeld hinaus statt. In einer Gesellschaft, in der die Schere zwischen arm und reich immer mehr auseinander geht, in der sich entlang der Schichten Parallelwelten herausbilden, gewinnt diese Funktion an Bedeutung.

Aus dieser besonderen Rolle der institutionellen Betreuung leitet sich der Anspruch auf einen Ganztagsplatz für alle Kinder vom ersten Lebensjahre an ab als Rechtsanspruch für Kinder, nicht für Eltern. Frühkindliche Förderung, Bildung und Betreuung ist nicht nur eine Möglichkeit, Beruf und Familie besser zu vereinbaren, sondern sie dient der optimalen und umfassenden Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit ebenso wie dem Nachteilsausgleich und sie ist ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit für alle Kinder.

Insbesondere dieser Zusammenhang soll in der Kampagne popularisiert werden.

#### Zeitraumen:

Bis zum Ende dieses Jahres sollten die Vorbereitungen für die Kampagne abgeschlossen werden. In die Vorbereitung und Standpunktbildung sollen die Bundestagsfraktion, die Landtagsfraktionen, die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und der Bürgerschaft in Bremen sowie die Landesverbände und die AG Bildungspolitik einbezogen werden. Dabei sollen sowohl die Ziele und Inhalte der Kampagne wie auch Vorschläge zur Umsetzung (Kampagnendramaturgie) näher bestimmt werden.

Die Kampagne selbst soll bis zum Sommer 2008 geführt werden. Dabei sollen die Länder mit Landtagswahlen besondere Beachtung finden.

#### 3. Material/Finanzen:

Für die Kampagne soll Infomaterial, z.B. Broschüren für Interessierte und BündnispartnerInnen oder StreitpartnerInnen sowie ein Flyer (für Stände) und ein Vorschlagskatalog für Aktionen erarbeitet werden.

Darüber hinaus fallen Fahrtkosten, Kosten für Schulungen und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen an, die genauer beziffert werden, wenn das Detailkonzept vorliegt (Oktober/November). Für die Vorbereitung bis zum Jahresende 2007 wird ein Finanzrahmen von ca. 2.500 € benötigt.

## **Vorbereitung der Kita-Kampagne für das erste Halbjahr 2008**

– Beschluss des Parteivorstandes vom 17. November 2007 –

1. Die Vorhaben zur Vorbereitung der KITA- Kampagne werden bestätigt. Die EinreicherInnen werden beauftragt, gemeinsam mit dem Kampagnenteam die Absprachen und Konkretisierungen mit den Landesverbänden zu treffen:
2. Auf der bildungspolitischen Konferenz wird ein Aufruf zur Beteiligung an der Kita- Kampagne gestartet mit dem Ziel, sowohl in den Landesverbänden als auch bei möglichen Partnerinnen und Partnern die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu stärken. Die weiteren Aufgaben zur Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Plakate, Logo etc.) werden mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit und dem Bundeswahlbüro abgestimmt.
3. Für die Kampagne werden finanzielle Mittel in Höhe von bis zu 15.000 Euro für Plakate, Flyer, Schulungen und zentrale Aktionen aus dem Kampagnenfonds zur Verfügung gestellt.

Vorbemerkungen:

Der Parteivorstand hat am 25. August 2007 die KITA-Kampagne als Bestandteil der Kampagnen zur öffentlichen Daseinsvorsorge beschlossen. Dabei sollten folgende Ziele im Blick sein:

1. Die Kampagne soll mit dem Ziel geführt werden, für unsere Vorstellungen von frühkindlicher Förderung, Bildung und Betreuung zu werben und insbesondere unsere Forderung nach einem Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung als Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Parteien herausstellen...
2. Weiteres Ziel ist die Gewinnung von Bündnispartnern.
3. Der Kampagnenrahmen soll bei den Landtagswahlkämpfen des Jahres 2008 konkrete Umsetzungsmöglichkeiten anbieten.
4. Im Rahmen der Kampagne sind Initiativen zu entwickeln, die bei kommunalen Aktivitäten und von den Fraktionen der LINKEN in den kommunalen Vertretungen vor allem in den alten Bundesländern genutzt werden können.

In der Zwischenzeit hat die Bundesregierung mit dem Nachtragshaushalt ein Sondervermögen zum Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren beschlossen. Indes liegt die Koalition im Streit miteinander über das von der CSU geforderte Betreuungsgeld. Das Gesetz der Familienministerin hält eine solche Möglichkeit offen, die SPD kritisiert das. So ist zu erwarten, dass es um die konkrete Gesetzesregelung, die ja auch den Rechtsanspruch auf einen Bertreuungsplatz für unter Dreijährige enthalten soll, noch heftigen Streit und womöglich Verzögerungen gibt. Auf der anderen Seite sind die Defizite der Kinderbetreuung für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt derzeit völlig aus dem Blick geraten. Es gibt aber in keinem Land einen durchgängigen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung und nur einige Länder gehen über die seit 1995 geltende gesetzliche Regelung des SGB 8 hinaus. Da der Anspruch auf Betreuung danach bereits mit einem Halbtagsplatz erfüllt ist, der unter Umständen nur drei Stunden Betreuung umfasst, sind die Probleme, die sich insbesondere mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbinden, in der Mehrzahl der Länder ungelöst. Auch die Bereitstellung einer warmen Mittagsmahlzeit in der Betreuungseinrichtung ist nicht überall möglich, wobei das Ausmaß der Fehlstellen durch die tendenziöse Erhebungspraxis nur vor Ort einigermaßen objektiv feststellbar ist. Nur in den ostdeutschen Bundesländern gibt es bei Berufstätigkeit beider Elternteile ein ausreichendes Angebot an ganztätiger Betreuung, ohne dass ein Rechtsanspruch (außer in Sachsen-Anhalt) immer explizit formuliert ist. In Rheinland-Pfalz ist vor kurzem ein Gesetz über die Entgeltfreiheit der Betreuungsangebote beschlossen worden, die schrittweise für alle Kinder ab 2 Jahren bis zum Jahre 2010 erreicht werden soll. In Berlin gibt es in der Koalition ähnliche Vereinbarungen. Auch in NRW steht ein neues Gesetz kurz vor der Verabschiedung und in Sachsen-Anhalt wird über einen Mindestbetreuungsanspruch von 7 Stunden täglich debattiert. Auch in anderen Ländern ist im Zuge der Debatte zu erwarten, dass Gesetzesregelungen erneuert werden, spätestens, wenn die Debatte im Bundestag abgeschlossen ist. Dennoch ist die Bedarfserhebung, nach der



sich der Ausbau der Betreuungsangebote richten soll, in der Mehrzahl der Länder politisch gesetzt. Auch die Annahme mit einem Versorgungsgrad von rund 30 % im Krippenbereich einen Rechtsanspruch sichern zu können, bleibt fraglich. Dennoch werben die derzeit Regierenden mit ihrem Engagement für einen „flächendeckenden“ und „bedarfsgerechten“ Ausbau der Kinderbetreuung und ebenso mit der beabsichtigten Einführung eines Rechtsanspruches ab 2013.

In dieser Situation ist es nicht leicht, den Alleinstellungsanspruch der LINKEN, für eine flächendeckende, pädagogisch fundierte und für die Eltern kostenfreie Kinderbetreuung vom ersten Lebensjahre an mindestens bis zum Schuleintritt als Rechtsanspruch der Kinder einzutreten, öffentlich glaubhaft zu untersetzen.

Die Kampagne zur Verbesserung frühkindlicher Bildung und Betreuung kann (soll) darum vor allem als Umsetzungskampagne im Stil konzertierter Aktionen in den Ländern und vor allem konkret in den Kommunen geführt werden.

Dabei sollte auch der Versuch unternommen werden, noch in den bereits laufenden Landtagswahlkämpfen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg in der heißen Wahlkampfphase dieses Thema zu besetzen. Alle drei Länder haben das Thema in ihren Wahlprogrammen enthalten, aber noch nicht überall mit konkreten inhaltlichen Aktionen untersetzt:

**Hamburg, Sofortprogramm zur Bürgerschaftswahl, 24.02.2007:**

Gebührenfreie Ganztagsplätze mit Verpflegung in Krippen, Kindertagesstätten und Horten. Abschaffung der KITA- Gutscheine.

**Niedersachsen Landeswahlprogramm, 27.01.2007:**

DIE LINKE will jedem Kind ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz gesetzlich zusichern. Dieser Anspruch soll unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern bestehen. Wir werden durchsetzen, dass die Kindertagesstättenangebote, also Krippe, Kindergarten und Hort für die Eltern kostenfrei angeboten werden.

In Niedersachsen besteht auf diesem Gebiet großer Nachholbedarf, insbesondere fehlen Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung Initiativen zum Ausbau des Betreuungsangebotes ergreift und die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lässt.

DIE LINKE fordert ein Investitionsprogramm des Landes zur Sicherung kostenloser Ganztagsbetreuungsangebote für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an.

**Hessen, Landeswahlprogramm, 27.01.2007:**

Ein Anrecht auf kostenlose Krabbelstuben-, KITA- und Kindergartenplätze Eltern müssen in diesem Land eine kinderfreundliche Politik vorfinden, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, ohne dass den Kindern dadurch Nachteile in ihrem Bildungsverlauf entstehen. Dies gelingt nur dann, wenn auch in Hessen ausreichend qualitativ gute Betreuungs- und Bildungsangebote für unter 3-jährige Kinder bereitgestellt werden.

Der Besuch von Kindertagesstätten als erste außerfamiliäre Bildungsinstitution muss gebührenfrei sein und damit für alle Kinder zugänglich.

Bildung von Anfang an

Die Übergänge vom Elternhaus zur Kindertagesstätte und Schule sollen fließend gestaltet werden. Der Bildungsplan in Hessen für Kinder von 0–10 Jahren bietet hier eine gute Grundlage, die sich allerdings nur mit den entsprechenden Rahmenbedingungen umsetzen lässt.

Diese sind:

- »Die besten Pädagogen für den Anfang....« besser qualifizierte Erzieher und entsprechende Bezahlung;
- kleinere Gruppen- und Klassengrößen, die eine individuelle Förderung aller Kinder ermöglichen;
- ganzheitliche Förderung aller Kinder – Stärken erkennen, Schwächen ausgleichen;
- ausreichend Vorbereitungszeit von PädagogInnen für Elterngespräche sowie die Beobachtung und Dokumentation von Bildungsprozessen der Kinder;
- Aufnahme aller Kinder einer Jahrgangsstufe in die »Grundschule« – keine Selektion nach Entwicklungsstand oder Migrationshintergrund;
- Ausbau des Integrativen Schulangebots durch Gemeinsamen Unterricht (GU) und verstärkten Einsatz von Förderstunden durch Sonderpädagogen an Regelschulen;
- mehr fächerübergreifender Unterricht und Projektarbeit.
- PädagogInnen als »Entwicklungsbegleiter« von Kindern werden angesichts der immer massiveren Folgen des Sozialabbaus immer wichtiger.

Außerdem: kostenloses Mittagessen (PE vom 31.10.)

Für die Kommunalwahlen in Bayern und in Schleswig–Holstein müssen mit den Ländern zügig Absprachen getroffen werden, wie die Kampagne in ihren Ländern genutzt werden kann.

Inhaltliche Ausrichtung der Kampagne:

Die Kampagne sollte bundesweit mit folgenden zentralen Forderungen geführt werden:

1. Alle Kinder haben ein Recht darauf gemeinsam und solidarisch spielend zu lernen. Dazu bedarf es einer guten pädagogischen Qualität und entsprechend ausgebildeten pädagogischen Personals.
2. Wir wollen ein flächendeckendes öffentliches und für die Eltern kostenfreies Angebot für alle schaffen. Dazu gehört auch die Bereitstellung eines kostenfreien Mittagessens.
3. Der Ausbau der Kinderbetreuung mit ausreichend Ganztagsplätzen soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter und Mütter erleichtern.

In der Diskussion des Kampagneteams gab es eine kritische Debatte zur Frage des Bildungsbegriffs im Zusammenhang mit frühkindlicher Bildung und Förderung. Insbesondere wurde befürchtet, dass die Fokussierung auf den Begriff „frühkindliche Bildung“ in der Öffentlichkeit zu sehr als einseitige Vorbereitung auf die Grundschule verstanden werden könnte und das Besondere des kind- und

altersgerechten Lernens in dieser Lebensphase vernachlässigt werden könnte. In der Tat gibt es mit der Vereinbarung der Kultusministerkonferenz und den Gesetzgebungen und Konzeptionen in den Ländern eine ziemlich stringente Orientierung auf diesen Übergang zur Grundschule, was aber auch in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, insbesondere von der Mehrzahl der Eltern (besonders auch im Umfeld der LINKEN) nicht kritisiert, ja eher eingefordert wird. Dennoch haben wir uns eingedenk dieser Problematik für die Formulierung: „Gemeinsam spielend lernen“ entschieden, die auch eines der Motti der Kampagne werden sollte.

Daraus leitet sich die Aufgabe für frühkindliche Bildung und Betreuung aus unserer Sicht ab:

Kinder sollen in Gemeinschaft:

- spielend lernen. Die Bildungsarbeit in Kindereinrichtungen vermittelt nicht in erster Linie kognitives Wissen, sondern ist auf die gesamte soziale, motorische, emotionale, allseitige Persönlichkeitsentwicklung gerichtet. Sie achtet dabei die Besonderheiten des Lernens in dieser frühen Phase der Kindheit.
- soziale Kompetenzen erwerben, Solidarität üben und erfahren, (Akzeptanz und Toleranz, Selbstbehauptung und Rücksichtnahme auf andere),
- Integration als Bereicherung empfinden, Egoismus und Konkurrenz als unsolidarisch erkennen.

Kinderbetreuungseinrichtungen sollen auf Chancengleichheit hinwirken und sie ermöglichen. Sie sollen öffentlich sein, sie sollen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und darum aus Steuermitteln finanziert werden. Die Bereitstellung eines ausreichenden, dem wachsenden Bedarf angemessenen und auswahlfähigen Angebots an Betreuungseinrichtungen ist eine staatliche Aufgabe, die nicht delegiert werden darf. Das schließt das Engagement frei gemeinnütziger Träger nicht aus, wohl aber die Monopolisierung von Betreuungsangeboten oder die vollständige Übertragung dieser Aufgabe durch die Kommune an freie Träger.

Die LINKE grenzt sich mit ihren Zielstellungen sowohl von einseitig an Verwertungsinteressen orientierten Bildungsauffassung ab, die ausdrücklich auf Konkurrenz und Wettbewerb sowie Ausrichtung auf vermeintliche gesellschaftliche, sprich an den Kapitalinteressen gebundene, Bildungsorientierungen und Bildungsinhalte zielen als auch von solchen Auffassungen, nach denen frühkindliche Bildung und Betreuung in der Hauptsache die Angelegenheit der Eltern wäre. Die besondere Funktion elterlicher Liebe und Fürsorge wollen wir dabei nicht gering schätzen oder gar ersetzen.

Welche Arbeitsformen streben wir an?

1. Schwerpunkt ist die Anbahnung örtlicher Bündnisse mit Betroffenen, Vereinen, Gewerkschaften, ggf. Trägern. Dabei sollen ausgehend von den konkreten örtlich vorhandenen Defiziten außerparlamentarische Aktivitäten entwickelt werden. Ziel ist es, vor Ort den Druck zu erhöhen ein

flächendeckendes Angebot im Sinne unserer Zielstellungen weiter voran zu bringen.

2. Ausgehend von solchen Bündnissen können z.B. Anfragen in den Räten, Einwohneranträge oder Bürgerbegehren initiiert werden.
3. In Kommunen, in denen DIE LINKE vor Ort über Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte oder Fraktionen verfügt sollen entsprechende fundierte Anträge zum Ausbau der Kinderbetreuung gestellt werden.
4. In Ländern, in denen DIE LINKE über Fraktionen in den Landtagen verfügt, sollten die Möglichkeiten der Einrichtung oder Ausweitung von Rechtsansprüchen für Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern und des Ausbaus von Ganztagsangeboten über Anträge und Gesetzesinitiativen sowie weitere Aktionsmöglichkeiten genutzt werden.

Für die Untersetzung der Kampagne als konzertierter Aktion soll in Abstimmung mit den Ländern Unterstützung bei der Erarbeitung entsprechender Vorlagen für die parlamentarischen und außerparlamentarischen Maßnahmen erarbeitet werden. Voraussetzung dafür ist immer die entsprechende Bereitschaft in den Ländern und vor Ort zur Beteiligung an dieser Kampagne. Wir wollen den Sachverstand der Bundestagsfraktion, der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und der SprecherInnenrunden der Landtagsfraktionen sowie der Kommunalpolitischen Foren vor Ort nutzen um notwendiges Argumentationsmaterial zu erarbeiten und die konkreten Aktionen und Handlungsformen vor Ort zielgerichtet entwickeln zu können.

#### Folgende Materialien zur Unterstützung der Kampagne werden benötigt:

1. Plakate.  
Nach unserer Vorstellung sollten drei Themenplakate jeweils zu den zentralen Kampagnenforderungen entworfen werden. V.: Kampagnenteam in Zusammenarbeit mit der Agentur und dem Bundeswahlbüro
2. Erarbeitung eines Flyers bis zum Ende des Jahres, damit er nach Möglichkeit in der heißen Wahlkampfphase in Niedersachsen, Hessen und Hamburg noch zum Einsatz kommen kann. V.: Kampagnenteam in Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion
3. Aufkleber mit dem zentralen Motto der Kampagne (fehlt noch) und Logo
4. Für die Begleitung an Ständen sollte ein passendes Lied als allgemeines Erkennungsmerkmal für die Kampagne eingesetzt werden.
5. Erarbeitung einer Argumentationshilfe mit unseren Zielstellungen und einer Auseinandersetzung mit zu erwartenden Gegenargumenten sowie mit der Politik der anderen Parteien. V.: Kampagnenteam in Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion
6. Material mit einem untersetzten Finanzkonzept (Hier ergeht die Bitte, dies in der Bundestagsfraktion in Zusammenarbeit mit den finanzpolitischen SprecherInnen der Länder zu erarbeiten.)

Zeitplan:

- 17.11.7 Abstimmung zur Vorbereitung und zum Beginn der Kampagne im Parteivorstand, danach Gespräche mit dem Bundeswahlbüro und der Agentur
- 25.11.7 Aufruf auf der Bildungspolitischen Konferenz
- 08.12.07 Beratung mit LändervertreterInnen in Hannover
- 15.12.7 Fertigstellung des Argumentationsmaterials und des Flyers
- Anfang Januar Unterstützung der Landtagswahlkämpfe in Niedersachsen, Hessen und Hamburg
- 27.01.08 Treffen Kampagnenteam
- Januar/Februar Unterstützung der Kampagne im Zuge des Kommunalwahlkampfes in Bayern
- 03.02.08 Nach dem Termin erneutes Ländertreffen zur Absprache des weiteren Vorgehens
- Weitere Termine sind der Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein (25.05.08) und die Landtagswahlen in Bayern, sofern wir dort antreten (Sept.08)

Die Kampagne sollte bis zur Bundestagswahl 2009 geführt werden.

Mitglieder im Kampagnenteam sind derzeit:

Ulrike Zerhau, PV, NRW

Marc Mulia, PV, NRW

Rosemarie Hein, PV, Sachsen-Anhalt

Sophie Dieckmann, SDS

Katja Viereck, SDS

Regina Frömert, Sachsen-Anhalt, Kommunalpolitikerin

Maya Mosler, Hessen

Gerd Detering, NRW

Um Mitarbeit wurden gebeten:

Katrin Kunert, Bundestagsfraktion

Diana Golze, Bundestagsfraktion

Weitere Fachleute aus der Partei sollen nach Bedarf und Bereitschaft in die Arbeit einbezogen werden.

DIE LINKE. 1.Bildungspolitische Konferenz Hamburg 23.-25.11.2007

## **Mehr und bessere Bildung für alle!**

### **Hamburger Erklärung**

DIE LINKE fordert die Verwirklichung des Rechtes auf Bildung für alle. Sie ist Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen solidarisch selbstbestimmt entwickeln und alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung Überwinden können. Bildung dient damit der Emanzipation des Menschen. Sie ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilhabe aller an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, für eine Beendigung des Raubbaus an der Natur und für die Schaffung international friedlicher Verhältnisse. Bildung gehört in die öffentliche Hand und muss demokratisch gestaltet werden. Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich sind entschieden entgegen zu wirken. Bildung ist keine Ware!

Davon ausgehend setzt DIE LINKE aktuell folgende Schwerpunkte im Kampf für mehr und bessere Bildung:

#### **1. Mehr Geld für Bildung**

DIE LINKE fordert mehr Geld für Bildung. Ein besseres Bildungssystem lässt sich nicht erreichen, wenn Kitas, Schulen und Hochschulen weiterhin chronisch unterfinanziert und personell unzureichend ausgestattet bleiben. Durch eine grundlegende Umkehr in der herrschenden Steuer- und Finanzpolitik lassen sich für die Öffentlichen Kassen deutlich mehr Mittel mobilisieren, die unter anderem für das Bildungssystem bereitgestellt werden können.

DIE LINKE fordert:

- Festlegung der Bildungsausgaben auf mindestens 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts
- Bildungsfinanzierung muss Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern sein
- Verständigung unter den Ländern und mit dem Bund über Bildungsbeteiligungsquoten und Ausstattungsstandards in einem bundesweiten Bildungspakt
- Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen sowie in der Aus- und Weiterbildung

## **2. Bessere Entwicklungsbedingungen für alle Kinder - gegen Kinderarmut**

DIE LINKE will ein gesundes Aufwachsen aller Kinder ohne Armutrisiko. Wir setzen uns für eine kinderfreundliche Gesellschaft ein. Das Recht auf Bildung und die Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.

DIE LINKE fordert:

- eine bedarfsdeckende Kindergrundsicherung
- in einem ersten Schritt die Nichtanrechnung des Kindergeldes bei HARTZ IV
- für jedes Kind ein gutes Essen in Kita und Schule, das die Eltern nicht bezahlen müssen und das eine gesunde Lebensweise fördert

## **3. Bessere Bildung von Anfang an**

DIE LINKE sieht die frühkindliche Förderung als einen entscheidenden Beitrag für die allseitige und umfassende Entwicklung einer heranwachsenden Persönlichkeit. Frühkindliche Förderung ist die erste Stufe des Bildungssystems. Wir treten für eine frühzeitige und ganzheitliche Bildung aller Kinder ein.

DIE LINKE fordert:

- einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf einen öffentlichen, steuerfinanzierten, gebührenfreien KITA -Platz für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an
- Erhöhung der Qualität der Bildung und Betreuung in Kindergarten und Kindertagesstätte.
- bessere personelle und sächliche Ausstattung der KITA
- gezielte Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund

#### **4. Längeres gemeinsames Lernen für alle**

DIE LINKE fordert den Wandel vom unsozialen mehrgliedrigen Schulsystem zu einem einheitlichen Schulsystem, bei dem jedes Kind individuell in seiner spezifischen Lernfähigkeit unterstützt wird. Wir setzen auf Integration und Inklusion statt auf Selektion. Die Konservativen skandieren: Eine Schule für den Einzelnen, keine Schule für alle! Wir dagegen sagen: Nur in einer Schule für alle können alle Individualitäten umfassend und dem Bedarf des Einzelnen entsprechend differenziert gefördert werden: Eine Schule für alle Kinder, eine Gemeinschaftsschule, ist das Beste für jedes einzelne Kind. Mehr Schülerinnen und Schüler als heute, sollen so die Hochschulreife erreichen können. Das ist zugleich eine Absage an alle Versuche ein zweigliedriges Schulwesen zu installieren.

DIE LINKE fordert:

- längeres gemeinsames Lernen aller Kinder bis zum 9. oder 10.Schuljahrgang in einer Gemeinschaftsschule, die als demokratische Ganztagschule in öffentlicher Hand organisiert ist
- mehr Qualität durch Sicherstellung einer guten allgemeinen und polytechnischen Bildung
- Kleine Klassen und Lerngruppen
- Schaffung von Voraussetzungen für die Integration aller Kinder. Keine Abschiebung von Kindern mit Lernschwierigkeiten in besondere Schulen und Erweiterung der psychologischen und sozialpädagogischen Hilfen sowie das recht auf herkunftssprachlichen Unterricht.
- Öffnung der Schule zum Sozialraum, unter anderem durch Kooperation mit Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und der Stärkung der Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule
- Allgemeine Hochschulreife auf unterschiedlichen Wegen für mindestens 70 % der Schüler eines Jahrganges

#### **5. Bessere berufliche Bildung für alle**

DIE LINKE will, dass allen Jugendlichen ein Recht auf Ausbildung garantiert wird. Kein Jugendlicher darf in Warteschleifen geparkt und auch nicht ohne oder lediglich mit einer Schmalspurausbildung abgespeist werden.

DIE LINKE fordert:

- Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsumlage, um alle Unternehmen in Verantwortung für eine qualifizierte Ausbildung zu nehmen. Wer nicht ausbildet muss zahlen!
- Ausweitung ausbildungsbegleitender Hilfen
- Verbesserung des Berufsschulunterrichts und Zulassung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung



- Abschaffung der Einstiegsqualifizierungen und aller weiteren Warteschleifenangebote und Ausweitung vollqualifizierender Ausbildungsangebote
- Verbesserte Übernahme nach der Ausbildung
- ein öffentliches Sofortprogramm mit überbetrieblichen Ausbildungsangeboten, um dem Rückstau der letzten Jahre entgegen zu wirken.

## **6. Offene, soziale und demokratische Hochschulen**

DIE LINKE möchte mehr jungen Menschen ein Studium ermöglichen und der sozialen Selektivität beim Hochschulzugang entgegenwirken. Die Studierendenquote soll auf mindestens 50 Prozent gesteigert werden. Die Qualität der Lehre und Forschung muss verbessert werden. Wir wollen, dass ein Studium und Wissenschaft auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit gerichtet werden und sich am gesellschaftlichen Nutzen orientieren.

DIE LINKE fordert:

- Konsequente Gebührenfreiheit im Studium
- Ausbau des BAföG zu einer elternunabhängigen, repressionsfreien Grundsicherung mit Vollzuschuss
- Steigerung der Studienplatzkapazitäten; Schluss mit Auswahlverfahren und NC
- Stärkung kritischer Wissenschaft und Forschung an den Hochschulen
- Abschaffung von Hürden im Studienverlauf z.B. durch Begrenzung beim Masterzugang

## **7. Öffentliche Weiterbildung für alle**

DIE LINKE setzt sich für das Recht auf allgemeine, berufliche, kulturelle und politische Weiterbildung ein. Die öffentliche Gestaltung der Weiterbildung muss ausgebaut sowie ausreichend und verlässlich finanziert werden, um die Weiterbildungsbeteiligung nachhaltig zu erhöhen, der verschärften sozialen Selektion in der Weiterbildung entgegenzuwirken, qualitativ hochwertige Angebote für alle zu gewährleisten und die oft untertariflichen und prekären Beschäftigungsbedingungen der Lehrkräfte zu verbessern.

DIE LINKE fordert:

- Sofortprogramme für ein verbessertes Angebot in Grundbildung, Zweitem Bildungsweg und Bildungsangeboten für MigrantInnen
- Ein Weiterbildungsrahmengesetz auf Bundesebene
- Verstärkte Anstrengungen von Ländern und Kommunen zur Sicherung der öffentlichen Weiterbildungseinrichtungen und des Grundangebotes, einschließlich der Garantie von Bildungsfreistellung – nicht nur zum Zwecke beruflicher Weiterbildung

- Tarifvertragliche Regelungen zur Förderung der betrieblichen Fort- und Weiterbildung für alle lohnabhängig Beschäftigten
- Aufbau einer qualifizierten Weiterbildungsberatung

**8. Qualifiziertere Ausbildung und bessere Beschäftigungsbedingungen für PädagogInnen**  
DIE LINKE setzt sich für qualifiziertere Erstausbildung, Fort und Weiterbildung und bessere Arbeitsbedingungen von PädagogInnen und WissenschaftlerInnen ein. Das ist unerlässliche Voraussetzung für eine bessere Bildung und gesellschaftliche Anerkennung für ihre Arbeit.

DIE LINKE fordert:

- schrittweise Durchsetzung einer Hochschulausbildung der ErzieherInnen
- eine bundesweite einheitliche, gleichwertige, wissenschaftlich fundierte und praxisorientierte LehrerInnenausbildung aller Schulstufen
- eine deutliche Ausweitung der Kapazitäten aller Lehramtsstudiengänge, um dem drohenden LehrerInnenmangel entgegenzuwirken
- Intensivierung der Fort- und Weiterbildung von LehrerInnen
- Tariflich abgesicherte Arbeitsbedingungen für Weiterbildnerinnen und Weiterbildner

### **Für eine grundlegende Bildungsreform!**

Die Partei DIE LINKE ist angetreten, um mit der Hegemonie des Neoliberalismus zu brechen, Spielräume für eine andere Politik zu öffnen und für eine grundlegend andere Gesellschaft zu kämpfen. Damit schafft sie auch Spielräume für eine grundlegende demokratische Bildungsreform, die sie und mit ihr Eltern, SchülerInnen und WissenschaftlerInnen sowie die Gewerkschaften schon seit langem fordern. Jetzt geraten konservative Bildungsvorstellungen ins Wanken. Mehr und mehr wird beispielsweise das gegliederte Schulsystem hinterfragt und quer durch alle Parteien mehr Geld für Kitas, Schulen und Hochschulen gefordert. Dies ist Anlass, gerade jetzt lautstark unsere Stimmen zu erheben und dabei die soziale Frage in den Vordergrund unserer Forderungen zu stellen. Notwendig sind offene Diskussionen und ein gemeinsamer Kampf in den Bildungseinrichtungen, auf der Straße und in den Parlamenten.

**Lasst uns die Zukunft der Bildungslandschaft gemeinsam gestalten und jetzt aktiv werden!**

(Auswahl)

Vorschlag für ein bildungspolitisches Sofortprogramm (1991)

Anpassung des Ostens an den Westen oder Bildungsreform in ganz Deutschland?  
Gedanken und Vorschläge linker Pädagogen (1992)

Wege aus der Bildungskrise in Deutschland (1993)

Schule in Deutschland – eine Schule für alle Kinder:  
Humanistisch, demokratisch, sozial gerecht (1993)

Erklärung der 4. Bildungspolitischen Konferenz der PDS  
zur besoldungsrechtlichen Gleichstellung der Lehrer der  
neuen Bundesländer (1993)

Forderungen an den Bundeskanzler zum Bildungsgipfel (1993)

Für eine grundlegende demokratische Bildungsreform in ganz Deutschland  
Bildungspolitische Grundsätze der PDS (Entwurf) (1994)

Bildungsreform in Deutschland, aber wie? Für eine grundlegende Demokratisierung  
der Bildung

Materialien der 5. Bildungspolitischen Konferenz der PDS am 2./3. Dezember 1995 in  
Magdeburg .

In: Opposition konkret, PDS im Bundestag

Thesen zur Bildungspolitik in den Kommunen.

In: Opposition konkret, PDS im Bundestag

Verteidigung und Reformierung der Berufsbildung.

In: Opposition konkret, PDS im Bundestag

Für eine grundlegende demokratische Bildungsreform in ganz Deutschland.  
Bildungspolitische Grundsätze der PDS (1996)

Schule, Berufsbildung, Hochschule und lebenslanges Lernen.

Positionen, Forderungen und Vorschläge der PDS zur Bildungspolitik.  
(Dezember 1997)

Für eine demokratische Bildungsreform in Deutschland.

Studie zur Erneuerung und Demokratisierung von Vorschulerziehung, Schule, Berufsbildung und Hochschule. AG Bildungspolitik ( Broschüre Oktober 1997)

Bildungspolitik auf einen Blick (1998)

Alternative 99: Europawahlprogramm der Partei des Demokratischen Sozialismus  
Für einen Kurswechsel in Europa.

Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Arbeit und Demokratie (1999)

Bildungspolitik in der programmatischen Debatte der PDS. Teil I und Teil II (2000)

Positionen zur programmatischen Debatte der PDS (2000)

Für bessere Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten aller Mädchen und Jungen.  
Gegen wachsende Ungleichheit im Bildungswesen. Teil I und Teil II (2001)

Chancengleichheit! Gegen wachsende Ungleichheit im Bildungswesen. Ergebnisse  
der 8. Bildungspolitischen Konferenz der PDS (Leipzig, 2001)

Gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für alle!

Gegen wachsende Ungleichheit im Bildungswesen!

15 bildungspolitische Forderungen der PDS (Beschluss der 8. Bildungspolitischen  
Konferenz der PDS, Leipzig, 31.03.-01.04.2001)

Nach PISA

Pisa, Forum Bildung und die PDS (2002)

„Forum Bildung“ und PISA-Diskussion – Ansatz einer Bildungsreform in Deutschland  
(2002)

Neue Herausforderungen – neue Bedingungen. Zur Erhöhung der Wirksamkeit der  
AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der PDS.

In: Zukunftswerkstatt Schule 1/2003

Bildungsstandards.

Erklärung der bildungspolitischen SprecherInnen der PDS-Fraktionen im Berliner  
Abgeordnetenhaus und in den Landtagen vom 23. Januar 2003

In: Nationale Bildungsstandards ein Schritt zur Bildungsreform in Deutschland?

Informationen, Standpunkte, Fragen.

AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der PDS, Projektgruppe Grundsätze der  
Bildungspolitik, Berlin Juli 2003 (Bunte Reihe)

Bildung als zentrales Politikfeld der PDS – Bildung als die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Grundpositionen der AG Bildungspolitik der PDS.  
Beratung im Parteivorstand der PDS am 15.9.2003

PDS – Bildungsoffensive  
Bund–Länder–Sofortprogramm 2003 – 2006  
10 Kernforderungen der PDS (Entwurf)

Aus dem Programm der PDS – beschlossen auf der 2.Tagung des 8.Parteitages der PDS am 25./26.10.2003 in Chemnitz; III/ 7. Bildung, Wissenschaft, Kultur, Medien  
In: Zukunftswerkstatt Schule 4/2003

Das Bildungswesen der DDR –  
Rückblick mit Anregungen für eine Bildungsreform in Deutschland.  
AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der PDS.(Berlin 2003/2004)

Bildung für alle.  
Überlegungen, Forderungen, Vorschläge. (Berlin 2003)

Umfassende Betreuung, Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter – Positionen und Forderungen der PDS.  
Positionspapier der Kinder- und bildungspolitischen Sprecher in den Landtagen Sachsens, Sachsen-Anhalts, Thüringens, Brandenburgs, Mecklenburg – Vorpommerns und im Abgeordnetenhaus von Berlin vom 19.Januar 2004 und 26.Januar 2004

Bildungspolitik und Kommunalpolitik. Standpunkte zur Kommunalpolitischen Konferenz der PDS –West, 8.- 11.März 2004,Offenbach  
In: Zukunftswerkstatt Schule 1/2004

Informations- und Argumentationsmaterialien zu den Themen Entwicklung und Erziehung des Individuums, Gesamtschule, Begabung  
In: Zukunftswerkstatt Schule 1/2004

Initiative Bildungspolitik 2004 – 2006.  
Beschluss des Parteivorstandes der PDS vom 26.April 2004  
In: Zukunftswerkstatt Schule 2/2004

Positionen der AG Bildungspolitik zur Entwicklung von Ganztagschulen  
Beschluss der AG Bildungspolitik vom 19.Juni 2004  
In: Zukunftswerkstatt Schule 2/2004

9. Bildungspolitische Konferenz 3.–5. Juni 2005 in Weimar  
Bildungspolitische Erklärung von Weimar  
Materialien in Zukunftswerkstatt Schule H. /2005

Bildungspolitische Leitlinien der PDS  
Entwurf für die Diskussion auf der 9. Bildungspolitischen Konferenz 2005  
In: Zukunftswerkstatt 2/2006, Juni 2006

Alle fördern – keinen zurücklassen! Für eine sozial gerechte, demokratische  
Bildungsreform jetzt!

Weimarer Erklärung der 9. Bildungspolitischen Konferenz der PDS 2005

In: Zukunftswerkstatt Schule 2/2006, Juni 2006

Initiativantrag: „...und allen Kindern gleiche Chancen!“

10. Parteitag der Linkspartei.PDS in Halle (29./30. April 2006)

Beschluss des 10. Parteitages.

In: Zukunftswerkstatt Schule 1/2006

Bericht der AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der Linkspartei der PDS  
an den Parteirat der Linkspartei.PDS

In: Zukunftswerkstatt Schule 3/2006, August 2006

Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Beschluss des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS vom 28. August 2006

In: Zukunftswerkstatt Schule 4/2006, Oktober 2006

Bei Bedarf anfordern über:

Die LINKE. BAG Bildungspolitik

Maritta Böttcher

Kleine Alexanderstr. 28

10178 Berlin

Tel.: 030/ 24009-641

Fax: 030/ 24009-645

E-Mail: [maritta.boettcher@die-linke.de](mailto:maritta.boettcher@die-linke.de)

## Impressum

---

Herausgeber: BAG Bildungspolitik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

V.i.S.d.P.: Maritta Böttcher, Tel.: 030 / 24009 641, Fax: 030 / 24009 645  
E-Mail: [maritta.boettcher@die-linke.de](mailto:maritta.boettcher@die-linke.de)

Redaktion: Dr. Gerhard Sielski  
E-Mail: [gerd\\_sielski@yahoo.de](mailto:gerd_sielski@yahoo.de)

Bestellungen: Maritta Böttcher, BAG Bildungspolitik, PF 100, 10122 Berlin

Redaktionsschluss: 11. Februar 2008

***DIE LINKE.***

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BILDUNGSPOLITIK

Berlin 2/2008